Montag, den 18. Juni 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 141

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Das erste Arbeitersänger-Bundesfest.

Hannover, 18. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Am Sonnabend nachmittag um 2 Uhr wurde das erste Arbeitersänger-Bundesfest durch einen Begrüßungsakt im hiesigen Beethovensaal der Stadthalle eröffnet. Von nah und fern waren tausende und abertausende von Arbeitersängern und Freunden der Sangeskunst herbeigeeilt. Zahlreich waren auch die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden vertreten. Die Stadt selbst prangt seit Tagen im Flaggenschmuck.

Ein Chorvortrag „Jauchzt und jubelt" bildete den ersten Programmpunkt der Eröffnungsfeierlichkeit. Dann hieß der Vorsitzende des Bundes, Karl Fehsel, die erschienenen Gäste willkommen. Man sah u. a. den preußischen Kultusminister Dr. Becker, den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, den Regierungspräsidenten, den Oberbürgermeister von Hannover, die Vertreter der Reichsbahn, der Polizei, der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sowie der Stadt Frankfurt die im vorigen Jahre die Arbeitermusikwoche veranstaltet hat. Den Begrüßungsworten des Bundesvorsitzenden folgte eine Rede des preußischen Kultusministers Dr. Becker, die in der Feststellung ausklang, daß das erste Arbeitersänger-Bundesfest ein Beweis für die heute erreichte Verbreitung der Volksmusikkultur und für den Kulturwert der Arbeiterbewegung überhaupt sei.

„Wenn sich auch unsere Position in der Welt seit dem Zusammenbruch wirtschaftlich gehoben hat, so ist doch entscheidend für unser Staatsbewußtsein die Tatsache geblieben, daß der neue Staat nur durch die Kulturverbundenheit aller seiner Mitglieder aufgebaut werden konnte. Die Realität unseres staatlichen Daseins wird weiterhin beruhen auf der innigen kulturellen Verbundenheit aller Schichten unseres Volkes, nicht nur einer dünnen Schicht derer, die als Privilegierte an dem überlieferten geistigen Erbe teilhaben. Dem kommt die Sehnsucht der breiten Volksmassen entgegen, das Maschinentempo des Alltags und die Entseelung des Lebens durch geistige Werte zu überwinden. Zwei lebendige Strömungen fördert die Regierung in diesem Bestreben: Sport und Volksmusik. In der Hilfe für die Sportbewegung ist sich die Regierung mit allen Volksteilen einig. Die Volksmusikbewegung aber muß sich noch durchsetzen. Seit Goethe, Winckelmann und Humboldt führt in der staatlichen Kunstverwaltung die bildende Kunst; auch die Musik war in der Kunstverwaltung heimisch, aber hier wurden in erster Linie die Spitzenleistungen gefördert. Der demokratische Staat darf nicht an den großen kulturellen Strömungen im Volk achtlos vorübergehen. Unser Ideal hat sich gewandelt: Es ist nicht mehr eine von wenigen für wenige ausgeübte Kunstpflege. Uns kommt es auf das ganze Volk an.

Die Musik nimmt eine Mittelstellung zwischen Bildung und Unterhaltung ein, sie schafft ein Gegengewicht gegen die rein verstandesmäßigen Bildungsmittel und vermittelt gefühlsmäßig und in gesteigerter Eindringlichkeit Kulturgüter. Es wird die Zeit kommen, in der es als eine Schande gilt, musikalischer Analphabet zu sein. Das Arbeitersängerfest liefert den Beweis, daß die Arbeiterbewegung nicht nur ein Kampf um größeren Anteil an den materiellen Gütern ist, sondern eine der großen Kulturbewegungen unserer Tage. Die Erfolge der Arbeiterbewegung, die jeder fortschrittliche Mann in dem sogenannten bürgerlichen Lager begrüßen muß, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet werden auch zu einer inneren Bereicherung der Arbeiterschaft werden zum Segen der Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch zum Segen der Menschheit."

Anschließend entbot der Oberbürgermeister von Hannover den Arbeitersängern die Grüße des Magistrats. Dann sprach Reichstagsabgeordneter Brey Worte der Anerkennung für die Arbeitersänger im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei. Er wies darauf hin, daß Hannover eine Stadt der Arbeit sei und die politische Bewegung der Arbeiterschaft durch den Arbeitergesang einen hohen idealen Schwung erhalte. Mit dem Chorvortrage „Wann wir schreiten Seit' an Seit'", schloß der Eröffnungsakt. Zuvor hatten noch zahlreiche Vertreter des Auslandes ihre Grüße entboten.

Im Kuppelsaal und in der Ausstellungshalle der Stadthalle, die je 5000 Zuhörern Platz bieten, hielten die hannoverschen Chorvereinigungen im Anschluß an die Eröffnungsfeier Begrüßungskonzerte ab.

Abends fanden dann in einer Reihe von Sälen in verschiedenen Stadtteilen Werbekonzerte statt. Einen geradezu glänzenden Verlauf nahmen die Aufführungen des Oratoriums „Salomo" von Händel durch die Chorgruppe Thüringen im Kuppelsaal und die Aufführung der dramatischen Legende „Faust Verdammung" von Berlioz durch die Berliner Chorgruppe in der Ausstellungshalle. Reichstagspräsident Löbe und Prof. Siegfried Ochs, der um die moderne Chorpflege sehr verdiente Leiter des Berliner Staatlichen Hochschulchores, wohnten den Leistungen der Arbeitersänger bei.

Der Sonntag brachte den Höhepunkt des Festes. Schon früh morgens um 7½ Uhr fanden auf mehreren im reichen Festschmuck prangenden Straßen und Plätzen Konzerte statt. Im Anschluß daran zogen die einzelnen Landes- und Ortsgruppen mit ihren Fahnen und Musikkapellen zum Stadion, wo um 11 Uhr ein Massenchor die zu Zehntausenden erschienenen Zuhörer von der hohen Gesangskultur des Arbeitersängerbundes überzeugte. Leider wurde die Veranstaltung durch das regnerische Wetter stark beeinträchtigt.

Außer dem Bundesvorsitzenden hielt zwischen den Sängerchorvorträgen u. a. auch Reichstagspräsident Löbe eine humorvolle Ansprache. „Der Wettergott in Hannover", so führte er aus, „ist offenbar ein Feind von Reden unter freiem Himmel. Ich bin damit durchaus einverstanden, denn auch ich will lieber zuhören als reden. Aber von weitem sehe ich schon den ersten Sonnenstrahl, der nach dem Regen kommen wird. Löbe weist dann auf die ungeheure Entwicklung des Arbeiter-Sängerbundes hin, der in den kleinen dürftigen Wirtschaften der Vorstädte seinen Anfang nahm und heute in die prächtige Kuppelhalle der Stadt Hannover und die gewaltige Arena des Stadions seinen Einzug hält. Weiter weist er darauf hin, wie schwer die Pflege der Sangeskunst bei den Proletariern ist, deren Sorgen und Mühsal im Frohsinn des Gesanges und deren Arbeitszeit wenig Raum für künstlerische Betätigung gibt und deren materielle Mittel viele Einschränkungen fordern. Heute sei der Arbeitergesang zu einem wichtigen Begleitmoment der Emanzipation des Proletariats geworden.

Möge der Arbeitersängerbund, so schloß Löbe, sein Ziel der Strophe erreichen, die jedem aus der Sängerkehle erscholl: „Eintracht und Liebe sei unser Schild, wenn es um Freiheit und Leben uns gilt".

Als später der vieltausendstimmige Chor die Internationale unter dem brausenden Beifall der Zuhörer verklungen war, empfing der Magistrat der Stadt Hannover die Ehrengäste zu einer kleinen Feier. Der sozialistische Professor Robert Seidel aus Zürich benutzte die Gelegenheit, um Worte der Anerkennung über die Aufnahme in Hannover: „Dieses Fest" — so erklärte er — „bedeutet den Anfang einer neuen Sangeskultur. Ich habe vor 40 Jahren dem Völkerbund meinen Gesang gewidmet. Das Arbeitersängerfest kennzeichnet den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft". Dr. Arthur Guttmann vom Bundesausschuß wies dann darauf hin, daß nicht die einzelne Spitzenleistung, sondern die innere Einheit der Arbeitersängerbewegung ausschlaggebend sei: „Dieses Fest ist noch keine Vollendung, sondern erst ein Versuch, ein Anfang, ein erster Schritt, eine Zukunftshoffnung." Außerordentlich starken Beifall fand auch eine Ansprache des Berliner Hochschulchor-Delegierten Siegfried Ochs. „Der Arbeiter-Sängerbund mit seiner Tendenz steht an der Spitze der ganzen Chorsängerei. Die ganze bürgerliche Sängerei ist verschlammt. Der Arbeiter-Sängerbund hat die besondere Wichtigkeit des gemischten Chors erkannt, dem die wertvollsten Werke der Musikliteratur gewidmet sind."

Der Sonntag-Nachmittag und Abend war wiederum ausgefüllt mit zahlreichen Chor-Konzerten in der Stadthalle und anderen zahlreichen Sälen. Besondere Erwähnung verdienen das Acht-Kantaten-Konzert der Chorgruppen Braunschweig und Bielefeld im Kuppelsaal, der Internationale Volksliederabend des Berliner Jugendchors.

Im Kuppelsaal konzertierte am Sonnabend die Volks-Singakademie Anhalt unter dem begeisterten Beifall des Hauses Beethovens „Missa Solemnis". Die Veranstaltung wurde u. a. auch auf den Berliner Rundfunk übertragen, so daß sich weite Kreise in Deutschland von der Qualität der Arbeitersangeskultur ein Bild machen konnten.

Die ersten beiden Festtage des Arbeiter-Sängerbundes sind als ein voller Erfolg zu buchen.

Beratung des Stabilisierungsgesetzes

Paris, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Kabinett Poincaré hat sich am Sonnabend wiederum mit der Stabilisierung des Franken befaßt und das zu erwartende Gesetz bis auf einige Einzelheiten fertiggestellt. Das Gesetz soll die Form einer neuen Konvention mit der Bank von Frankreich erhalten, die angesichts ihrer besonderen Bedeutung nicht weniger als 50 Einzelartikel enthält. In gut unterrichteten Kreisen hält man es für möglich, daß Poincaré die Oeffentlichkeit mit einer Stabilisierung noch vor dem 23. Juni überraschen will.

Die Regierungsverhandlungen.

Nur geringe Teilergebnisse in den Verhandlungen über das sachliche Programm.

Berlin, 16. Juni. (Eigener Bericht.) Am Sonnabend vormittag traten die Beauftragten der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayrischen Volkspartei unter dem Vorsitz des Abgeordneten Hermann Müller-Franken zur Fortsetzung der Besprechungen über die materiellen Grundlagen des Regierungsprogramms zusammen. Die Wirtschaftspartei war zu diesen Verhandlungen nicht hinzugezogen.

Die Aussprache begann mit der Erörterung politischer Fragen. In der Außenpolitik ist eine wesentliche Uebereinstimmung der Parteien vorhanden. Das gleiche gilt von dem Problem der Wahlreform, das alle Parteien als dringlich ansehen. Völlig übereinstimmend wurde das Festhalten an den Grundsätzen der Verhältniswahl betont. Dagegen will man die Nachteile der Listenwahl beseitigen und ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Gewählten herstellen. Ob das eine Verkleinerung der Wahlkreise bedingt, ist strittig. Die Auffassungen in der Frage der Reichsvereinheitlichung und der Verwaltungsreform gingen naturgemäß auseinander. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß gemeinsame Grundlagen für die Regierungstätigkeit in dieser Frage gefunden werden. Eine längere Aussprache verursachte die Schulfrage. Zentrum und Bayrische Volkspartei wünschen, daß sie in der Regierungserklärung erwähnt wird. Ueber den Inhalt einer entsprechenden Erklärung waren die Meinungen geteilt, so daß sich die Vorstände der Fraktionen in den nächsten Tagen mit der Schulfrage noch beschäftigen werden.

Die Aussprache über die Einführung eines Verfassungstages am 11. August führte ebenfalls zu keinem abschließenden Ergebnis. Während Sozialdemokraten und Demokraten dem vom Reichsrat beschlossenen Gesetzentwurf vollkommen zustimmten, erklärten die Zentrumsvertreter nur ihre grundsätzliche Zustimmung; auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei äußerten gewisse Bedenken. Die Notwendigkeit der Einführung einer Höchstgrenze für Pensionen wurde dagegen anerkannt. Die Frage soll im Zusammenhang mit der Vorlegung eines Ministerpensionsgesetzes geregelt werden, und zwar bei einer gleichzeitigen Regelung in den Ländern und Gemeinden. Auch hier wurde kein abschließendes Ergebnis erzielt. Das gleiche gilt von dem Erlaß einer Amnestie und der Abschaffung der Todesstrafe. Die Erörterungen über diese Fragen werden fortgesetzt.

Die sozialpolitischen, die wirtschaftlichen und die finanzpolitischen Fragen, für die am Sonnabend nur Formulierungen der Sozialdemokratie vorlagen, sollen am Montag vormittag erörtert werden.

* * *

Am Sonnabend vormittag hat der Abg. Drewitz dem Abg. Hermann Müller-Franken Forderungen der Wirtschaftspartei zur Regierungsbildung überreicht. Sie bewegen sich auf der bisherigen Linie der Politik der Wirtschaftspartei und dienen in der Hauptsache dem Ziel der Beseitigung des Mieterschutzes und der behördlichen Wohnungsregelung. Selbstverständlich fehlt auch die Forderung nach dem Abbau der Betriebe der öffentlichen Hand in diesem Programm nicht. Da der Abg. Drewitz am Sonnabend nicht in Berlin weilte, wird eine Besprechung zwischen ihm und Hermann Müller erst am Montag nachmittag stattfinden.

* * *

Am Sonntag hat — wie man hört — eine Konferenz zwischen Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei im Reichstag stattgefunden. Vermutlich hat man versucht, eine gemeinsame Operationslinie in den Fragen der Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik zu finden.

Seldte muß blechen.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich am Sonnabend der Führer des Stahlhelms, Seldte, zu verantworten. Seldte hatte auf dem Landesbundestag des Stahlhelms Oldenburg-Ostfriesland eine Rede gehalten, in der er die deutsche Republik als ein Abbruch-, Alteisen- und Schrothandelsgeschäft bezeichnete, mit dem der Stahlhelm nichts gemein habe. In der gleichen Rede hatte er auch die Reichsflagge eine Partei- und Hausfahne genannt, deren Farben zuerst von der feindlichen Propaganda, von Ueberläufern und bezahlten Spitzeln gezeigt worden seien.

Vor dem Gericht erklärte Seldte, er habe durch diese Ausführungen keinen Angriff gegen die Regierung und die gegenwärtige Staatsform unternehmen wollen, es habe ihm auch fern gelegen, die Reichsfarben zu beleidigen. Das Gericht verurteilte Seldte zu drei Wochen Gefängnis, umgewandelt in 800 Mark Geldstrafe, und den mitangeklagten Redakteur der Bundeszeitschrift „Der Stahlhelm", die Seldtes Rede abgedruckt hatte, Dertinger, zu 10 Tagen Gefängnis, umgewandelt in 250 Mark Geldstrafe.

Was wird in Bayern?

München, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 20. Juni tritt die Regierung Held zurück, das heißt sie stellt ihre Aemter dem tags darauf erstmals zusammentretenden Landtag zur Verfügung. Es ist aber damit zu rechnen, daß das bayrische Staatsschiff nicht lange ohne Kapitän und Steuermann sein wird, denn die Führung und die neue Fraktion der Bayrischen Volkspartei sind eifrig an der Arbeit, in ihren eigenen Reihen eine Klärung der verschiedenen Auffassungen herbeizuführen. Diese Klärung ist notwendig, weil tatsächlich in weitesten Kreisen der Bayrischen Volkspartei starke Strömungen gegen die Wiederaufrichtung der alten Koalition bestehen. Sie beziehen sich zum größeren Teil auf eine neuerliche Zusammenarbeit mit dem Bauernbund, der seine ganze Wahlarbeit gegen die Bayrische Volkspartei einstellte und davon auch den Nutzen einer Verdoppelung seiner Mandate gezogen hat. Die politisch links stehenden Elemente der Bayrischen Volkspartei, die zahlenmäßig allerdings noch nicht sehr stark sind, haben aber auch grundsätzliche Bedenken gegen eine Wiederverbrüderung mit den Deutschnationalen, da sie einzusehen beginnen, daß die Deutschnationalen der eigentliche böse Geist in der bayrischen Politik der letzten Jahre gewesen sind und es für die Bayrische Volkspartei im eigenen Interesse an der Zeit ist, aus der schwarz-weiß-roten Umklammerung herauszukommen.

Diese letztere Entwicklung ist aber noch nicht im Stadium praktischer Auswirkung. Die sogenannte Liquidationspolitik des Ministerpräsidenten Dr. Held, auf die er selbst so stolz ist, bezog sich lediglich auf eine zeitweise Eindämmung der äußerlichen Kraftausbrüche und der Revolutionsschnauze Hitlers, während sich die innere Einstellung zu den bayrischen Schandmethoden der Jahre 1920 bis 1923 nicht wesentlich geändert hat. Heute noch spielen maßgebende Führer der Bayrischen Volkspartei mit dem ruchlosen Gedanken, die sozialistische Arbeiterschaft durch die Schergen des bunt zusammengewürfelten Faschismus in Bayern niederzutreten und womöglich auszurotten, und tausende von kleinen Funktionären der Partei dürfen nach wie vor in den sogenannten vaterländischen Zirkeln der 1923er Politik der Kahr-Knilling huldigen. Dazu werden diese kleinen Geister noch besonders ermuntert durch die enge Tuchfühlung und Freundschaft, die der Parteioberste Held mit dem Exponenten der Deutschnationalen in Bayern, dem Justizminister Gürtner, hält, der immer noch zu seinem einstigen Bekenntnis steht: Die Nationalsozialisten sind Fleisch vom deutschnationalen Fleische. So sieht in Wirklichkeit die Liquidation der staatsverbrecherischen Kahrpolitik aus.

Unter diesen Umständen scheint, ganz abgesehen von den wirklichkeitsfremden partikularistischen Tendenzen der Bayrischen Volkspartei, die Zeit noch nicht gekommen, wo diese Partei für die Sozialdemokratie in Bayern wieder regierungs- und koalitionsfähig ist. Die Bayrische Volkspartei möge ihre Ehefreuden mit den Deutschnationalen, die ihren Höhepunkt in einer noch ungesühnten hochverräterischen Staatspolitik fanden, zur vollen Neige auskosten und erst nach dieser Läuterung die Sozialdemokratie vor die Frage einer Regierungsbeteiligung stellen. An eine wesentliche Aenderung der bayrischen Regierungspolitik ist infolgedessen, so wie die Dinge heute noch liegen, für die nächste Zeit nicht zu denken. In Wirklichkeit waren auch die Tastversuche der Bayrischen Volkspartei-Presse für eine neue Koalitionspolitik rein taktischer Natur. Sie verfolgen den Zweck, den Deutschnationalen Angst einzujagen und sie für die Neubildung der Regierung und des Koalitionsprogramms gefügiger zu machen. Für die Charakterisierung der neuen bayrischen Regierung genügt es vollauf, zu wissen, daß ihr Chef wiederum Held und ihr Justizminister wiederum Gürtner heißen wird, derselbe deutschnationale Parteigänger, der nach den Enthüllungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß nur durch die ihn schützende Hand des gegenwärtigen Ministerpräsidenten der Bayrischen Volkspartei einer Verantwortung vor dem Staatsgerichtshof entgangen ist.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Bayrischer Volkspartei und Deutschnationalen werden am Donnerstag und Freitag der nächsten Woche in Fluß kommen. In der Zwischenzeit hat die Vorstandschaft der Bayrischen Volkspartei ein parlamentarisches Arbeitsprogramm auf der Grundlage von Richtlinien auszuarbeiten, die von der Fraktion in zweitägigen Besprechungen aufgestellt wurden. Das Programm selbst wird am Mittwoch der Beschlußfassung einer neuen Fraktionssitzung unterworfen. Es soll die Grundlage des neuen Koalitionsprogramms bilden, auf das sich die anderen Regierungsparteien zu verpflichten haben.

Die Deutschen gehen nicht zur internationalen Handelskonferenz.

An der Tagung der Interparlamentarischen Handelskonferenz, die in diesem Jahre in Versailles stattfindet, werden deutsche Parlamentarier nicht teilnehmen. Die Gründe ergeben sich aus folgendem Telegramm, das Reichstagspräsident Löbe am Sonnabend nach Versailles gerichtet hat:

„Zu meinem tiefen Bedauern hat der deutsche Reichstag für die bevorstehenden Verhandlungen des Internationalen parlamentarischen Handelskongresses keine neuen Delegierten bestimmen können, da wir in den ersten Tagen der Session mit der Regierungsbildung beschäftigt sind. Gerade die wirtschaftlich interessierten Abgeordneten sind für die Aufstellung des Regierungsprogramms und die Zusammensetzung der neuen Regierung in Berlin unentbehrlich.

Wir bedauern sehr das ungünstige zeitliche Zusammentreffen mit dem Kongreß, dem, wie Sie wissen, der Deutsche Reichstag das größte Interesse entgegenbringt. Ich wünsche Ihren Verhandlungen im Namen des Reichstages den besten Erfolg und hoffe, daß die in London und Rio de Janeiro begonnene, in Versailles fortgesetzte Arbeit im nächsten Jahre in Berlin eine weitere erfolgreiche Förderung erfahren wird."

Die Anleiheschuld der Deutschen Städte.

Auf Grund einer vom Deutschen Städtetag durchgeführten Erhebung betrug die langfristige Anleiheschuld (ohne Ablösungs- und Aufwertungsverpflichtungen) für die gesamten deutschen Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern am 31. März 1928 = 2,012 Milliarden Mark. Damit entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 89,38 Mark. Die gesamte langfristige Anleiheschuld gliedert sich in 1,397 Milliarden Mark Inlandsanleihen und 615 Millionen Mark (= 30,5 Prozent der Gesamtschuld) Auslandsanleihen. Die Auslandsanleihen sind zum größten Teil für Wohnungsbau und Siedlungswesen (28,2 Prozent), für Versorgungsbetriebe und Verkehrsunternehmungen (17,7 Prozent) und zum kleineren Teil für Kanalisation und Schulwesen (je 4,6 Prozent) usw. verwandt worden. Die Auslandskredite wurden gemäß den Richtlinien der Beratungsstelle rein produktiven Zwecken zugeführt.

Aus dem Anleiheablösungs- und Aufwertungsgesetz ergeben sich für die deutschen Städte weitere Verpflichtungen in Höhe von 691,7 Millionen Mark = 30,72 Mark je Kopf der Bevölkerung. Damit steigt die langfristige Schuld der oben bezeichneten deutschen Städte auf 2,7 Milliarden Mark. Das macht für den Kopf der Bevölkerung 120 Mark aus. Die Gesamtverschuldung 1913 betrug dagegen 6,2 Milliarden Mark = 450 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Weiter wurde durch die Erhebung eine kurzfristige Verschuldung in Höhe von 665 Millionen Mark festgestellt.

Ein Gericht, das einen Justizmord deckt.

Der ostpreußische Hilfsgendarm Dujardin, der vor neun Jahren wegen Ermordung des Gutsbesitzers Jaguet zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, wurde vor einigen Monaten auf Anordnung des preußischen Justizministers freigelassen, um die Wiederaufnahme seines Verfahrens zu betreiben. Das Schwurgericht in Insterburg hat nunmehr die Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen, obwohl die Beweisführung, die zur Verurteilung Dujardins führte, so mangelhaft und lückenhaft war, daß von einem Justizmord gesprochen werden konnte. Die Verteidiger haben gegen den Beschluß des Schwurgerichts von Insterburg Beschwerde erhoben.

Neue Verhandlungen im Fall Hölz.

Leipzig, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Falle Hölz fand am Sonnabend eine Besprechung des Senatspräsidenten Lorenz vom 4. Senat des Reichsgerichts mit den Verteidigern von Hölz, Dr. Apfel und Dr. Kurt Rosenfeld, statt. Erörtert wurde vor allem der Antrag der Verteidigung, die weitere Vollstreckung des Zuchthausurteils gegen Max Hölz sofort zu unterbrechen. Senatspräsident Lorenz sagte eine schleunige Behandlung dieses Antrages zu. Da der Senat zur Prüfung des Wiederaufnahme-Antrages längere Zeit braucht, soll den Verteidigern spätestens Anfang Juli Gelegenheit zur mündlichen Begründung ihres Haftentlassungs-Antrages gegeben werden.

In den nächsten Tagen wird sich u. a. auch der Amnestieausschuß des Reichstages mit dem Fall Hölz beschäftigen. Sein Eintreten für die sofortige Begnadigung würde eine Verhandlung vor dem Reichsgericht überflüssig machen.

Das schweizerische Bundesgericht beschließt Pavans Auslieferung an Frankreich.

Basel, 15. Juni. Das schweizerische Bundesgericht in Lausanne behandelte am Freitag Vormittag den Auslieferungsfall des italienischen Antifaschisten Pavan, der bekanntlich des Mordes an dem Faschisten Saporelli angeklagt ist. Entgegen dem Antrag des Verteidigers und des Angeklagten entschied das Bundesgericht, daß es sich hier um ein gemeines Delikt, und nicht um ein politisches Vergehen handele, sodaß die Auslieferung Pavans an Frankreich zu seiner Aburteilung erfolgen wird.

Der neue Präsidentschaftskandidat.

Uns wird geschrieben:

Mit Vierfünftel-Mehrheit hat der Nationalkonvent der Republikanischen Partei Amerikas den gegenwärtigen Staatssekretär im Handelsdepartement Herbert Clark Hoover als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Diese Nominierung bildete keine Ueberraschung, seitdem Präsident Coolidge eine nochmalige Kandidatur endgültig abgelehnt hatte. Die einzige noch offene Frage war die, ob Hoover gleich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Delegiertenstimmen erzielen oder ob es der Farmer-Opposition, die mit der schroffen Schutzzollpolitik Hoovers unzufrieden ist, gelingen würde, die Entscheidung zu verzögern. Das ist ihr nicht gelungen. In Kansas City ist die Sache überaus schnell und fast reibungslos verlaufen. Die überwältigende Mehrheit für Hoover hat zu echt „amerikanischen" Beifallskundgebungen geführt, von denen die eine nicht weniger als 25 Minuten gedauert haben soll.

Hoover gehört neben Coolidge, Dawes, Borah und Mellon zu den prominentesten Persönlichkeiten der zurzeit regierenden Partei in den Vereinigten Staaten. Während im allgemeinen die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten den meisten Europäern fast gar nicht oder höchstens nur dem Namen nach bekannt sind, ist es bei Herbert Hoover anders. Sein Name ist seit Kriegsbeginn sehr oft in Europa genannt worden, und zwar zunächst als Leiter der amerikanischen Organisation für die Lebensmittelversorgung der belgischen Zivilbevölkerung während der deutschen Okkupation. Nach Kriegsende galt es als ganz selbstverständlich, daß der Mann, dessen Organisationstalent und Energie auf diesem humanitären Gebiet so hervorragend in Erscheinung getreten waren, auch ähnliche Unternehmungen für die notleidenden Bevölkerungsschichten Ost- und Mitteleuropas leitete. Auch die deutsche Bevölkerung hat ihm und seinem Werke vieles zu verdanken.

Im Gegensatz zu den meisten prominenten Amerikanern und insbesondere zu Coolidge kennt Hoover Europa. Er ist ein typischer „Self-made-man", ein Mann, der sich aus eigener Kraft emporgearbeitet hat. In frühester Jugend war er Waise, lernte dann Gärtnerei, studierte Geologie und wurde Bergwerksingenieur in Mexiko, Amerika, England und Rußland. Er ist jetzt 54 Jahre alt. Auch als Staatssekretär im Handelsdepartement hat er eine außerordentliche Energie entfaltet, die ihm zwar viele Bewunderer, aber auch nicht wenige erbitterte Feinde eingebracht hat. Die Gegnerschaft der Farmer, der Landwirte, die ihm vorwerfen, daß durch seine starre schutzzöllnerische Einstellung lediglich die amerikanische Industrie gefördert wird, während die Absatzkrise der Agrarprodukte verschärft wurde, ist bereits erwähnt worden. Ein typisches Beispiel für die Rücksichtslosigkeit und zugleich Furchtlosigkeit Hoovers bot sein Verhalten während der furchtbaren Ueberschwemmung des Mississippi-Flusses im vergangenen Jahre. Um die von einer Katastrophe bedrohte Millionenstadt St. Louis zu retten, gab der mit Vollmachten ausgestattete Staatssekretär Hoover den Befehl zur Sprengung der Dämme oberhalb der Stadt. Damit lieferte er Tausende von Farmern dem Ruin aus, aber es war nur das kleinere Uebel. Verzweifelte Farmer, deren flehentliche Bitten er nicht berücksichtigt hatte, trachteten sogar nach seinem Leben — er aber blieb unerschütterlich, und der Erfolg gab ihm recht.

Eine so weltbewanderte, starke Persönlichkeit auf dem Präsidentenposten, der in Amerika mit außerordentlich weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist, kann auf die Politik nicht nur seines Landes, sondern der ganzen Welt den größten Einfluß ausüben, im guten wie im schlechten Sinne. Einstweilen ist er allerdings noch nicht gewählt. Die demokratische Partei, deren Konvent nächstens in Houston (Texas) zusammentritt, hat ihren Kandidaten noch nicht bestimmt. Sie hat in den letzten Jahren wieder stark an Boden gewonnen; eine Wiedereroberung des Weißen Hauses durch sie, die in den Jahren 1920 bis 1924 unmöglich schien, liegt diesmal durchaus im Bereich des Möglichen, zumal nach den jüngsten Petroleum- und Justizskandalen, die die Republikanische Partei bis in ihre höchsten Spitzen arg kompromittiert haben. Gelingt es den Demokraten, einen zugkräftigen, allgemein in den eigenen Reihen anerkannten Kandidaten zu nominieren, dann sind ihre Aussichten bei der im Herbst stattfindenden Wahl durchaus günstig. Einstweilen bedeutet aber die Tatsache der fast einstimmigen Aufstellung Hoovers in Kansas City für die Republikaner einen wichtigen moralischen Trumpf.

Auch in der Schweiz Phosgen entdeckt.

Genf, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In einer in Konkurs befindlichen Fabrik bei Vernier in der Nähe von Genf wurden vor einiger Zeit bei einer Inventuraufnahme des Konkursverwalters 83 Fliegerbomben entdeckt, die mit Phosgen gefüllt waren. Sie waren gegen Ende des Krieges von Frankreich nach der Schweiz importiert worden, angeblich, um der Fabrikation von Veronal zu dienen. Der Schweizer Gesundheitsdienst entschied, daß die Bomben, deren Eigentümer nicht mehr festzustellen waren, in den Genfer See versenkt wurden. Die Versenkung erfolgte am Sonnabend in aller Frühe ohne Zwischenfälle.

Karl und Anna.

Von Leonhard Frank.

(Copyright 1926 by Ullstein A.-G., Berlin.)

2] (Nachdruck verboten.)

„Da will ich dir einmal was erzählen, was du vielleicht noch nicht weißt. Ich und Anna sind in die Großstadt übergesiedelt, wir haben die schöne Wohnküche erwischt und auch gleich eingerichtet, mit Möbeln auf Abschlagszahlung. Eine Woche später mußte ich fort."

„Das kenn ich alles schon. Sechs Mark monatliche Abzahlung!"

„Aber bevor wir das wußten, daß ich fort muß, haben wir uns gesagt: jetzt müssen wir uns dranhalten, dann wirds gut. Und ich denk eben, die Anna hat das nicht vergessen. Die hat gar keine Zeit für solche andere Gedanken. Denn es wird ihr schwer genug werden, das Zeug zusammenzuhalten."

„Vielleicht grad deshalb!"

„Was gings überhaupt dich an! Dir bleibt das Maul so und so sauber. Und der Anna, der würde ich ... Aber ich weiß: das gibts bei ihr nicht." Er hob die Hacke hoch auf und ließ sie niedersausen.

Ihm waren Sehnsucht und Rastlosigkeit schon oft zum Anlaß geworden, dieses zwecklose Kreuz zu verlängern. Auch jetzt schlug er seine Zweifel erfolgreich mit Arbeit nieder.

Karl hatte als zweijähriges Kind aus dem Kapotthut seiner Mutter, der mit langen Bindebändern versehen war, einen Wagen gemacht, sich als Pferd zwischen die zwei Bindebänder gespannt und den neuen Hut hinter sich her über den Hof durch die Regenpfützen gezerrt. Seither hatte ihm die Gabe der Phantasie mehr Last beschert als Freude. Er blieb reglos liegen, gepeinigt von Vorstellungen, bis die Sonne sank und die hochgereckte Hacke des Kameraden einen riesenhaften Schatten warf.

Am östlichen Horizont lohte die Feuersbrunst. Das rotierende Schwungrad aus Gold berührte noch nicht den Rand. Schon waren in der Nähe nur noch die äußersten Spitzen der Halme vergoldet. Weiterhin wurde die Steppe tief schwarzgrün, und am fernen westlichen Horizont stieg schon die Nacht herauf. Die Grillen tobten. Die Würme roch feucht.

Gleich dem Schlosser, der nach Feierabend die Werkbank aufräumt für den kommenden Tag, schaufelte Richard noch die letzte Erde aus dem Graben und zog den Rock an.

Nach einer Viertelstunde Weges knatschten die Stiefel vor Nässe. Der Himmel war erblaßt. Die Wellblechhütte stand verloren in der grauen Endlosigkeit.

Am anderen Morgen marschierten sie ins Gefangenenlager, Proviant zu holen. Diesen Weg, einen Tagesmarsch, waren sie während der vier Sommer jeden Monat einmal hin und zurück gegangen, hintereinander marschierend. Das Gras hatte sich immer wieder aufgerichtet. Nur ein kaum erkennbarer Streifen war geblieben.

Karl und Richard, gelernte Monteure, waren gleich groß und hatten beide die dunkel gefärbte Gesichtshaut des Metallarbeiters.

Im Lager stand eine Gruppe Gefangener, abmarschbereit. „Da nehmen wir von denen einen dazu, dann ist die Zahl voll", sagte der Aufseher und rief Richards Namen.

Fünf Minuten später — er hatte nicht Zeit gefunden, Abschied zu nehmen von Karl — befand er sich mit den anderen auf dem Marsch zur Bahnstation, von wo aus die ganze Gruppe einige Tagereisen noch weiter ostwärts verschickt wurde.

II.

Einen Tag nach Richards Abtransport flüchtete Karl aus dem Gefangenenlager. Das Verlangen nach Anna trieb ihn auf den graden Weg.

Den Entschluß, zu Anna ins Zimmer zu treten und sie als seine Frau zu begrüßen, zu behaupten, er sei ihr Mann, er sei Richard, hatte er gefaßt, aus Angst, sie anders fürs Leben nicht gewinnen zu können. An einer Liebschaft lag ihm nichts. Sein Wesen verlangte in triebhafter Sehnsucht nach einem Menschen, für den er das Leben und der für ihn das Leben sein konnte.

Daß er denselben Beruf, die gleiche Körpergröße, Haar- und Augenfarbe, die allen Metallarbeitern eigene dunkle Gesichtshaut, ja sogar, wie Richard, besonders starke und auffallend geschwungene Brauen hatte, überlegte Karl nur flüchtig.

Er kannte Annas Vergangenheit mit Richard in allen Einzelheiten so genau, als hätte er sie miterlebt, war ganz erfüllt von Annas Wesen. Sie war in seiner Vorstellung für ihn die Heimat geworden, die jeder Mensch bei einem Menschen sucht. Er liebte sie.

Erst ein Vierteljahr nach seiner Flucht aus dem Lager erreichte Karl die Stadt, in der Anna wohnte.

Er hatte, immer in Angst, gefaßt zu werden, die riesige Strecke durch Nacht und Wald, von Versteck zu Versteck, über mehrere Landesgrenzen, Ströme entlang im Sonnenbrand zu Fuß zurückgelegt und während dieser Zeit nur wenige Nächte unter einem Dache geschlafen.

Die ersten freistehenden Hochhäuser der Vorstadt erhoben sich dunkel inmitten herbstlicher Stoppelfelder. Er kannte die Stadt nicht. Er kannte genau das Aussehen des Hauses, wußte die Nummer. Er wußte den Weg. Sie wohnte nicht weit.

Abendregen hatte den Staub von Gesicht und Schuhen des Heimgekehrten abgewaschen.

Er trat in einen Friseurladen, legte sein kleines Bündel, das in durchnäßtes Zeitungspapier eingewickelt und mit einem Riemen umschnallt war, auf den Stuhl und den Hut darauf. Der Friseur hing den Hut an den Haken und zeigte die Handfläche: „Bitte!"

Karl hatte sich auch in der Gefangenschaft jeden Sonnabend rasiert und öfters zu Richard gesagt: „Wenn du früher immer bartlos warst und einstmals nach so vielen Jahren mit einem Vollbart heimkommst, wird Anna dich gar nicht gleich erkennen."

Erfüllt von der Ungeduld und Freude eines Mannes, der nach langer Trennung heimkehrt zu seiner Frau, die er liebt, eilte Karl die Straße hinunter, auf Annas Haus zu, in dem ein kleiner Schuhladen war.

Hinter dem Schaufenster lagen drei Paar alte Stiefel, eine umgefallene zerbrochene Blumenvase und eine schlafende Katze. Der Schuhladen sah ganz anders aus, als Karl sich ihn vorgestellt hatte. Nach Richards Schilderung waren vor vier Jahren mindestens zweihundert Paar neue Schuhe, jedes einzelne Paar versehen mit einem blauen Pappescheibchen, auf denen mit großen gelben, erhabenen Zahlen die Preise standen, zwischenraumlos aufeinandergestapelt, ausgestellt gewesen und ganz im Vordergrunde, genau in der Mitte, auf einer Glasplatte, ein Paar besonders große Lackstiefel mit hellgelben Schäften und einem Zettel: „Das ist elegant."

Dazwischen liegt der Krieg, dachte Karl. Er empfand Angstdruck über dem Magen und wußte nicht, weshalb. Freude und Ungeduld waren weg.

„Zweiter Hof, Eingang links, zwei Treppen, zweite Tür links." Beim Hinaufsteigen betrachtete er die verkratzten schablonierten Wände. Richard hatte ihm das Schablonenmuster aufgezeichnet. Der Druck über dem Magen wich nicht. Er wollte umkehren, später wiederkommen.

(Fortsetzung folgt.)

KIPKE-BIER seit 1844

Die Preissteigerung für Agrarprodukte.

Infolge der hemmungslosen Getreidepreissteigerung in den Vormonaten setzte im Monat Mai eine scharfe Anpassung der Kleinhandelspreise für Mehl und Mehlprodukte an die Getreidegroßhandelspreise ein. Nach Feststellung des preußischen statistischen Landesamtes unterlag die Preisbildung folgender Entwicklung:

	Mai 1926	Mai 1927	April 1928	Mai 1928
	(für 1 Kilogramm in Pfennigen)			
Roggenbrot	29,4	36,5	37	38,1
Roggengraubrot	36,6	44,7	45	46,3
Weizenkleingebäck	76,7	81	80,9	81,2
Roggenmehl	35,7	44,8	45,5	47,6
Weizenmehl	51,9	55,8	53,8	54,1
Graupen	53,4	54,8	56,3	56,9
Weizengries	65,6	67	65,6	65,8
Haferflocken	56,6	59,4	61,0	63,4

Die Preissteigerung scheint sich auch von den eigentlichen Agrarwaren auf andere Waren übertragen zu wollen. Die Kaufkraft der Löhne zeigt somit durchaus sinkende Tendenz.

Verstärkte Siedlungstätigkeit in Preußen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist der Landvorrat in der Hand der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen nach dem vom Preußischen Statistischen Landesamt in Nr. 21 der „Statistischen Korrespondenz" veröffentlichten Bericht über die Ergebnisse der Siedlungstätigkeit in Preußen 1926 auf über 70 000 Hektar angewachsen. An Siedlungsfläche sind insgesamt 34 437 Hektar neu erworben bezw. vermittelt worden, und zwar mehr als drei Viertel in den östlichen Landesteilen. Dieses Siedlungsland stammt zu 85 Prozent aus dem Besitzstande der großen Güter mit 100 Hektar und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche. Neben den käuflich erworbenen 34 437 Hektar sind noch 3327 Hektar als Landzulage an Anlieger zu Pacht vermittelt worden. Im Jahre 1926 sind 1628 neue Siedlerstellen auf einer Gesamtfläche von 2 159 Hektar begründet worden, das bedeutet eine Zunahme in der Zahl der Stellen um 9,5 Prozent und der ausgelegten Fläche um 53,8 Prozent gegen das Jahr 1925. Diese Zunahme ist in den westlichen Landesteilen etwas stärker gewesen als im Osten. Auf die sieben Ostprovinzen entfallen jedoch 71,0 Prozent der neuen Stellen und 81,0 Prozent der Fläche. An der Spitze steht Ostpreußen mit 311 Stellen auf 5136 Hektar Siedlungsland. Die Größe einer Siedlungsstelle beträgt auf altem Kulturlande durchschnittlich 13,8 Hektar, auf Moorland 15,7 Hektar und auf Oedland 9,9 Hektar. Mehr als zwei Fünftel aller Siedlungsstellen haben eine Größe zwischen 10 und 20 Hektar. Auf den neuen Stellen sind 1629 Siedler mit 6062 Familienangehörigen angesetzt worden; von den Neusiedlern hauen 78 Prozent bereits früher im Hauptberuf der Land- und Forstwirtschaft angehört; auch kommen sie zumeist aus der Provinz, in der sie angesiedelt worden sind. Als Anliegersiedlungen sind im Jahre 1926 insgesamt 637 Hektar an Besitzer von Kleinbetrieben begeben worden, und zwar zu 80 Prozent der als Landzulagen begebenen Fläche an Kleinlandwirte und ländliche Arbeiter.

Die Hilfsaktion für Nobile.

Nobile in schwerer Gefahr.

Aus Nobiles letztem Funkspruch an die „Citta di Milano geht hervor, daß in der Gegend seines Standortes ein außerordentlich heftiger Sturm herrscht. Das Eis um das Lager herum bricht auf, so daß er und seine Begleiter sich in größter Gefahr befinden. Nobile bittet nochmals um Gewehre und Munition, da Eisbären das Lager zu überfallen drohen.

Den letzten Nachrichten zufolge ist Major Madalena mit seinem italienischen Flugzeug am Sonnabend abend nach Kingsbay gestartet. Der schwedische Hydroplan „Uppland" ist am Sonnabend mittag in Narvik eingetroffen.

Aus Kingsbay wird gemeldet, daß die „Hobby" und die „Braganza" inzwischen das Cap Nord erreicht haben. Die Kapitäne Larsen und Lizow Holm konnten bisher jedoch nicht zu Erkundungsflügen aufsteigen, weil das Kap Nord immer noch von starkem Nebel umgeben ist.

Paris, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Fliegermajor Guilbaud ist am Sonnabend vormittag mit seinem für den Transozeanflug gebauten Wasserflugzeug zur Hilfeleistung für General Nobile gestartet. Er soll nur eine Zwischenlandung in Bergen vornehmen, wo der norwegische Polarforscher Amundsen an Bord des Flugzeuges gehen wird, und dann sofort nach der Königsbucht weiterfliegen. Das Flugzeug, das 3400 Liter Benzin mitführen kann, besitzt einen Aktionsradius von 5000 Kilometer.

Zyromski gegen die Entwaffnungskomödie.

Paris, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Führer des linken Flügels der französischen Sozialisten, Zyromski, wendet sich in der Sonnabend-Ausgabe des „Populaire" gegen die Haltung der französischen Regierung in der Entwaffnungsfrage, sowie gegen die Vertretung dieser Haltung durch einen Sozialisten in Genf. Zyromski kommt in seinem klar und kurz gefaßten Artikel zu der Feststellung, daß alle Regierungen in den letzten Jahren durch Rüstungsfragen viel mehr als durch die Abrüstung in Anspruch genommen waren, und fordert, daß man unverzüglich die allgemeine Abrüstung betreiben müsse, statt, wie bisher, nur auf der Abrüstung der Besiegten zu bestehen. Die allgemeine und gleichzeitige Abrüstung, so heißt es weiter, setze aber eine allgemeine Kontrolle voraus. Natürlich wird hier die Souveränität der Staaten eingeschränkt, aber „es gibt keinen internationalen Fortschritt ohne die Unterordnung der nationalen Souveränitäten unter eine übernationale Souveränität". Auch die von Paul Boncour vertretene Forderung Frankreichs, „Erst Sicherheit, dann Abrüstung", sei unhaltbar, denn sie verzögere die Abrüstung und damit die Sicherheit. Allein die vereinigte Kraft des internationalen Proletariats sei in der Lage, die internationale Sicherheit zu garantieren. Der Völkerbund, wie er heute sei, interessiere das Proletariat lediglich als Kampfmittel. Er müsse demokratisiert, in einen wirklichen Bund der Völker umgestaltet werden. Die Außenpolitik Frankreichs begünstige geradezu das faschistische Italien und habe sich in der Angelegenheit des ungarischen Waffenschmuggels ohnmächtig gezeigt.

Daher, so schließt Zyromski, sei es unbedingt erforderlich, daß der Vorstand der Sozialistischen Partei sich mit der Abrüstung entschieden befasse und er nicht mehr einen Sozialisten autorisiere, die französische Regierung zu vertreten, so lange sie ihre gegenwärtige Politik betreibe.

Die Neuorganisation Chinas.

Die japanischen Bedingungen für Verhandlungen mit der Nanking-Regierung.

Tokio, 17. Juni. Das japanische Außenministerium veröffentlicht eine Verlautbarung über ihre Stellung zur Nanking-Regierung. Das japanische Außenministerium ist hiernach bereit, mit der Nanking-Regierung in Verhandlungen zu treten. Jedoch wird verlangt, daß erst drei Forderungen erfüllt werden: 1. Entschuldigung der chinesischen Südtruppen vor der japanischen Flagge; 2. Entschädigung für die Verluste der japanischen Staatsangehörigen in Tsinanfu; 3. Bestrafung der chinesischen Offiziere, die die Kampfhandlungen der chinesischen Truppen gegen Japan geleitet haben. Die japanische Regierung erwartet, daß die Nanking-Regierung sofort die japanischen Vorschläge billigen wird.

London, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalistische Regierung der Republik China hat „An die befreundeten Nationen der Welt" von Nanking aus ein Manifest erlassen, in dem sie feststellt, daß die militärische Epoche der chinesischen Revolution nun zu Ende gehe und der Aufbau eines neuen Staates, der sich auf Freiheit und internationalen Frieden stütze, bald möglich sein werde. China werde die militärische Regierungsform beseitigen, kommunistische Bewegungen würden nicht geduldet, die ungleichen Friedensverträge müßten fallen. Die Zeit sei reif für diplomatische Verhandlungen zur Herstellung der völligen Souveränität Chinas. Der internationale Handel mit China sowie die Sicherheit der Ausländer und ihres Eigentums würden dadurch gefördert werden.

Die nationalistische Regierung verpflichtet sich schließlich, Abmachungen, die sie als gleichberechtigter Partner mit anderen Staaten treffen werde, voll und ganz einzuhalten.

Auch die Mandschurei vor der Uebergabe an Südchina.

Tokio, 16. Juni. Nach zuverlässigen Berichten aus Mukden haben Tschangtsolins Nachfolger, die seinen Tod immer noch verheimlichen, um Japans Intervention zu verhindern, die Absicht, die Mandschurei der neuen chinesischen Nationalregierung auszuliefern. In Japan ist man zum Einlenken gegenüber der Nanking-Regierung bereit, wenn diese ihre Hand von der Mandschurei ablassen sollte. Der Pekinger Generalkonsul wird mit diplomatischen Befugnissen ausgestattet nach Nanking gehen, um dort mit der Nationalregierung zu verhandeln.

Peking, 16. Juni. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die Nanking-Regierung beschlossen, die chinesischen Vertreter in Berlin, Washington, London und Tokio auf ihren Posten zu belassen, da diese sich bereit erklärt haben, die Nanking-Regierung Chinas anzuerkennen. Nur der chinesische Gesandte in Moskau, Tschen, der als Anhänger Tsangtsolins gilt, hat bisher noch keine Erklärung über die Anerkennung der Naking-Regierug abgegeben. Wenn in den nächsten drei Tagen keine Erklärung von ihm erfolgt, soll er zurückberufen und ein neuer Geschäftsträger nach Moskau gesandt werden.

Die Nanking-Regierung hat dem japanischen General-Konsulat ihr Bedauern über die Ausschreitungen in Tientsin ausgesprochen.

Feng stellt die Offensive gegen die Nordtruppen ein.

Peking, 16. Juni. General Feng hat der chinesischen Presse gegenüber am Sonnabend erklärt, er habe beschlossen, die weitere Offensive gegen die Nordtruppen in der Mandschurei einzustellen. Sowohl seine Truppen, als auch die der Nanking-Regierung müssen sich erst von den großen Anstrengungen der letzten Kämpfe erholen. Er sei bereit, mit der Nanking-Regierung weiter zusammenzuarbeiten, auch werde er weiter in der Kuomintang-Partei bleiben. Er sei jedoch Gegner einer scharfen Politik gegenüber den anderen Mächten, da China heute nicht die Macht besitze, um einen Kampf gegen die Großmächte erfolgreich zu führen. Er sei kein Anhänger des Bolschewismus, vertrete aber die Ansicht, daß China zu seinen großen Nachbarstaaten gutfreundschaftliche Beziehungen unterhalten müsse.

Neuregelung der chinesischen Auslandsbeziehungen.

Peking, 16. Juni. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat der südchinesische Außenminister Dr. Wang den Gesandten Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Amerikas und Japans mitgeteilt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Außenministerium in Peking und diesen Mächten unterbrochen werden. In Peking werde jetzt ein Kommissar eingesetzt, der mit den Konsuln der Mächte die Verbindung aufnehmen wird, jedoch nicht mit den Gesandten. Das Außenministerium werde nach Nanking überführt, von wo aus die Verbindung mit den Mächten aufgenommen wird.

Soziales.

Zur neuen Fassung der Zusatzrentenbestimmungen.

In der mit Wirkung vom 1. April in Kraft getretenen neuen Fassung der Zusatzrentenbestimmungen ist vom Reichsarbeitsministerium angeordnet worden, daß die Zusatzrente nur dann gekürzt oder entzogen werden darf, wenn das Einkommen eines im Haushalt lebenden Kindes die Grenzen überschreitet, die für einen Kriegsbeschädigten selbst die Gewährung der Zusatzrente nicht mehr zulassen würden. Diese Grenzen betragen je nach der Ortsklasse 105 bis 120 Mark monatlich. Die Zusatzrente darf aber erst dann entzogen werden, wenn das über diese Beträge hinausgehende Einkommen die für die Beschädigten und Hinterbliebenen zum Abzug der Zusatzrente selbst vorgeschriebenen Einkommensgrenzen überschreitet. Demnach fällt die Zusatzrente fort, wenn ein Kind einer Kriegerwitwe ein Gesamteinkommen von 201 Mark in der Sonderklasse oder 176 Mark in der Klasse D hat. Diese Regelung ist besonders für ländliche Verhältnisse gegenüber der früheren Regelung eine Verbesserung. Es haben sich aber unter den Berufsverhältnissen in Städten und in Industriegebieten daraus doch Benachteiligungen deshalb ergeben, weil bei Anwendung dieser neuen Vorschrift die Zusatzrente von Kriegerwitwen gekürzt oder ganz entzogen wurde, obwohl nach den früheren Bestimmungen bei gleichen Einkommensverhältnissen die volle Zusatzrente zahlbar war. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr auf Vorstellung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten angeordnet, daß stets die günstigere Regelung anzuwenden ist. Zuungunsten des Versorgungsberechtigten darf also auf die frühere Regelung nicht zurückgegriffen werden. Witwen und Beschädigten, die vor dem 1. April Zusatzrente bezogen haben, ist diese in der alten Höhe weiter zu zahlen.

Die Zukunft der Sozialversicherung.

Dieses Thema wird der Mittelpunkt einer Tagung der Angestellten der deutschen Sozialversicherungsträger sein, die der Zentralverband der Angestellten für den 3. Juni 1928 nach Eisenach einberufen hat. Ministerialdirektor Dr. Grieser, der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Reichsarbeitsministerium, hat es übernommen, das einleitende Referat zu halten. Die Angestellten der Sozialversicherung im Zentralverband machen es sich zur wichtigsten Aufgabe, die Sozialversicherung in engster Zusammenarbeit mit den Versicherten zu einer möglichst vollkommenen Einrichtung für die werktätige Bevölkerung zu machen. Aus allen Teilen des Reiches werden Vertreter der Verwaltungen aller Sozialversicherungsträger anwesend sein. Die Tagung verspricht eine machtvolle Kundgebung für die Förderung eines Ausbaues und einer Vereinheitlichung der deutschen Sozialversicherung zu werden.

Vermischtes.

Der Blankenseer Mordprozeß.

Im Blankenseer Mordprozeß ist jetzt die Hälfte der mehr als 100 Zeugen vernommen worden. Die Beweisaufnahme wurde am 10. Verhandlungstag durch einen Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Bahn-Berlin, unterbrochen. Rechtsanwalt Bahn beantragte, den beisitzenden Richter Amtsgerichtsrat Dr. Horn, als Zeugen zu vernehmen. Wie ein Landjägermeister in der Verhandlung ausgesagt hat, ist Amtsgerichtsrat Dr. Horn als Vorsteher des Amtsgerichts am 7. Februar darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Polizei in Blankensee vermutete, daß der Tod des Knechtes Rohde nicht durch einen Unglücksfall, sondern durch ein Verbrechen erfolgt sei. Trotzdem habe Dr. Horn am Nachmittag desselben Tages die Leiche Rohdes zur Beerdigung freigegeben. Die Verteidigung lege außerordentlichen Wert darauf, die Beweggründe des Amtsgerichtsrates Dr. Horn für seine Handlungsweise kennen zu lernen, da sie annehmen müsse, daß auch Dr. Horn ein Verbrechen nicht für möglich gehalten habe. Nach 1½stündiger Beratung gab das Gericht diesem Antrag der Verteidigung statt. Amtsgerichtsrat Dr. Horn verließ seinen Platz am Richtertisch und wurde durch den Hilfsrichter Amtsgerichtsrat Klingenberg ersetzt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gab der Oberstaatsanwalt Dr. Müller die Erklärung ab, daß die Staatsanwaltschaft nicht den Standpunkt vertreten werde, daß es sich um eine Strychninvergiftung handle, sondern daß sie der Ansicht sei, der Tod Rohdes sei durch Ertrinken eingetreten. Man hofft, die Zeugenvernehmung am Sonnabend zu Ende führen zu können.

Fromme Menschenschinder.

In Kötzna bei Straubing wurde der 31jährige geisteskranke Sohn des Mühlenbesitzers und Großbauern Wild völlig verwahrlost und von Ungeziefer zerfressen im Schweinestall vorgefunden. Der Unglückliche war, um Kosten zu sparen, aus der Irrenanstalt entlassen worden und befand sich bereits seit einem Jahr in dem Schweinestall. Die Gendarmerie, die auf das Verschwinden des Geisteskranken aufmerksam gemacht worden war, konnte bei der Inaugenscheinnahme zuerst den armen Menschen gar nicht von den in der Nebenstallung untergebrachten Schweinen unterscheiden. Das Essen war dem Unglücklichen im Schweinetrog verabreicht worden. Der Geisteskranke wurde sofort in eine Pflegeanstalt verbracht. Die Eltern des Unglücklichen sind eifrige Kirchengänger.

Schwerer Unglücksfall im Hause eines englischen Ministers.

Im Hause des englischen Arbeitsministers Walter Guinneß hat sich in der Nacht zum Sonnabend bei einem Tanzfest ein schwerer Unglücksfall ereignet. Zwei Dienstmädchen hatten sich nach dem obersten Stock des Hauses begeben, um durch ein Oberlichtfenster in den Tanzsaal hinunterzusehen. Plötzlich zerbrach das Fenster und die beiden Mädchen stürzten etwa zehn Meter tief in den Tanzsaal hinunter. Eines der Mädchen starb sofort, während das andere schwer verletzt darniederliegt. Bei dem Aufräumen der Glasscherben zog sich ein Diener eine Knöchelzerrung zu. Der Tanz wurde sofort abgebrochen.

Mord und Selbstmord.

In einem Pariser Vororte erdrosselte der 50jährige Altwarenhändler Turpin, der Anzeichen geistiger Umnachtung zeigte, seine um 20 Jahre ältere Mutter und nahm sich dann selbst durch Erhängen das Leben. Hinterlassene Briefe besagen, daß er seine Mutter, die ohne ihn darben müsse, mit in den Tod nehme. Am Vorabend der Tat, hatte der Unglückliche einen Kranz und zwei Särge bestellt. Neben dem Sterbebette der Mutter hatte er ein weißes Linnen und Totenwäsche bereitgelegt, während er sich selbst vor dem Erhängen ein weißes Tuch um den Kopf band, um seine entstellten Züge zu verbergen.

Wasserstand

18. Juni.

Ratibor	0.94	Kansern (Unter-Pegel)	2.48
Neisse (Stadt) vom 17. 6.	– 0.46	Dyhernfurth	1.37
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.53	Abflußmenge sekundlich 75 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2.00	Fürstenberg vom 17. 6.	1.10
Trebschen	1.04	Wasserwärme + 16,7°.	

Was ist Togal?
Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!
Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 5000 Aerzte u. Professoren anerkennen die hervorragende Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. Mk. 1.40.
0,46 Chin. 12,6 Lith., 71,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl 11165

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Täglich bis 1. Juli, von nachmittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts — Das Fest der schlesischen Heimat

Das Breslauer

Johannisfest

mit Paul Simmels lustiger Stadt

Heute Montag, 4 Uhr:

Trachten und Tänze

(Oberschlesische Hochzeit u. a.)

5³⁰ Uhr:

1. Aufstieg der Luftakrobatin

Elvira Wilson

mit ihren 3 Freiballons

Morgen Dienstag:

6 Uhr: Vorführungen durch den Deutsch. Rasse-Hundeverein

7 Uhr: **Brieftauben-Massenstart** durch die Breslauer Brieftauben-Reise-Vereinigung (ca. 3000 Tauben)

Die Weltsensation!

Das ferngesteuerte Auto befindet sich auf d. Festplatz

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf., Sonn- und Elitetage: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Dauerkarten für alle Tage gültig: Erwachsene 2.50 Mk., Kinder 1.00 Mk.

Vorverkauf bei Barasch und an den Kassen.

Die Johannisfestzeitung mit dem gesamten Sport- und Festprogramm ist bei jedem Zeitungshändler zu haben.

Familien-Anzeigen

Am 16. Juni verschied unser langjähriges Mitglied

Frau Pauline Jaekel

geb. Roder

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der Sozialdemokr. Partei Deutschl., Ortsverein Breslau.

Beerdigung Dienstag, den 19. Juni, nachmittags 4½ Uhr, in Oswitz, Halle II.

Trauerhaus: Gr. Dreilindengasse 4. 2499

Am 16. Juni, früh 9½ Uhr, verschied nach kurzem Leiden, unser langjähriges Mitglied, die Witfrau

Pauline Jaekel, geb. Roder

im Alter von 51 Jahren.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts 16 der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau

Beerdigung: Dienstag, nachm. 4½ Uhr, von Halle 2, Tor 6, Oswitzer Friedhof (Erlöser). 2498

Trauerhaus: Gr. Dreilindengasse 4.

Zurückgekehrt

Dr. Feder

Enderstraße 17. 6274

Parteigenossen

besucht unsere **Reichsdruckausstellung** in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11

Eintritt frei!

Augenblicklich ausgestellt:

Dürer — Rembrandt

Chaiselongues

größte Auswahl

eichenes Speisezimmer, kompl. 658.00, eichenes Schlafzimmer, kompl. 475.00, eichenes Herrenzimmer, kompl. 659.00, Wäscheschrank, 3teilig 98.00, Ausziehtische 45.00 2 Bettstellen, Eiche, mit Patent- und Auflegematratze 185.00, 2 Bettstellen in Erle und Nußbaum, einzelne Wäscheschränke, Eiche und Nußbaum, moderne Schreibtische, Eiche sowie poliert, Flurgarderoben große Auswahl.

Albert Nowotny

6271 Weidenstraße 23/24.

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich kannst Du Dir geistige Schätze von unermeßlichem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Adamyulin bei Herman Hirschfelder ok. in allen Apotheken erhältlich Carl Adamy, Blücherplatz 3 (Mohren-Apotheke)

Bettstellen

2 Stück, Eiche, m. Patent- u. Auflege-Matr. 185.— 2 Stück, pol., mit Patent- und Auflege-Matr. 170.— Wäschespeicherschrank, dreiteilig . . . . . 95.— Ausziehtisch . . 48.— Chaiselongues . 38.— Schlafzimmer, Eiche, in jeder Preislage etc.

Teilzahlung gestattet!

Max Giesel, Brüderstraße 23

Eleg. gebr. Anzüge und Mäntel

6267 preiswert zu verkaufen

Leihhaus Kupferschmiedestraße 37, I.

Liebich-Theater

Gastspiel des Berliner Metropoltheaters

Täglich 8 Uhr

Das Ereignis der ganzen Spielzeit!

Kurzes Gastspiel der künstl. Revue:

Große Kleinigkeiten

Die erfolgreichste deutsche Revue des Jahres 1928 in 32 Bildern!

Tempo und Temperament! der internationalen Revue-Attraktion

Lust und Laune! des herrlichen Revue-Ensembles

Gesamt-Pracht-Ausstattung von Prof. Bruno Köhler: „Jedes Kostüm ein Kunstwerk."

Dirig. Prof. Pallos

Die unerreichten Elite-Girls.

Siegrid Wilfried der dänische Tanzstar Staatstheater Kopenhagen.

Fred Richter der deutsche Valentino.

Kitty und Erit Der Tanz von 1925 vom Casino de Paris.

Schlag auf Schlag! Schlager auf Schlager.

Das künstl. Ereignis: „Stumpfinn! Stumpfinn!"

Das Spitzenbild in seiner unerhörten Pracht!

Delfter Porzellan Eine Holländer Hochzeit. 6279

Münchener Bilderbogen!

Die brüllende Sensation „Auf dem Berliner Wohnungsamt!"

Fritz Tagauer und Ernst Löwe, die besten Revue-Komiker

Lucie Bernado die unerhörte Gigiesle-Komikerin

Hedi Waldburg vom Carl-Theater, Wien

Regie: Alois Nerius

Preise ab 1 Mark.

Für Klischees

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

Stadttheater

(Opernhaus)

Montag 20 bis 22.45 Uhr 22. Abonn.-Vorstell. Serie D

Der Postillon von Lonjumeau

Das Fest d. Königs

Dienstag 19 bis 23 Uhr 22. Abonn.-Vorstell. Serie A

Lohengrin.

Mittwoch 20 bis gegen 23 Uhr 22 Abonn.-Vorstell Serie B 6269

Othello.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6267

Tel. 36300

Täglich 20 Uhr:

„Die singende Venus"

Sonntag nachm. 15½ Uhr: Zum 100. Male:

Die Zirkusprinzessin.

Lobe-Theater.

Tel.: 55747.

Montag 20 Uhr u. täglich Der stürmische Heiterkeitserfolg:

Saisonausverkauf 1928

Die neue große Revue im Lobetheater.

Texte von Paul Barsay und Carl Bahr.

Musik von Harry Kahn beim Ankum Berlin a. G.

Thalia-Theater

Tel.: 55747.

Montag 20 Uhr u. täglich Der sensationelle Erfolg

Der letzte Schleier

Ein Stück in drei Akten von G. W. Wheatley, für die deutsche Bühne bearbeitet v. Gustav Beer. 6266

Schlesische Philharmonie

Sonntag, den 24. Juni vormittags 11 Uhr:

Volkskonzert

(85 Musiker)

an der Jahrhunderthalle.

Eintritt: 50 Pf. 6239

Auktion

Verlängern bis 19. Juni Leihhaus 6222

O. Hickmann

Matthiasstraße 113

Pfänder-Auktion

Sonnabend, 23. Juni bis Nr. 297 Leihhaus **Keller,** Hirschstr. 78. 217

Motorrad-Anzüge

wasserdicht, 13.— 16.— 19.—

Lederjacken

für Damen und Herren 38.— 49.— 59.—

Windjacken Lüsterjacken

7.— 9.— 11.— 619

Hauptstraße zu Spottpreisen

Lombard- und Warenhaus **Louis Hamburger**

25 Gartenstraße 26 gegenüber der Markthalle

Zu der „Volkswacht" haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Kleine Anzeigen

sind kompret gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Fournierböcke, 5 schwere, 45 Mk., 5 l. m. Eisplbl 25 Mk. verkauft Matthiasstr. 26.

Woher die Kinder kommen

ein Buch, das auch die Kinder lesen sollen, von Dr. med. Max Hodann, mit 7 Bildern . . . . nur **0.60**

Bub und Mädel

dasselbe für die Jugend. 150 Seiten **2.60**

Geschlecht und Liebe

für die Erwachsenen, 19 Bilder zirka 300 Seiten 7.50 gebunden **10.00**

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau

Neue Graupenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Diese fünf Bücher für die Ferien!

Hasek: Die Abenteuer des braven Soldaten Schweyk während des Weltkrieges 6 Bde. gebd. **31.20,** brosch. **21.00**

Schnitzler: Therese . . gebd. **7.50**

Werfel: Der Abituriententag gebd. **6.80**

Zweig: Sternstunden der Menschheit . . . . . gebd. **0.90**

Gorki: Mutter brosch. **3.00,** gebd. **5.00**

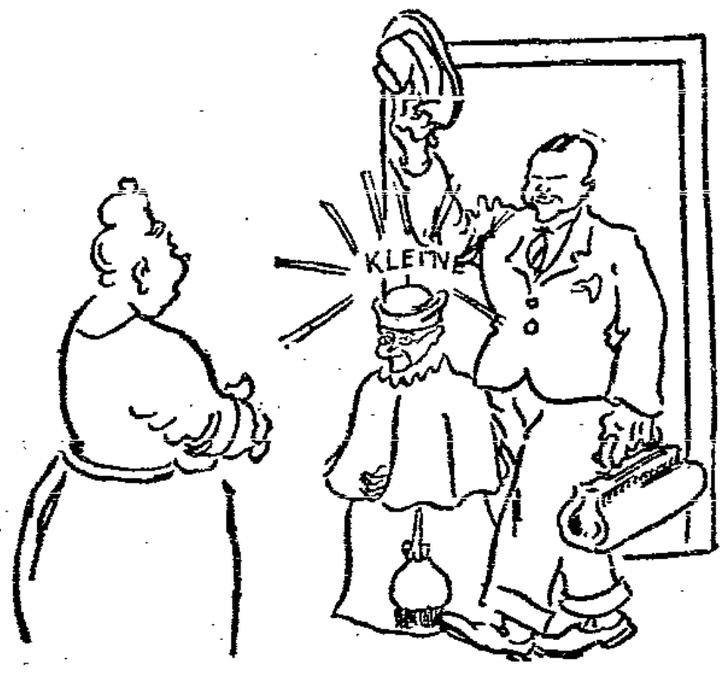
Volkswachtbuchhandlungen Breslau

Neue Graupenstraße 5, Neue Taschenstraße 11, Flurstr. 4

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.



„Unsere Kleine"

„Hier, Frau Grabulowski, bringe ich Ihnen einen netten, jungen Mann als Zimmermieter. Er hat böse Erfahrungen gemacht mit seinen vergangenen Wirtsleuten. Immer hat er nämlich so „unter der Hand" ein „Bude" gemietet. Nun aber sein Blick auf mich, „die kleine Anzeige" der „Volkswacht", gefallen ist, da lacht wieder sein Herz, denn er weiß, bei Ihnen, Frau Grabulowski, wird er wie zu Hause wohnen."

„Menschen, die in der „Volkswacht" inserieren, sind intelligente Menschen."

„Das nächste Mal zeige ich Ihnen eine glückliche Familie."

Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Nitschke, für den Anzeigenteil: Max Lehne. — Redaktion: Graudenzer Straße 3. — Hauptexpedition: Gerberstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Juni 1928.

Zukunftsaufgaben der Stadt Breslau.

(Schluß.)

Unser Schulwesen

hat durch den Neubau in Zimpel und Pöpelwitz bereits eine wesentliche Bereicherung erfahren. Wünschenswert ist, daß die veralteten Luftheizungen in einigen Volksschulen verbessert und umgebaut werden, und ebenso müssen dort, wo noch Gasbeleuchtung ist, endlich elektrische Lichtanlagen beschleunigt angelegt werden. Auch die Forderung nach weiteren Volks- und Mittelschulen, insbesondere in neu aufzuschließenden Siedlungsgebieten, wird baldigst an die Versammlung herantreten. Durch den Neubau des Magdalenen-Gymnasiums wird für die höheren Schulen eine wesentliche Verbesserung erreicht. Erstrebenswert ist auch, daß für das Zwinger-Gymnasium an geeigneter Stelle baldmöglichst ein Neubau zur Ausführung kommt. Die Unterbringung der Handwerker- und Kunstgewerbeschule ist mehr wie mangelhaft. Auch hierfür ist ein Neubau geplant. Dringlicher erscheint uns jedoch die Errichtung einer Berufsschule für Mädchen, für die zurzeit die Schulverwaltung Raum überhaupt nicht zur Verfügung hat. Der hierfür in Aussicht genommene Neubau soll zwischen Clausewitz- und Paradiesstraße errichtet werden. Da die Pläne fertig vorliegen, wäre zu fordern, daß noch in diesem Herbst mit dem Bau begonnen wird, um Winterarbeit zu schaffen.

Der Bau der Knaben-Berufsschule ist ebenfalls zwingendes Erfordernis. Der hierfür in Aussicht genommene Platz an der Liegnitzer Straße erscheint uns nicht sehr zweckmäßig, uns erscheint als der gegebene Platz für eine groß und modern angelegte Knaben-Berufsschule im Zusammenhang mit der Handwerker- und der Kunstgewerbeschule der Platz der ehemaligen Elferkaserne.

Auch die Unterbringung der Handelsschulen entspricht keineswegs den für eine solche Schule zu stellenden Anforderungen. Es wird auch hier ein nach neuzeitlichen Begriffen zu errichtender Schulbau in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden müssen. Eine Anzahl weiterer dringender Aufgaben wäre hier noch zu nennen. Es würde zu weit führen, alle Forderungen aufzuführen, die nachgeholt werden müssen, weil die Stadtverwaltungen der Vorkriegszeit diese Aufgaben versäumt haben. Besonders betont werden muß noch, daß unser gesamtes Krankenhauswesen einer Großstadt wie Breslau unwürdig ist. Die Kosten einer wirklich großzügigen Krankenhausanlage würden aber derartig hoch sein, daß wir in absehbarer Zeit uns mit der Verbesserung und dem Ausbau der bestehenden Krankenhäuser, wie Allerheiligen-Hospital und Wenzel-Hancke-Krankenhaus, bescheiden müssen. Für die Wohlfahrt und für die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere für die heranwachsende Jugend, sind ebenfalls noch eine Anzahl dringlicher Aufgaben zu erfüllen. Für Säuglingspflege und Mutterheime sind Aufwendungen zu machen. Es würde Sache des Gesundheitsamtes sein, gemeinsam mit der Bauverwaltung einen Plan aufzustellen, nach dem das in früheren Jahrzehnten Versäumte im Laufe der künftigen Jahrzehnte nachgeholt wird.

Eine Aufgabe, die keinen Tag Aufschub erleidet, ist die

Errichtung eines Arbeitsamtes.

Die Unterbringung des Arbeitsamtes in den verschiedenen Gebäuden, insbesondere aber in dem früheren Arbeitshaus, sind, gelinde gesagt, skandalös. Die in Dresden und München geschaffenen mustergültigen Arbeitsämter sollten für uns Maßstab sein, beschleunigt an die Errichtung eines Arbeitsamtes zu gehen, umsomehr, da die Kosten für Verzinsung und Amortisation aus den Mitteln des Arbeitsamtes selbst gedeckt werden. Hier müssen insbesondere die in die Sozialdemokratischen Fraktion vertretenen Gewerkschaftler energische Vorstöße unternehmen, um für die unerhörten Zustände auf den Arbeitsämtern durch einen Neubau Abhilfe zu schaffen.

Ein Wort noch zur

Theaterfrage.

Die in Breslau vorhandenen Theater befinden sich, mit Ausnahme des Stadttheaters, in Privatbesitz. Trotzdem muß die Stadt zur Erhaltung des Schauspiels jährlich zirka 150 000 Mark aufwenden. Die beste Lösung wäre darin zu finden, Theaterneubauten auszuführen. Dafür sind unseres Erachtens die Mittel zurzeit nicht aufzubringen. Man muß versuchen, mit den vorhandenen Theatern auszukommen, und da die jetzigen Besitzer die Theater der Stadt verkaufen wollen, muß die Stadt prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um das Schauspiel im eigenen Theater zu pflegen. Ob das Thaliatheater für einen Umbau geeignet ist oder ob man nicht besser darauf verzichtet und das jetzige Schauspielhaus dem Schauspiel dienlich macht, unterliegt der Prüfung der Theaterdeputation. Unserer Auffassung nach ist es möglich, mit einem ungefähren Betrage von drei bis vier Millionen Mark die drei in Privatbesitz befindlichen Theater in den Besitz der Stadt zu überführen und die notwendigen Ergänzungsarbeiten einschließlich der erforderlichen Ausstattungen mit diesen Mitteln vorzunehmen und die Theater so zu modernisieren, daß sie noch auf viele Jahre allen an gute Theater zu stellenden Anforderungen genügen.

Alle die vorstehend aufgeführten Aufgaben erfordern große Mittel. Zum Teil müssen diese Mittel auf dem Wege der Anleihe beschafft werden, zum Teil aus laufenden Einnahmen. Aufgabe der Sozialdemokratischen Fraktion wird es sein, die Lastenverteilung für die Aufbringung dieser Mittel so vorzunehmen, daß die schwachen Schultern entlastet und die tragfähigen belastet werden. Dabei ist eine Steuerpolitik zu beachten, die den Gewerbetreibenden und den Handel nicht erdrückt und das gewerbliche und industrielle Leben in Breslau fördert. Wir brauchen zur Beschäftigung unserer Gesamtbevölkerung außer einer lebensfähigen Industrie auch ein lebensfähiges Gewerbe und einen insbesondere nach dem Osten florierenden Handel, und dafür die Voraussetzungen zu schaffen, die Bevölkerung in Breslau gesund und arbeitsfähig zu erhalten, wird Aufgabe der kommenden Stadtverwaltung sein.

Daß wir bei Erfüllung all dieser Aufgaben außerordentlich stark abhängig sind davon, wie im Reichstage Politik gemacht wird, braucht hier des näheren nicht erörtert werden. Wir halten es deshalb für erforderlich, daß die Politik der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage darauf eingestellt wird, unter allen Umständen die Schaffung eines neuen Bürgerblocks zu verhindern. Wird im Reichstage unter Führung der Sozialdemokratie eine aktive Innen- und Außenpolitik getrieben, dann wird auch Breslau die hier aufgeführten Aufgaben erfüllen, und Breslau wird die Metropole deutscher Kultur im Osten sein, in dem sich alle seine Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen zum Besten der deutschen Republik.

Die Reaktion in Schule und Elternhaus.

Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, findet in der SAJ.-Baracke an den Teichäckern eine Elternversammlung der Arbeiterkinderfreunde, Gruppe 6, mit obigem Thema statt. Genosse Lehrer Gellen wird referieren. Wir erwarten euch alle.

Laxin Das ideale Abführ-Konfekt

Reichsbannertage in Breslau.

Der Fackelzug am Freitag.

Fackelzug des Breslauer Reichsbanners! Festlicher Auftakt zum 3. Gautreffen der schlesischen Banner. War schon Tagesgespräch, noch ehe der Abend dunkelte. Aus den Fenstern wehten schwarz-rot-goldene Fahnen den Bannerkameraden und Republikanern zum Gruß; den Gleichgültigen aber gaben sie Weisung, daß wieder „etwas los ist". Und noch ehe die letzte Tageshelle aus den Straßen wich, sammelten sich an den schon bekannten Anmarschstraßen Gruppen von Zuschauern. Es waren recht viele Straßen unserer Stadt, an denen man zur Schau dieses Ereignisses Aufstellung nehmen konnte. Die Größe des Breslauer Reichsbanners erlaubte der Leitung von allen Seiten der Stadt Fackelzüge sternförmig zum Schloßplatz marschieren zu lassen, um so möglichst weiten Kreisen unserer Bevölkerung eine Teilnahme an dieser Veranstaltung zu ermöglichen.

Pünktlich ¾9 Uhr rückte man in vier großen Abteilungen mit zahlreichen Musikkapellen von den Sammelplätzen ab. Die Abteilung West nahm ihren Ausgang von der Krischkestraße und durchzog von hier aus die westlichen Arbeiterdistrikte. Die Bürenstraße entlang, bog der stattliche Zug am Schlachthof in die Frankfurterstraße ein, zog dann durch die Westendstraße zum Westpark, und von hier aus die Posener, Hildebrandt-, Anderssen-, Mariannen-, Berliner und Schwertstraße entlang durch die Friedrich-Wilhelm-Straße über den Königsplatz, Wallstraße zum Schloßplatz. Ueberall wurde es freudig begrüßt, daß man diesmal auch die Nebenstraßen bevorzugte, und die zahlreichen Fahnen und Transparente gerade in diesem Stadtteil waren der anwohnenden Bevölkerung Gruß und Dank zugleich.

Draußen am anderen Ende unserer Stadt, an der Merkelstraße sammelte sich die Abteilung Ost, um über die Huben-, Brüder-, Tauentzien-, Lösch- und Klosterstraße, Neue Gasse und Zwingerstraße zum Schloßplatz zu marschieren. Auch hier überall das gleiche Bild. Bevölkerung umsäumte die Straßen. Taghell die Straßen von den vielen Fackeln, in deren flackerndem Schein die zahlreichen schwarz-rot-goldenen Fahnen und Banner wehten.

Den Odertorstadtteil brachte die Abteilung Nord auf die Beine. Auch sie hatte einen weiten Umweg zurückzulegen, zog durch die Ender-, Matthias-, Oelsner- und Bartschstraße zum Lehmdamm, um von hier aus nach dem Scheitnigerstadtteil abzuschwenken. Durch die Hirsch-, Paul- und Adalbertstraße ging es über die Breitestraße nach der inneren Stadt, über Kupferschmiede-, Altbüßer-, Junkernstraße, Roßmarkt und Karlsplatz hin zum Schloßplatz. Hier in den oft engen Straßen stand dicht die Bevölkerung, angelockt von dem recht langen Zug der vielen Fackelträger und den flotten Marschweisen der Kapellen.

Aber auch die Abteilung Süd, die durch die Bourgeoisieviertel vom Reichspräsidentenplatz durch Hohenzollern-, Opitz-, Rehdiger-, Gräbschener, Hohenzollern-, Gabitz-, Sadowa-, Kaiser Wilhelm- und Schweidnitzerstraße zog, hatte zahlreiche Zuschauer bei ihrem Fackelzug. Manch Bürger, der dieser Demonstration der neuen Zeit den Rücken kehren wollte, wurde doch von diesem Zug angezogen. Und wer von ihnen das kleine Häuflein „Stahlhelmer" bei ihrem Umzuge am Vorabend gesehen, wird sicher die letzte Hoffnung auf „bessere Zeiten" mit ihrem monarchistischem Klimbim aufgegeben haben. Denn diese † † † Republik steht, und hat ihre Kerntruppe.

Auf dem Schloßplatz aber war es schon Stunden vorher lebendig. Tausende von Menschen hatten sich schon eingefunden, ehe die Züge eintrafen. Dicht besetzt die Schloßrampe, ein Menschengewimmel auf dem weiten Platz, als gegen 10 Uhr gleichzeitig auf allen vier Zugangsstraßen die vier imposanten Fackelzüge anrückten. Ein kurzes Sammeln und der gesamte Zug machte sich, zum Teil mit neuen Fackeln ausgerüstet, noch einmal zum Marsch durch die Schweidnitzer-, Gartenstraße, Sonnenplatz und Graupenstraße bereit. Die letzten Gruppen hatten kaum den Platz verlassen, als bereits die Spitze von der Graupenstraße her wieder einrückte. Im Karree, das mit dichten Reihen den gesamten Platz einnahm, wurde Aufstellung genommen. Stille auf dem Platz mit seinen vielen tausend Menschen, als der Trommelwirbel der Tamboure zum Zapfenstreich einsetzte. Nicht „Helm ab zum Gebet" sondern „Treu zur Fahne halten" sangen die Tausende der Kameraden.

Ein prachtvolles Bild: die langen geordneten Fackelreihen; das Lichtmeer inmitten unserer Stadt. Tausende Fackeln flackerten blendendes Licht in das nächtliche Dunkel, waren Symbol, daß „hell aus dem Dunkel der Vergangenheit" das Licht der Zukunft strahlt. Rasch und in mustergültiger Ordnung wurden zugweise die Fackeln abgeworfen. Die Abteilungen aber marschierten geschlossen in ihre Stadtteile zurück. Nur langsam verlief sich die gewaltige Menschenmenge, die hier ein Schauspiel von selten schöner Art erlebte. Das Reichsbanner kann mit dem werbenden Erfolg ihres festlichen Vorabends zufrieden sein.

Unermüdlich und hilfsbereit hatten auch hier unsere Arbeitersamariter den Sanitätsdienst übernommen, nennenswerte Hilfeleistungen waren aber nicht notwendig. Auch die Polizei hatte bei der Disziplin der Bannerleute und des durch sie gestellten Ordnungsdienstes nur mit Absperrungsmaßnahmen zu tun.

Die Gaukonferenz.

Zu einer eindrucksvollen, einstimmigen Willenskundgebung gestaltete sich die gleichzeitig mit der Gaugründungsfeier zusammengelegte Gaukonferenz, die am Sonnabend nachmittag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses zusammentrat. Etwa 490 Delegierte waren für die mittelschlesische Kameradenschaft erschienen, um den Rechenschaftsbericht des Gauvorstandes entgegenzunehmen und auch die Arbeit für die künftige Zeit festzulegen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Gauvorsitzenden, Kameraden Hermann, der auch den Kameraden Geppert als Vertreter des Bundesvorstandes begrüßen und ein Glückwunschtelegramm des am Erscheinen verhinderten neugewählten Reichstagspräsidenten, Kameraden Löbe verlesen konnte, erstattete Gausekretär Kamerad Steiner den Jahresbericht. Er führte aus, daß das mittelschlesische Reichsbanner auch im vergangenen Jahre stark in Bewegung gesetzt wurde, mit dem Ziele, neue Ortsgruppen zu gründen, daß aber nebenher eine systematische Aufklärungsarbeit durch Veranstaltung von Lichtbildervorträgen begonnen werden konnte, die ebenfalls ihre Früchte bringen wird. Die regen Propagandamärsche in den Kreisgebieten führten dazu, daß elf neue Ortsgruppen, zum Teil in den schlesischen Grenzgebieten gegründet werden konnten, die sich trotz des ungeheueren Kampfes der Reaktion zu behaupten vermochten. Wenn zu bedenken ist, daß der von rechts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführte Kampf gegen das Reichsbanner dazu führte, kleinste Ortsgruppen miteinander zu verschmelzen, um dem Terror wirtschaftlicher und anderer Art ein Paroli entgegensetzen zu können, so zeigt sich erst, wie groß der Erfolg ist, der in den Neugründungen verbucht werden kann. Auch die Kassenverhältnisse sind zufriedenstellend. Um den Gegnern, die immer behaupten, die Kameradschaft sei beitragsfrei und bekäme noch irgendwelche Zuschüsse aus irgendwelchen dunklen Quellen, zu beweisen, woher die benötigten Mittel kommen, kann es öffentlich gesagt werden, daß im vergangenen Berichtsjahre 136 149 Mitgliederbeiträge abgeführt wurden. Praktisch bewährt hat sich der Beschluß, von den vielen kleinen Veranstaltungen Abstand zu nehmen und dafür nur Bezirks- und Kreistreffen durchzuführen, die immer wuchtigere Aufmärsche gestatten und eine viel werbendere Kraft in sich schließen, als die vielen kleinen Festlichkeiten. Die 38 Veranstaltungen dieser Art haben auch im vergangenen Jahre dem Gegner gezeigt, daß die republikanische Schutztruppe marschiert.

Den Bericht über die vom Gau herausgegebene Zeitung erstattete Kamerad Rostkowski, der dazu technische Informationen gab und Hinweise auf die Berichterstattungen der Ortsgruppen machte.

Gaujugendleiter Kamerad Zimmer konnte in seinem Bericht mitteilen, daß es möglich gewesen sei, die vorhandene Zahl der Jungbanner auf [illegible] zu erhöhen. Der Bestand des Reichsbanners, der noch ein[illegible] Notwendigkeit ist, solange der Stahlhelm seine Aufmärsche vollzieht, muß dazu führen, noch mehr als bisher um den Nachwuchs der Organisation bemüht zu sein. Wenn zu dieser Aufgabe die Einführung des Schutzsportes in den Dienst der Organisation gestellt wird, so ist damit keinerlei Konkurrenz gegenüber den Sportvereinen beabsichtigt. Unter Umständen wird sich ein Kursus der Schutzsportleiter als notwendig erweisen, da beim nächsten Gaufest die Schutzsportler erstmalig vor die Oeffentlichkeit treten sollen.

Nach dem Bericht des Gautambours, Kameraden Pieske, der über den Stand der musiktechnischen Ausbildung Angaben machte, die auch auf diesem Gebiete eine Fortentwicklung erkennen lassen, nahm die Konferenz das im Mittelpunkt der Tagung stehende politische Referat des zweiten Gauvorsitzenden, Kameraden Frey, entgegen, dessen oft von starkem Beifall unterbrochene Ausführungen zeigten, daß das schlesische Reichsbanner in vollster Einmütigkeit zusammensteht und sich seiner künftigen Aufgaben und Arbeiten bewußt ist.

Den Ausfall der letzten Wahlen in den Mittelpunkten seiner Ausführungen stellend, wies Kamerad Frey zunächst darauf hin, daß der republikanische Gedanke weitere Fortschritte gemacht hat, die Anlaß sein müssen, auch weiterhin dafür zu sorgen, daß die gegenwärtige Staatsform erhalten bleibt.

Den Stimmenrückgang der bürgerlichen Parteien, die im Reichsbanner wirken, nehmen die Rechtsparteien zum Anlaß, sich zu freuen, wozu sie eigentlich nur Anlaß hätten, wenn der republikanische Staatsgedanke an Boden verloren hätte, was wohl aber im Ernst kein Mensch nach dem Wahlausfall vom 20. Mai behaupten will. Der Rückgang bei den bürgerlich-republikanischen Parteien ist nicht auf die konsequente republikanische Haltung einzelner Führer, sondern auf die Stellungnahme der Parteien zu Wirtschaftsfragen zurückzuführen, über die die Auffassungen weit auseinandergehen und sich um so mehr auswirken und in Erscheinung treten müssen, je ungünstiger die allgemeine Wirtschaftslage ist. Wenn daran erinnert wird, daß bei der Volksabstimmung über die Enteignung der Fürsten nur wenige demokratische Abgeordnete, sich über die Auffassungen, daß das Privateigentum geschützt werden müsse, hinwegsetzen, so zeitigt sich eben in dem Wahlausfall, daß die Wähler anders dachten. Ebenso mußten sich auch im westlichen Deutschland die Auffassungen der christlichen Arbeiterschaft, die bisher im Zentrum ihre Interessenvertretung erblickte, auswirken, die ein durch Dick- und Dünngehen mit den Bürgerblockparteien ablehnten, ihre Auffassungen aber trotz des Stellens der größten Wählermassen nicht durchzusetzen vermochten. Der Wahlausfall hat aber auch den Führern im Zentrum gezeigt, daß sich auch durch die Religion die Gegensätze nicht mehr so einfach überbrücken lassen. Das Volk hat mit seiner Abstimmung dokumentiert, daß die Männer die künftig die Geschicke Deutschlands lenken sollen, nicht die Vertreter einer kleinen Oberschicht sein sollen, die in den letzten Jahren die Regierungen bildeten und sich dabei nur als die abhängigen Organe der Großagrarier und Wirtschaftskapitäne entpuppten und unser Volk von einer Krise in die andere stürzten. Von der neuen Regierung muß versucht werden, ein Verbot der Preisbildung durch die Kartelle und Trusts durchzusetzen, denn zweifellos würde sich dadurch eine Preissenkung ermöglichen lassen und uns wieder Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt eröffnet werden. Es geht nicht an, daß ein mit Kriegslasten bedrücktes Volk von den Diktaten der Generaldirektoren, Syndizi abhängig ist. Schon diese Maßnahme allein würde sich als ein innerpolitischer Fortschritt erweisen, denn sie würde nicht nur eine gewaltige Abnahme der Arbeitslosenziffern im Gefolge haben, sondern sie würde auch den Kreisen um Hugenberg die Profite schmälern, die sie bisher zur geistigen Knebelung weiter Volkskreise durch Aufkauf von Zeitungen verwenden oder den vaterländischen Verbänden zuschanzen konnten. Weiterhin muß aber von der neuen Regierung auch verlangt werden, die Reichswehr zu einem Volksheer umzugestalten. Die monarchistischen Umtriebe der Offiziere müssen ausgerottet werden. Von einer Reform ist kaum noch etwas zu erwarten, weshalb eine vollkommene Neuorganisation mit der Aushebungskontrolle durch zivile Kommissare, die aus dem Volke kommen müssen, durchzusetzen versucht werden muß. Ein weiteres reformbedürftiges Gebiet ist die Justiz, die mit einwandfreier Objektivität dem notorischen Verbrechertum zu Leibe zu gehen hat, anstatt das Recht zu beugen und verkierten Bestien, wie wir sie aus den Fememordprozessen kennen gelernt haben, in vielen Fällen Ehrenhaftigkeit zuzusprechen. Erst wenn man sich nicht mehr an tote Paragraphen klammern, sondern den intellektuellen Urhebern zu Leibe gehen wird, kann das Vertrauen zur Justiz wieder gebessert werden. Eine weitere Aufgabe wird es sein, das Republikschutzgesetz in der Verfassung zu verankern, und zwar in einer umzugestaltenden Fassung, durch die es ermöglicht wird, Beamten und Pensionären ihre Bezüge zu entziehen, wenn sie dem Staat, dem sie zu dienen vorgeben, entgegenarbeiten. Damit sollen keine Gesinnungen unterdrückt, sondern es soll erreicht werden, daß monarchistische Betätigung auf eigene Kosten zu geschehen hat. Auch in den übrigen Verwaltungsstellen des Staates muß gründlich aufgeräumt werden und der künftige Reichsinnenminister wird sich in dieser Beziehung seinen Vorgänger, Herrn v. Keudell, zum Vorbild nehmen müssen.

Endlich muß auch dem Flaggenstreit ein Ende bereitet werden. Die Fahne, mit der Meuchelmörder zugedeckt wurden, kann niemand mehr im Ernst dem deutschen Volke als Nationalfahne zumuten wollen. Das Vielerlei von Fahnen muß der einheitlichen Reichsflagge schwarz-rot-gold weichen und auch unsere Reichswehr und Marine muß unter dieser Fahne marschieren. Die Durchführung aller dieser Aufgaben kann unter den heutigen Mehrheitsverhältnissen noch nicht von heute auf morgen geschehen, aber es wird von den republikanischen Fraktionen abhängen, sich bereit zu finden, zum Beginn positiver Arbeit in dieser Richtung. Das Reichsbanner wird sich in seinen Parteien durchzusetzen haben und alle Streiter, die ehrlich mitarbeiten wollen, nun erst recht um seine Fahne scharen müssen. Solange sich der Stahlhelm mit außerparlamentarischen Mitteln durchzusetzen versucht, wird das Reichsbanner nicht von der politischen Bühne abtreten, denn einen Bürgerkrieg könnte sich unser Volk kaum leisten. Ihn würden

höchstens die Kapitalisten überleben, die auch in den Jahren der Inflation ohne Verluste über die Krise hinweggekommen sind.

Mit seiner einmal aufgestellten gradlinigen Politik ist das Reichsbanner die Plattform, auf der alle republikanischen Kräfte zusammengeführt werden können. Wenn der Republik nur noch Republikaner voranstehen werden, wenn unsere Brüder in Oesterreich mit uns vereint sein werden und wenn für eine Epoche des Friedens und eines sozialen Wirtschaftslebens Garantien geschaffen sein werden, wird das Reichsbanner seine Aufgabe vollendet haben. Bis dieser steile Weg erklommen sein wird, hat aber das Reichsbanner noch geistig zu kämpfen für den republikanischen Gedanken.

Die Aussprache über den Jahresbericht und das Referat des Kameraden Frey, die sich an die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen anschloß, ließ erkennen, daß das schlesische Reichsbanner in seltener Einmütigkeit hinter seiner Führung steht. Reichstagsabgeordneter Kamerad Mache ergänzte die politische Rede des Kameraden Frey, indem er auf die Wahlkampfmethoden der „Freunde von links" hinwies, die ihre Ehre darein gesetzt haben, die Liste der für die Republik Gefallenen zu erweitern helfen, durch ihre Mordtaten in Hamburg und Glauchau. Ihr ewiges Geschrei vom Verrat darf die Kameradenschaft nicht beeinflussen bei ihrer Arbeit, die Irregeleiteten zu überzeugen, ohne Revolver und Knüppel dazu zu verwenden. Unentwegt gilt es, die Front zu stärken, um die Republik zu festigen und ihr einen sozialen Inhalt zu verschaffen.

Nach den kurzen Schlußworten der Berichterstatter wurde die Neuwahl des Gauvorstandes vorgenommen. Unter allgemeinem Beifall erfolgte die einstimmige Wiederwahl der Kameraden Hermann und Frey als Gauvorsitzende. Ebenso erfolgte auch die Wiederwahl des Gauvorstandes, der sich aus den Kameraden Steiner, Zimmer, Rostkowski, Großmann, Goldschmidt, Mache, Funke, Vogel, Piefke, Alexander und Gabriel zusammensetzt.

Mit einem „Frei Heil!" und dem gemeinsamen Gesang des Bannerliedes fand die eindrucksvolle Tagung ihr Ende.

Am Abend vereinte ein Festkommers in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses die bereits eingetroffenen auswärtigen Kameraden und die Breslauer Gastgeber. Bei zwangslosem Zusammensein vergingen die paar frohen Stunden viel zu schnell.

Der Fest-Sonntag.

Die Stadt im Zeichen des Reichsbanners.

Die vielen schwarz-rot-gold geflaggten Fenster, die zahlreich von auswärts herbeigeeilten Bannerkameraden sagten auch dem nicht orientierten Bürger unserer Stadt, daß der gestrige Sonntag, der Festtag des Reichsbanners war.

Durch einen Festakt auf dem Schloßplatz fand der 3. Gautag des Gaues Schlesien seinen festlichen Höhepunkt, der republikanische Gedanke ehrenvolle Würdigung. Bereits anderthalb Stunden vor Beginn hatte sich auf dem Schloßplatz schon eine große Menschenmasse eingefunden, die zunächst — da der Platz für die Aufstellung des Reichsbanners serviert gehalten wurde — an der Stadtgrabenseite Aufstellung nahmen. Sie brauchten nicht in Langeweile zu verharren. Auf Schallplatten (in anerkennenswerter Weise von der Osthandel-G.m.b.H. kostenlos zur Verfügung gestellt), hörte man Märsche und bekannte Musikstücke. Schallplattenkonzert auf dem Schloßplatz! Daß man es hörte, bis in den letzten Winkel tonrein zu Gehör kam, war nur durch die Aufstellung eines Siemens & Halske-Lautsprecher möglich. Unsichtbares Orchester, nur ein Stift surrt über eine Wachsplatte, auf einem Riesenplatz, „Kapellen" spielen. Doch ehe man Muße fand, solch Betrachtung weiterzuspinnen, kamen bereits gegen 1 Uhr mit klingendem Spiel die einzelnen Abteilungen angezogen, nahmen wohlgeordnet mit ihren Bannern Aufstellung. Und Zug auf Zug kam herangerückt. Bald war das ehemalige Paradefeld monarchistischer Garden dicht besetzt von der Schutztruppe der deutschen Republik. Zum Festakt aufgestellt. Ein Bild disziplinierter Ordnung; ausgerichtet die Züge; vor ihnen die dreihundert Spielleute. Zweihundert Fahnen der Republik flatterten im Sonnenschein des mittäglichen Sonntags. Gegen 20 000 Menschen aber bildeten einen dichten Zuschauergürtel.

Achtung! Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold! Banner auf! Die Tambours schlagen an zum Eröffnungsmarsch. Dann klingt von der Rampe des Schlosses kraftvoll das Lied der Mannentreue „Tord Tolefson". Arbeitersänger widmen den Reichsbannerkameraden diesen Gruß zu ihrem Gautag.

Auf die von mächtigen schwarz-rot-goldenen Fahnen flankierte, grün umkränzte Rednertribüne tritt als Erster das Gauvorstandsmitglied Kamerad Herrmann, der im Namen der Gauleitung die Vertreter der Behörden, der Bundesleitung, republikanische Bevölkerung und Kameraden begrüßt. Und spricht als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei. Gegnern und der republikanischen Sache noch fernstehenden Bürgern gibt er einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung, ein Abriß über das Wollen des Reichsbanners. Entstanden aus starken staatspolitischen Notwendigkeiten, in einer Zeit ärgster Bedrängnis, war es seine höchste Pflicht, sich zum republikanischen Staate und zur Weimarer Verfassung zu bekennen. Vor ihm standen republikfeindliche Verbände, als Abwehrorganisation traten ihr das Reichsbanner gegenüber. Voller Selbstlosigkeit und Verantwortung hat es seine mühevolle Arbeit geleistet. Aufgabe des Reichsbanners ist es, Liebe und Vertrauen der Bevölkerung zum Staat und zur Republik zu schaffen. Der Wille zur Ueberwindung der Gegensätze muß durch Herausstellung gemeinsamer Gedanken und Ziele gefunden werden. Vor allem aber Mut zu einem Neuschaffen und Glauben an Zukunft, an Volk und Staat.

Bundessekretär Gebhardt überbringt die Grüße des Bundesvorstandes und den Dank an das schlesische Reichsbanner für seine vorbildlichen Leistungen. Fordert, daß sich nunmehr eine Regierung findet, die Weimarer Versprechungen zur Verwirklichung bringt. Frei Heil, Kameraden! Ein tausendfaches Frei Heil! quittiert den Gruß der Bundesleitung.

Es spricht nun für die Sozialdemokratie Ministerpräsident a. D. Genosse Stelling. Aus Kümmernis und Dunkel, gefährdet von reaktionären Banden, ist durch das Reichsbanner die Fahne der Republik geborgen, die Republik selbst gerettet worden. Die Republik dankt der Sozialdemokratie, ihrem Streiter Kamerad Hörsing, ihren zahlreichen Reichsbannerkameraden, daß der republikanische Gedanke vorwärts kam. Die Wahlschlacht ist geschlagen, ein republikanischer Wahlsieg erfochten, wir haben nun zum Angriff gegen alle vorzugehen, die auch heute noch die Republik unterhöhlen wollen. Auch gegen eine Reaktion in Verwaltung und Justiz, gegen alle diejenigen, die offen und versteckt gegen die neue Staatsform wühlen. In diesem Kampfe gibt es nur ein Hüben oder Drüben, aber kein Schwanken. Als äußerer Ausdruck muß der Verfassungstag der Feiertag der Republik werden. Eine Regierung muß gefunden werden, die dem Wünschen und Wollen der breiten Massen gerecht wird. Wir aber wollen es heut erneut geloben, zu arbeiten an dem Ausbau der Republik zu einem wirklichen sozialen Volksstaat, in dem einzig und allein die Arbeit geadelt ist. Gemeinsam mit unseren Brüdern in Oesterreich wollen wir das Reich der Freiheit und Gleichheit aufrichten. Dazu brauchen wir auch die uns Fernstehenden, besonders aber die Jugend; denn jeder Tag ist für uns ein Tag des Kampfes, an dem wir kämpfen für unser Ziel, die soziale Republik. Der Sieg muß unser sein, denn mit uns „zieht die neue Zeit".

Die dritte Reichsbannerpartei, das Zentrum, ist durch Kamerad Dr. Teipel vom Gau Berlin vertreten, der nun zu der Versammlung spricht. Auch als Vertreter der Zentrumspartei sieht er in der letzten Wahl einen großen Sieg. Wenn auch seine Partei Verluste erlitten hat, so ist aber doch der Reaktion eine vernichtende Niederlage beigebracht worden. Das Zentrum wird nach seinen Verlusten sich Rechenschaft ablegen müssen. Eine Stellungnahme, die „weder monarchistisch noch republikanisch" ist, hat wenig werbende Kraft. Auch daß die Zentrumsabgeordneten im Parlament das höchste Durchschnittsalter haben, wirkt keine größeren Massen der Jugend. Aufgaben aber sind: Beseitigung der letzten Reaktion aus Verwaltung, Steifigkeit in der Regierung, der Einfluß der Jugend auf den Geist der Regierung.

Wie oft bei solchen Anlässen, folgt auch heute an dieser Stelle eine Bannerweihe. Gaustandarte und Banner aus Ruppersdorf und Weizenrodau wurden geweiht. Gauvorsitzender Kamerad und Genosse Frey erinnert in seiner Weiherede daran, daß noch vor vier Jahren die Fahne der Republik nur versteckt durch die Straßen gebracht werden konnte. Und wenn sie heute stolz und frei durch die Straßen getragen werden kann, wenn sie heute das entlegenste Dorf zieht, so ist dies das Verdienst des Reichsbanners. Neue Fahnen werden wir noch weihen können und größere Scharen um die republikanischen Banner scharen müssen, bis der Freiheit eine Gasse geschaffen ist.

Die Banner sind ihrer Hülle entkleidet, die Musik spielt das Bannerlied. Mit einem dreifachen „Frei Heil" auf die Deutsche Republik ist der Festakt, der dank des Lautsprechers all den vielen Tausend Zuhörern verständlich war, beendet.

Die Züge formieren sich nun zum Festzuge, der unter riesiger Beteiligung von Zuschauern durch die Zwingerstraße, Taschenstraße, Ohlauer Straße, Klosterstraße, Garvestraße, vorbei am Gewerkschaftshause, über den Weidendamm seinen Weg nach dem Lunapark nimmt. Ueberall umsäumen zahlreiche Menschenmassen den Zug der Zehntausend mit seinen 30 Musikkapellen und den vielen schwarz-rot-goldenen Fahnen. Der Lunapark und die Henkner'schen Säle aber waren schon lange bevor die letzten Gruppen anrückten, voll besetzt. Trotz der großen Fülle entwickelte sich hier draußen am Nachmittag ein Volksfest, das den Kameraden nach all den Anstrengungen die nötige Entspannung brachte. Die Sportabteilungen des Reichsbanners sorgten durch ihre verschiedenartigen Darbietungen für Abwechslung. Den Höhepunkt aber bildete am Abend ein Feuerwerk, das zum Abschluß das Zeichen des Reichsbanners, den Reichsadler, in illuminierender Beleuchtung brachte. Noch lange war man hier draußen vor den Toren der Stadt beisammen, nur die auswärtigen Kameraden mußten zum Teil schon früher mit der Bahn oder auf Lastautos wieder zurück an Heimatsorte, die zwischen polnischer Grenze und der Lausitz lagen.

Das Johannisfest eröffnet!

München hat sein Oktoberfest, Dresden seine Vogelwiese, in Berlin findet man dergleichen Auslösung in seinem Lunapark, auch Hamburg hat sein traditionelles Volksfest. Seit drei Jahren findet in Breslau auf 14 Tage das Johannisfest statt. Herr Lampner, der Gründer des Breslaur Lunaparks und die „Bürgerliche Brauhaus-A.G.", die Veranstalter der Johannisfeste, haben auch in diesem Jahre dieser Veranstaltung eine originelle Note gegeben. Der Mittelpunkt des auf dem Scheitniger Messegelände befindlichen Vergnügungsparkes bildet eine „Lustige Paul Simmel-Stadt". Der Berliner Karikaturist hat mit seinen bekannten originellen Zeichnungen das Motiv für das Zentrum des Festplatzes gegeben. In überlebensgroßer Aufmachung, in allen möglichen Farben, grüßen an den Fassaden bekannte Gestalten und Typen den Besucher.

Rund um die „City" aber schieben und stoßen sich die Menschenmassen — wenigstens am Eröffnungssonntag — die Schaubudenstraße entlang, vorbei an den großen Schaukeln und modernen Riesenkarussels, in Biere- und Tanzzelten. Das Tohuwubuhu des üblichen Rummelplatzlärmes: die überlauten Stimmen der Ausschreier, die Glocken und Sirenen der Schaubuden, die Orchestrionmusik der Karussels, Gekreisch und Lachen der Tausenden von Menschen, schafft jene Atmosphäre, von der recht rasch die Besucher, die sich so etwas „nur einmal anschauen" wollen, angezogen werden. Von früheren Jahren her sehr bekannte, aber auch für Breslau noch neue Attraktionen sind zu finden. So sieht man neben den „Lustigen Röhren, den „Niagarafällen" auch wieder „Hexenschaukel" und „Das verzauberte Schloß". Neu vertreten sind die zirzensischen Künste durch einen größeren Affenzirkus und einen kleineren, aber an Exemplaren reicheren Flohzirkus. Zum ersten Male in Breslau ist das Schieltische Marionettentheater, das künstlerischeste Unternehmen auf dem ganzen Platz; ansehenswert auch die Riesenkabylen in ihren Gebräuchen und Künsten. Die technischen Attraktionen stellt diesmal Siebold & Herhaus. Opelbahn — auf der jeder sofort Auto fahren kann, die die stolze Rigi-Turmbahn, Luftschleife und Russenschaukel und all die schiefen diagonal sich bewegenden Drehdinger füllen den übrigen Teil des weiten Platzes. Recht bescheiden neben diesen vielen großen Amüsiermaschinen nehmen sich die kleineren Pasch- und Würfelbuden aus, die ja nun einmal auf solchem Rummel nicht fehlen dürfen.

Der Eröffnung am Sonntag ging eine Besichtigung des Platzes und seiner Anlagen durch die Vertreter der Behörden und der Presse voraus. Vormittags sangen hier die Sänger des Schlesischen Sängerbundes ihre auf dem Sängerbundesfest angefingenden Lieder. (Die Arbeitersänger singen hier am letzten Sonntag.) Am Nachmittag sah man die Aufführung einer oberschlesischen Bauernhochzeit mit alten Trachten und Tänzen, von der bekannten Roßberger Truppe aufgeführt. Abends während des Hochbetriebs lag der Festplatz in einem Meer von Licht und bis weit in stille Parkgegenden hinein hörte man noch den hier konzentrierten Lärm und Trubel. Denn heute im hetzenden Zeitalter des Kapitalismus heißt es:

Johannisfest! Johannisfest!
Rummel und Lärmen soviel man kann!

Das Fest der Volksbühne.

Obwohl auch in diesem Jahre das allseitig beliebte Fest der Breslauer Volksbühne wieder in großzügigster und vielversprechender Weise vorbereitet worden war, machte der Wettergott auch diesmal einen Strich durch die Rechnung und ließ viele der erwarteten Besucher der Veranstaltung fernbleiben. Trotzdem hatten sich aber die Unentwegten doch noch so zahlreich am Sonnabend im Schießwerder eingefunden, daß der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, als das vom Breslauer Konzert-Orchester ausgeführte Gartenkonzert wegen des einsetzenden Regens in den Saal verlegt werden mußte.

Wer gekommmen war, wird es trotz der Enge im Saal nicht bereut haben, denn alles, was vorbereitet worden war, kam auch zur Durchführung gelangen. Ein besonders umfangreiches Programm zur Unterhaltung der Kleinen nahm diese so in Anspruch, daß man ihre Anwesenheit kaum bemerkte. Weniger erfreulich dürfte für die Schar der kleinen Gäste allerdings das prachtvolle Feuerwerk gewesen sein, das doch noch abgebrannt werden konnte und mit beängstigenden Donnerschlägen den Spielplatz in ein strahlendes buntfarbiges Lichtmeer verwandelte. Es die Tanzfreudigen voll auf ihre Rechnung kamen, stieg im großen Saale noch ein Kabarett mit Paul Eggers als launigem Ansager, bei dem Luitgard und Ernst Leo mit heiteren Weisen, Holz-Fidus mit Tänzen, Sigurd Lohde und Richard Odda mit humoristischen Vorträgen und Chansons, sowie Inge Swedlund und Mitglieder des Stadttheaterballets mit Kostümtänzen um die Gunst der Gäste warben, die ihrerseits mit großem Beifall auch nicht kargten.

Trotz des dritten verregneten Volksbühnenfestes wird sich hoffentlich die Volksbühne nicht einschüchtern lassen und auch im nächsten Jahre mit ihrem Fest wieder aufwarten.

Studienfahrt der Verwaltungsakademie.

Die Verwaltungsakademien von Breslau und Liegnitz veranstalteten, ermöglicht durch das Entgegenkommen der Reichsbahndirektion Breslau, die einen Sonderzug zur Verfügung stellte, am Sonnabend, den 16. d. Mts., eine Studienfahrt nach Waldenburg. Nach einem einleitenden Vortrage über die Bedeutung der Elektrizität auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs, die größere Wirtschaftlichkeit der Verwendung elektrischer Lokomotiven und ihre weit höhere Leistungsfähigkeit gegenüber den Dampfmaschinen brachte der Zug die Teilnehmer nach Waldenburg. Hier waren zunächst für die einzelnen Gruppen Besichtigungen der Waldenburger Schulen und industrieller Anlagen, wie des Bahnschachtes und Julinschachtes, der Krister Porzellanfabrik der Porzellanfabrik von Tielsch & Co. und der Spiegelhütte vorgesehen. Um 16 Uhr versammelten sich die Teilnehmer wieder in der Auenschule, um nach einer Begrüßungsansprache durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Wießner einen Vortrag des Reichsbahnrats Dr. Sack über Psychotechnik und ihre Nutzanwendung für die Auswahl des Beamtennachwuchses bei der Reichsbahn anzuhören. Mit einem gemütlichen Zusammensein in Bad Salzbrunn schloß die Veranstaltung, die sicher geeignet war, den Teilnehmern wertvolle Anregungen im Interesse verständnisvolleren Zusammenarbeitens des Verwaltungskörpers mit der Wirtschaft und der in ihr tätigen Kräfte zu geben.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion

hält Dienstag abend im Zimmer 6, des Gewerkschaftshauses, eine Sitzung ab.

Ausstellung des Künstlerbund Schlesien.

Sonderausstellung von Otto Müller.

Die Ausstellung von Handzeichnungen, Graphik und Plastik in der Ausstellungshalle am Christophoriplatz macht diesmal einen besonders günstigen Eindruck. Sie läßt das Einzelwerk und die Einzelpersönlichkeit genug hervortreten und zeigt dabei doch eine große Ausgeglichenheit. Sehr warm bekennt sich Theodor v. Gosen zu einem Menschen mit der ausgestellten Bronzebüste des Breslauer Justizrat Dr. Heilberg. Sie gibt formal und inhaltlich so viel Anregung, daß man an ihr das Wesen des Porträts erst recht zu begreifen glaubt. Noch ein zweiter Kopf zeigt v. Gosen als wirklichen Plastiker und Bildnisschöpfer. H. Schneider unterstreicht in seinem Bildniskopf Hermann Stehrs die strenge Disposition mit scharfen Linien, ohne damit die in diesem Kopf drängende Beweglichkeit auszuschalten. Der männliche Torso ist ein gelassen aus Teilen bauendes, in Proportionsrhytmus gebrachtes Gefüge. Zu diesen Plastiken kommt dann noch der Bildniskopf des Bürgermeisters Herschel von Paul Schulz in gut charakterisierender Beobachtung. Inge Jaeger-Uthoff stellt zwei kleine Tierplastiken aus.

Mit Zeichnungen und graphischen Arbeiten sind vertreten Paul Fegeler-Feilendorf, O. v. Hout, Gertrud Kleinert. Bonk gibt u. a. die hübsche Zeichnung eines Zebras, Hans Schulze sicher gezeichnete Köpfe, A. B. Hoffmann ein durchgearbeitetes Selbstporträt, Charlotte Neumann dekorative, noch nicht ganz freie Phantasielandschaften, Erich Leitgebs Farbbeherrschung zeigt sich in zwei großzügig behandelten Köpfen. Von Alexander Kanoldt berührt der ausgestellte Akt merkwürdig trocken, in den Landschaften unterstützen Feinheiten der Linienführung und Tonabstufung die Flächenstimmung. H. Haberfeld hat Energie in den Konturen und plastische Bewegung. Paul Dobers modelliert sehr zart einen liegenden Akt. Wir begegnen hier verschiedenen Graden des Neukleßizismus, der die Anschauung gelegentlich zu stark filtriert und dann an überzeugender Unmittelbarkeit einbüßt, die Kalina trotz einer gewissen Manier in seiner Porträtzeichnung des Professor Buchwald gewinnt, aber auch auf ganz anderer Grundlage Grete Schmedes in ihrem zu knapper Bestimmtheit gebrachten Porträt. Die Radierungen mit Stadtbildmotiven von Georg Merlich belegen sein sehr klares Bewußtsein graphischen Stils und haben persönliche Empfindung. Pauls Grünfelds künstlerische Problemstellung, die sich feinfühlig mit der abstrakten Linie ebenso auseinandersetzt wie mit der fast stofflichen Weichheit einer Tonstala wird nur wenigen zugänglich sein. Johannes Molzahn, erst vor kurzem an unsere Akademie berufen, stellt sieben Holzschnitte einer Folge „Summa summarum" aus dem Jahre 1920 aus. Der Künstler stand seinerzeit der Gruppe des Berliner „Sturm" nahe und hat gerade im Holzschnitt um die künstlerische Wirkungsergründung absoluter, d. h. gegenstandsloser Formen sich bemüht.

Otto Mueller ist gern und hauptsächlich als Aktmaler bezeichnet worden und doch wäre es falsch, wenn man seine Aktmalerei trennen wollte davon, wie er Bäume, Wasser und Gesträuch malt, das Laub zu grünem Leuchten bringt, den Himmel blau und durchdringend brennen läßt und die stumpfen Temperafarben durchwärmt. Es ist immer ein Stück Natur, aber ein ganzes, was wir sehen, das Dickicht von Blättern und Stämmen, hügelig in Nähe oder Weite, ist Einklang zu der Seele des Künstlers. Stumm zieht das Auge, sich wendend, dem Rythmus dieser gemalten Lyrik nach, aus der es manchmal wie die schwere Sehnsucht in Gottfried Benns Gesängen klingt. In solcher Landschaft stehen Otto Muellers Akte, Menschrhythmus im leisen Schwingen einer schwermütigen Verzauberung. Auch seine „Zigeunerbilder" sind nichts anderes; und als ob die Einsamkeit aller Orten verschwiegen wäre, schiebt sich vor eine Abendlandschaft mit dem Dorfbach, vielleicht plötzlich ein Worpswederbild in die Erinnerung. Man kennt das Selbstbildnis Otto Muellers, das auf der Breslauer Ausstellung Kunst und Kunstgewerbe aus Oesterreich und Schlesien 1926 zu sehen war und nun der Kunsthalle in Köln gehört, das skeptische, landstreicherische, in der zerschlissenen Jacke mit den leeren Aermel und mit dem Zigeunerzeichen. Wieder skeptisch, sehr wissend, blickt der Kopf des im Mantelfell Ruhenden im neuen „Selbstbildnis mit dem Hahn", der buntgefiedert, stolz vor der gekalkten Mauer des Gehöftes schreit. Hart ist das Bild „Antichrist", wie eine Legende, in der Verzweiflung und Selbstgefühlt zur Einfalt der Erzählung und des Gedankens abklungen sind. Es gibt jetzt ein paar Bilder von Otto Mueller, die aus dem Traum herauszugehen scheinen, die sich zur Wirklichkeit des Gegenstandes runden wollen oder einer Lichterscheinung nachspüren, wie das Waldinnere mit dem goldenen Mädchenakt, dem goldenen, wie Carl Hauptmann den armseligen Besenbindern zuflüstern würde, oder die Kniende. Mit diesen Bildern tritt Otto Mueller in die diesseitige plastischere, greifbarere Welt der Dinge ein — in den Zigeunern mit Zelt, rot er noch einmal flächig seinen Märchenbilderbogen auf! Schritt fester, da die Sphäre sich ihm öffnet, wo das Licht durchstrahlt und der Leib steinern erblüht.

Es ist wohltuend, sehr wesentliche Zeugnisse einer so reichen künstlerischen Tätigkeit wie der des vierundfünfzigjährigen Otto Mueller in Freundschaft neben den Arbeiten anderer zu sehen. Das gibt Hoffnung, daß auch fernerhin im Künstlerbund Schlesien Wert sich gegen Wert stellen kann und auch die Strebenden Platz haben. Ein glücklicher Gedanke war es, aus den genannten früheren Selbstporträts Otto Muellers den Kopf in das Ausstellungsplakat zu entnehmen und davon einen Sonderdruck zu vervielfältigen, der in der Ausstellung erworben werden kann. Möge sich das deuten lassen auf eine Entwicklung, in der die Verbundenheit mit der Kunst nicht mehr nur über die Richtung geht, sondern wieder, lebenswirklicher, über die Persönlichkeit.

Erbauliches von der Arbeitslosen-Versicherung.

Unter diesem Titel beschert der Syndikus der Handwerkskammer, Herr W. Baranek, in Nr. 21 des Blättchens „Schlesiens Handwerk und Gewerbe" seinen Lesern eine herzbrechende Klage über die bösen Erwerbslosen.

Da diese Ausführungen von sozialem Verständnis nicht angekränkelt sind, und sich oft kindlich naiv widersprechen, so könnte man sie eigentlich mit bedauerndem Lächeln ad acta legen, wenn sie von einem Privatmann herrührten.

Da aber Herr Baranek Syndikus der Handwerker ist und zum Handwerk auch Arbeitnehmer gehören und er doch die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerecht vertreten sollte, muß diese Anpöbelungen der Erwerbslosen durch den rückständigen Syndikus widersprochen werden. Nebenbei gesagt, Herr Syndikus, auch mancher selbständige Handwerksmeister ist heut gezwungen, stempeln zu gehen.

Vor allen Dingen, verehrter Herr Baranek, merken Sie sich, arbeitslossein ist keine Synnekure, wie vielleicht das Amt eines Syndikus. Sollten Sie anderer Meinung sein, so gehen Sie einmal vier Wochen stempeln. es soll Ihnen noch gestattet sein, nebenbei acht Stunden zu arbeiten.

Wenn Sie dann von dem Nebenverdienst und der Erwerbslosenunterstützung leben können, ohne etwas ins Leihhaus zu tragen, sollen Sie recht haben. Die Erwerbslosen gönnen Ihnen das gute Geschäft, wie Sie es nennen, gerne. Aber Sie werden sich schwer hüten. Nun zu Ihren Ausführungen!

Der Fall, den Sie anführen, beweist eher das Gegenteil von dem, was Sie meinen. Wenn Sie behaupten, der Arbeitgeber habe natürlich nichts gewußt, daß sein Geselle stempeln geht, sind Sie in der Ansicht gewaltig im Irrtum. Sie wissen doch, und als Syndikus müßten Sie es doch wissen, daß der Arbeitnehmer sofort von seinem Arbeitgeber zur Krankenkasse angemeldet werden muß. Hat der Arbeitgeber dies nicht getan, so hat er bestimmt gewußt, daß sein Angestellter stempeln geht und Unterstützung bezieht. Der Erwerbslose ist nämlich auch bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert und dies riskiert kein Arbeitnehmer, daß seine ungemeldete Beschäftigung durch doppelte Versicherung bei der Ortskrankenkasse herauskommt. Untersuchen Sie doch einmal den Fall. Die größere Lumperei liegt also bei dem Arbeitgeber. Er wollte eine billige Arbeitskraft haben und Krankenkassenbeiträge sparen, wogegen der Arbeitnehmer jedenfalls nur unter drückender Notlage gehandelt hat. Warum bezog der Unternehmer seinen Arbeiter nichts durchs Arbeitsamt?

Konnte der Unternehmer nicht ahnen, daß sein Arbeiter stempeln geht, wenn er dreimal in der Woche stempeln geht, was durchaus nicht zur selben Zeit geschieht, und oft noch stundenlang beim Geldholen warten muß? Diese Zeiten wird er doch der Arbeitsstelle fern bleiben; sollte dieser naive Arbeitgeber also wirklich ganz ahnungslos gewesen sein? Wie fürstlich muß der Lohn gewesen sein, wenn er trotz der versäumten Zeit noch täglich acht bis neun Stunden arbeiten mußte. Herr Syndikus, sehen Sie sich doch diese Perle von Arbeitgeber einmal etwas näher an. Sie schreiben am Schluß Ihrer Ausführungen, durch das ungenügende Arbeitslosen-Versicherungsgesetz wird der Faulheit Tor und Tür geöffnet. Beweist denn dieser Fall aber gerade nicht den intensiven Fleiß und größte Arbeitsfreudigkeit? Sie ziehn den einen Fall heraus und bedauern, die milde Strafe, gestatten Sie mir die Frage: Was ist dem ahnungslosen Arbeitgeber passiert? Vielleicht interessieren Sie sich einmal dafür.

Wenn, wie Sie schreiben, solche Fälle tausendfach vorkommen, was beweist dies? Doch nur das Eine, daß es Tausende und Abertausende Arbeitsmöglichkeiten gibt, die Arbeitnehmer aber rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden, damit die Arbeitgeber die Not der Erwerbslosen ausnützend, sich billige Arbeitskräfte hintenherum verschaffen. Es beweist ferner, daß der Arbeitnehmer durchaus nicht der Faulenzer ist, als der er immer hingestellt wird. Ob man als Syndikus ohne Arbeit es aushalten kann, weiß ich nicht und will mir kein Urteil erlauben, aber eines weiß ich, daß der denkende Arbeiter, und es gibt sehr viel denkende Arbeiter, viel mehr als Sie ahnen, gelinde gesagt, verrückt werden kann, wenn er ohne Tätigkeit ist und auch sein Können nachläßt, wenn er nicht arbeitet. Solche Motive entziehen sich wohl Ihren Betrachtungen.

Sie empfehlen Anzeige beim Staatsanwalt wegen Betrug, und bedauern gleichzeitig, daß so etwas wie mildernde Umstände und Bewährungsfrist gibt. Diese Ansichten sind eines Syndikus direkt unwürdig. Ja, mein verehrter Herr, gestatten Sie die Frage: Aus welchem Jahrhundert sind Sie denn übrig geblieben? Die Milderung der Härten, die in unseren veralteten Strafgesetzen liegen, die nach jahrelangen Kämpfen aller Menschenfreunde endlich erreicht werden konnten, bedauern Sie, mißbilligen Sie!

Als Privatmann könnn Sie eine Ansicht haben, wie Sie wollen; aber von dem Syndikus der Handwerkskammer muß ich, zugleich im Namen vieler Handwerksmeister verlangen, daß er eine gesunde, menschliche, sozialpolitische Einstellung hat, sonst gehört er nicht an seinen Platz.

Ehe Sie solche Ungereimtheiten verzapfen, würde ich Ihnen raten, sich einmal in den Betrieben der verschiedenen Handwerkergattungen praktisch umzusehen. Sie würden bei objektiver Beurteilung doch finden, daß es doch möglich wäre, eine ganz bedeutende Anzahl Erwerbsloser untergebracht werden könnte, wenn man von der ungesunden Lehrlingszüchterei ablassen würde, wenn man lieber mehr Arbeitskräfte einstellen wollte, anstatt maßlose Ueberstunden machen ließe. bei meist ganz ungenügender Bezahlung. Ich denke hier vor allem an das Fleischer- und Wurstmacher-Handwerk.

Dies ist der Stand, der wirklich nicht nötig hat, seinen Angestellten gegenüber zu knausern; dort wird im Gegensatz zu anderen Gewerben noch sehr gut verdient. Werter Herr Syndikus, haben Sie schon einmal in die Fleischerei- usw. Betriebe hineingeleuchtet? Nehmen Sie aber etliche Bogenlampen mit, denn dort ist es manchmal noch sehr finster. Es stände Ihnen besser an, dafür zu sorgen, daß solche Auswüchse, wie unzählige Ueberstungen bei unwürdigen Löhnen einmal aufhören. Warum haben Sie diese Zustände noch nicht angeprangert? Dies wäre doch eigentlich Ihre Pflicht, menschlich schön und gerecht.

Diese Gesetz und Menschlichkeit hohnsprechenden Zustände sind nur von Habgier und Geiz diktiert, wogegen ein armer Erwerbsloser nur aus drückender Not gegen das Gesetz verstößt. Jedenfalls ist das Blatt der Handwerkskammer, der alle politischen Richtungen angehören, nicht dazu da, solchen rückständigen Ansichten Ausdruck zu geben.

Dann merken Sie sich ferner, der Arbeitnehmer ist kein Gewohnheitsverbrecher Das Verkaufen von übergebenem Werkzeug bei Notstandsarbeiten kommt doch höchstens ganz vereinzelt vor, existiert vielleicht nur in Ihrer Phantasie, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sich ein Erwerbsloser wegen ein paar Pfennigen, die er erzielen könnte, der Gefahr einer Bestrafung aussetzt, also mehr Achtung vor den erwerbslosen Arbeitnehmern!

Was Sie ferner von den Lasten sagen, die der Wirtschaft durch das Erwerbslosen-Versicherungsgesetz auferlegt werden, ist wohl nicht von Bedeutung. Oder sollten Sie, seltsamer Syndikus, nicht wissen, daß diese Lasten zum großen Teil durch die in Arbeit stehenden Arbeitnehmer aufgebracht werden?

In einem stimme ich mit Ihnen überein. Das Gesetz der Arbeitslosenversicherung ist ungenügend, und der neue Reichstag wird ganze Arbeit leisten müssen, aber anders als Sie wünschen. Die Arbeitslosenversicherung muß humaner ausgebaut werden, und es wäre an Ihnen, sich dafür einzusetzen. Dann wären Sie als Handwerkskammer-Syndikus am rechten Platze. Mit Ihren in Ihrem Artikel ausgesprochenen Ansichten sind Sie es nicht.

Max Bruschke.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Sozialdemokratische Partei Breslau.

Am Montag, den 25. Juni, 20 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die erste Vertreterversammlung unserer Partei statt.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder.
2. Verschiedenes.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Vertreter ist unbedingt notwendig. Für die Vertreter werden den Distriktsführern noch besondere Karten ausgehändigt. Zutritt nur gegen diese besondere Vertreterkarte.

Heute abend finden in Breslau unsere Frauenabende statt. Lokal und Redner aus der Sonnabend-Notiz ersichtlich.

Distrikt 29. Funktionäre und Komiteemitglieder treffen sich Dienstag abend 8 Uhr im Distriktslokal zu einer wichtigen Besprechung.

Distrikt 30. Mittwoch, abends 7 Uhr: Funktionärsitzung im Distriktslokal. Um 8 Uhr außerordentliche Distrikts-Versammlung. Es ist Pflicht aller Genossen, bestimmt zu erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Heim 2. Rote Falken! Montag, 7½ Uhr, im Heim. Beiträge und Musikinstrumente nicht vergessen!

Heim 3. Heute abend, ½8 Uhr, Treffen am Waterlooplatz. Dann zu den Frauenabenden. — Mittwoch, ½8 Uhr, auf der Pantschwiese zum Wiesenabend.

Heim 5 (Anderschulschule). Heute sind wir alle bei Graf, Westendstraße, zum Frauenabend. Liederbücher und Musikinstrumente mitbringen. Mittwoch auf der Jahnwiese.

Jungsozialisten.

Dienstag, 20 Uhr: Funktionärsitzung in der Baracke. Mittwoch, 20 Uhr: „Proletarische Dichtungen".

Filmgastspiel der Ufa in der Heilstätte Herrnprotsch.

Unter Führung der Ufa-Theater-Betriebe wurde am Mittwoch, den 13. Juni, den Kranken etwas besonderes geboten. Eine richtige Kinovorstellung — Film — dieses Zauberwort übte auch auf die Kranken und Insassen seine Zauberkraft aus. Trotzdem die Verwaltung in dankenswerter Weise mit Zustimmung des Vorstandes einen großen Raum dafür zur Verfügung stellte, war es einfach unmöglich, allen Kranken Einlaß zu gewähren. Nur das Versprechen, die Veranstaltung am nächsten Tage zu wiederholen, konnte die Abgewiesenen trösten. Es wurde gelacht, zwerchfellerschütternd. Da war zuerst „Felix, der Kater im Puppenland", der ließ viele Kranke, die noch nie einen Film sahen, aus dem Staunen nicht herauskommen. Es wurde noch toller. „Go", Harald Lloyd, der Mann mit der Hornbrille, stellte sich auf der Leinwand den Besuchern vor. Sechs Akte starke Komik stellten große Anforderungen an die Lachmuskeln der Zuschauer. Auch ein Orchester stellte sich in liebenswürdigster Weise zur Verfügung. Der tüchtige Dirigent, Herr Freitag, verstand es vortrefflich, sich dem ungewohnten Milieu anzupassen.

Der nächste Filmtag sah wiederum den Saal trotz größter Hitze zum Brechen voll. Der große Spielfilm „Herbstmanöver", der vor kurzem im Kristallpalast lief, geliehen vom Filmhaus Salomon, Breslau, Fränkelplatz, erregte große Bewunderung. Stürmische Lachsalven gab es wieder bei „Jonny und die lieben Nachbarn". Der kleine Jonny war aber auch ein gar zu ulkiges Kerlchen. Der Gipfel der Heiterkeit war der Schlußfilm mit einer asthmatischen Lokomotive.

Besonderer Dank gebührt der Ufa, Herrn Direktor Eisner und Herrn Direktor Hierse von der Ufa-Heimlicht-Gesellschaft für den modernen Apparat. Mit einem schönen Film wartete die Defina — Herr Direktor Lachmann — auf. Die Idee zu der Filmveranstaltung stammt von Herrn Brzezicha. Kurz und gut, allen, die mitgetan haben, den Kranken solche Vorführungen zu verschaffen, den herzlichsten Dank.

Deutsch-polnischer Fernsprechverkehr.

Von jetzt an sind auch die folgenden Orte zum deutsch-polnischen Fernsprechverkehr zugelassen: a) auf deutscher Seite: Allerheiligen (Schles.), b) auf polnischer Seite: Argenau (Gniewkopo), Ebenhausen (Gowarzewo), Reisen (Rydzyna) und Schwersenz (Swarzedz). Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminuten-Gespräch am Tage von Breslau mit den genannten polnischen Orten beträgt 2,40 Mark.

* **Wer kann Angaben machen.** Am 4. Juni, gegen 16½ Uhr, wurde in einem Roggenfelde in der Nähe der Siedlung Leuchten, Kreis Oels, ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts lebend aufgefunden. Das Kind war in Zeitungspapier („Breslauer Neueste Nachrichten") eingewickelt. Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen könnten und auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet das Polizeipräsidium, Schuhbrücke 46, Zimmer 1.

* **Fahrraddiebe an der Arbeit.** Die in letzter Zeit zunehmende Zahl von Fahrraddiebstählen scheint darauf hinzudeuten, daß die Besitzer von Rädern ihre Fahrzeuge recht sorglos in den Häusern herumstellen und somit den Langfingern Gelegenheit geben, sich zu betätigen. So wurden einer Familie zwei Damenräder aus dem Hofe Kletschkaustraße 1, einem Schuhmacher das Rad vor dem Grundstück Albrechtstraße 38, und zwei Arbeitern ihre Räder vor dem Hause Frankfurter Straße 169 und aus einem Grundstück in der Werderstraße gestohlen.

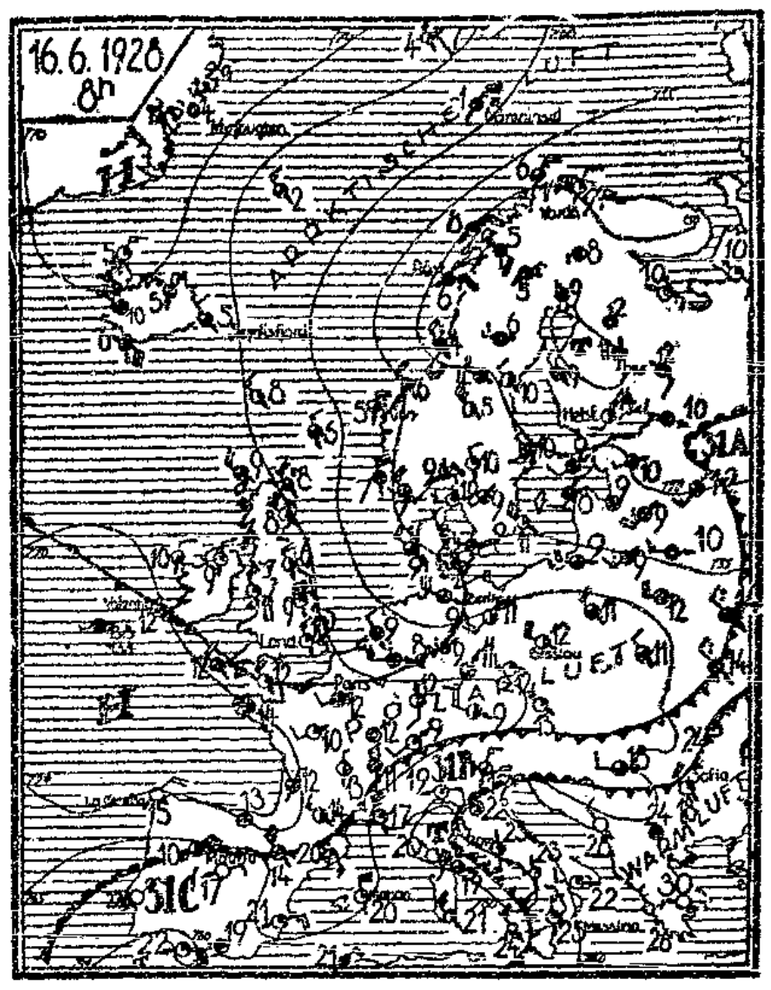
* **Wieder zwei Selbstmorde.** Am Sonnabend früh wurde im Hause Palmstraße 24 eine 62 Jahre alte unverehelichte Frau erhängt in ihrer Wohnung aufgefunden. Ein unheilbares Krebsleiden soll das Motiv zur freiwilligen Lebensentsagung sein. — Aus unbekannten Gründen beendete auch eine 18jährige Kontoristin aus der Posener Straße freiwillig ihr Leben, indem sie sich vor einiger Zeit in die Oder stürzte. Die Leiche der Lebensmüden konnte am Sonnabend vormittag am Oswitzer Liegehafen geborgen werden.

* **Auch Packpapier wird gestohlen.** Bei einem Einbruch in einen Lagerraum am Berliner Platz wurden am Sonnabend mehrere Rollen, etwa 9 Zentner, Packpapier im Werte von 175 Mark gestohlen.

* **Aus dem fahrenden Karussel herausgestürzt.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag abend, um 21 Uhr, im „Kleinen Lunapark" in der Morgenaustraße, als bei einem in voller Fahrt befindlichen Kettenkarussel eine Kette riß und der in dem Sitz mitfahrende Tischler Paul Schaar, Löschstraße 14, in großem Bogen herausstürzte und auf ein Kind aufschlug, das auf einem benachbarten Bodenkarussel saß, das sich ebenfalls in Fahrt befand. Das Kind kam glücklicherweise mit Hautabschürfungen davon, während der Mann mit erheblichen Verletzungen von Arbeiter-Samaritern abtransportiert werden mußte.

* **Ins Motorrad hineingelaufen.** Schwer verunglückt ist am Sonntag morgen gegen ¼5 Uhr der Gärtner Johannes Seifert, Matthiasstraße 107 wohnhaft, als er mit seinem Motorrad die Oswitzer Straße entlang fuhr und ihm ein betrunkener Mann in sein Fahrzeug hineinlief. Er stürzte und erlitt schwere Verletzungen, so daß er in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden mußte. Das Motorrad wurde von der Polizei sichergestellt.

* **Bei der Arbeit tödlich verunglückt.** Als am Sonnabend vormittag gegen ½10 Uhr der 18jährige Klempnergeselle Georg Bleicher, Queisstraße 50 wohnhaft, mit Klempnerarbeiten am Dach des Finanzamtes in der Berliner Straße ganz allein beschäftigt war, stürzte er aus noch unbekannter Ursache von dem 12 Meter hohen Baugerüst auf das Pflaster herunter, wo er mit schweren Verletzungen hoffnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde dem Allerheiligen-Hospital zugeführt, wo er noch am gleichen Tage den Folgen seiner Verletzungen erlag.



Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Im Bereiche der Nordwestströmung hält in ganz Mitteleuropa die kühle Witterung unverändert an. Vereinzelt kommt es immer noch zu leichten Schauern, die teilweise sogar von Gewittererscheinungen begleitet sind. Nur langsam werden die Temperaturen tagsüber allmählich ansteigen.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:

Bei westlichem bis nordwestlichem Winde nur vereinzelte Schauer, zum Teil mit leichten Gewittererscheinungen, nach kalter Nacht auch tagsüber verhältnismäßig kühl.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Bei starkem nordwestlichen Winde wechselnd bewölkt, immer noch vereinzelte Schneeschauer, Temperatur um null.

Datum 18. 6. 28	Temperatur heute früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schnee-höhe cm
Grünberg ...	8	15	6	bewölkt	WSW 3	1,0	
Görlitz	9	13	7	-	SW 2	gering	
Liegnitz	9	14	5		WSW 4	gering	
Bad Flinsberg	6	12	1	bedeckt	W 2	0,2	
Hochstuderbaude	8	8	1	"	SW 1	2,1	
Oberschreiberhau	7	10	8	"	W 8	0,1	
N. Schles. Baude							
Kesselträgerbaude							
Schneekoppe ..	—2	—1	—3	bewölkt	W 4	2,0	
Arnsmarkt.....	10	15	6	bedeckt	O 2	1,0	
Krietern ...	9	14	4	bewölkt	WNW 2	gering	
Jobten							
Bad Salzbrunn .	8	16	6	-	SW 1	gering	
Friedland (Bez. Breslau)	6	14	3	bedeckt	N 2		
Reinerz	7	11	2	bedeckt	SW 2	1,0	
Landeck	8	14	1	bewölkt	still	gering	
Reichenstein ...	9	13	15	-	SW 3		
Zettenberg	8	14	4	-	W 3	gering	
Neisse	10	14	3	-	NW 2	0,5	
Proskau							
Kreuzburg	8	16	1	-	S 1		
Gleiwitz	8	13	2	-	NW	0,3	
Beuthen	8	14	7	heiter	N 2 2		

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen

Die Redaktion.

Die Friedensmiete ist strittig.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Hausbesitzer erklären, die Friedensmiete lasse sich nicht mehr „nachweisen" und sei zu niedrig. Es wird in diesem Falle dem Mieter anheimgestellt, den Beweis zu erbringen, daß die Friedensmiete am Stichtag (Juli 1914) nicht höher gewesen ist. Dies ist oft für den Mieter unmöglich, da der Wohnungsinhaber vom Juli 1914 oder Angehörige nicht mehr aufzutreiben sind und sich die damaligen Vertragsabschlüsse in den Händen des Wirts befinden, von diesem aber vernichtet werden können. Wie verträgt es sich mit den Gepflogenheiten der Rechtsprechung, wenn der Wirt die von ihm selbst den Behörden gegenüber als richtig abgegebene Erklärung jetzt nach ansicht, nachdem er diese Erklärung viele Jahre hindurch widerspruchslos und als zu recht bestehend anerkannt hat? Es würde wesentlich zur Beruhigung beitragen, wenn für die Anfechtung derartiger Erklärungen eine Verjährungsfrist bestehen würde.

H. S.

Im Ohlauer Tor

entsteht langsam aber sicher der Ost-Park, zur Erholung für die dort Wohnenden. Zu diesem Zweck sind große Erdbewegungen notwendig, was ja jeder Mensch einsieht. Ein schwerer Uebelstand, durch Rücksichtslosigkeit noch vergrößert, der sich aber mit etwas Einsicht von seiten des Magistrats sofort beheben läßt, ist die furchtbare Staubplage, hervorgerufen durch die Leerfuhrwerke, die obendrein noch meist Trab fahren, und jedes Verbleiben in den dortigen Schrebergärten verleiden. Die schöne Spielwiese dicht am Wege, die fast der einzige Aufenthalt für die Kinder der dortigen Gegend ist, kann als solche wegen des Staubes nicht benutzt werden. Die Ernte der anliegenden Schrebergärten an Gemüse und Beerenobst ist in Frage gestellt.

Wir verlangen, daß mindestens dieser Weg dauernd durch die Marktallverwaltung feuchtgehalten wird und die Fuhrwerke von der Polizei zum Schrittfahren angehalten werden.

Ein Schrebergärtner für alle.

Geschäftliches.

Togal-Taschenröhrchen. Die Herstellerfirma der seit 16 Jahren bestens eingeführten und von mehr als 4500 Aerzten gerühmten Togal-Tabletten gegen rheumatische, gichtische und Nervenschmerzen fügten der großen Packung ein Togal-Taschenröhrchen bei. Dadurch ist es möglich, die bewährten Togal-Tabletten als ständigen Begleiter im täglichen Leben mitzuführen. Wir möchten unsere Leser hierauf ganz besonders aufmerksam machen.

Breslauer Filmkritik.

Der letzte Kampf.

Es ist der Schlußfilm der Harry Piel-Serie, der mit „Das schwarze Kuvert" und „Rivalen" eine Trilogie bilden. Inhaltlich durchaus abgeschlossen, sieht man hier den Endsieg des Tausendsassa Harrys über seinen schurkischen Gegenspieler. Natürlich gibt es auch hier — diesmal aber merkwürdigerweise ohne Autos, Flugzeug und Eisenbahnexpreß — wieder atemberaubende Szenen, die den Beschauer fesseln, über die aber der Kundige, der einiges von der Filmtechnik weiß, bestenfalls nur ein Lächeln übrig hat. Ob es auch Harry Piels letzter „Kampf" nur ein Sensationsfilm gewesen ist? Die scharfe Konkurrenz, in dieser Techniker des Films durch die Darstellungskunst des elastischen und in der Wirkung weit sicheren Douglas Fairbank einerseits und durch weit bessere Meisterung des filmtechnischen Apparats durch den Regisseur Lang andererseits geraten ist, gibt einer solchen Frage Berechtigung. Indessen aber finden Harry Piel-Filme noch ein Publikum, das dankbar jede Unmöglichkeit quittiert.

Das Programm zeigt weiterhin noch den bekannten und hier schon näher besprochenen Großfilm „Lukrezia Borgia".

(Weltbühne.)

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten! Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren angenommen.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren wurde am Freitag von der Arbeitskonferenz in der Gesamtabstimmung mit 75 gegen 27 Stimmen angenommen. Für den Entwurf stimmten die Arbeitnehmer und viele Regierungen, so Deutschland, gegen ihn stimmten alle Arbeitgeber und die Regierungsvertreter von Ungarn und Jugoslawien, während sich die Regierungen von Oesterreich, Dänemark, Japan, Polen und der Tschechoslowakei der Stimme enthielten. Vorher hatte der deutsche Bekleidungsarbeiter Stühmer zweimal bei der Beratung der einzelnen Artikel eingegriffen, um Verschlechterungen durch die Arbeitgeber zurückzuweisen. So wurde ein Antrag des Syndikus des deutschen Textilindustrie-Verbandes, Dr. Gärtner, in den allgemeinen Teil einen Passus über die Berücksichtigung der Konkurrenzlage und lokalen Verhältnisse für die eventuelle Festsetzung von Mindestlöhnen einzusetzen, abgelehnt.

Die Arbeitskonferenz behandelte sodann den Fragebogen und zwei Resolutionen, die die Unfallverhütungs-Kommission ausgearbeitet hatte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dem Bericht der Kommission Erklärungen hinzugefügt, in denen sie Einwände gegen einzelne Fassungen erheben, ohne deshalb das Gesamtresultat der Kommissionsberatungen abzulehnen. Während die Arbeitgeber sich u. a. dagegen wenden, daß die Staaten gefragt werden, wenden sich die Arbeitnehmer dagegen, daß in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich auf die Gewerkschaften verwiesen wird. Der Sekretär des ADGB., Sachs, wandte sich in einer groß angelegten Rede gegen die Ignorierung der Gewerkschaftswünsche durch viele Ausschußmitglieder. Die eine Entschließung, von der englischen Regierung eingebracht, tritt für die Förderung der Volksaufklärung über die Unfallgefahr ein, die andere ersucht das Arbeitsamt, sein Material über Unfallbekämpfung zu vervollständigen. Die Vollversammlung nahm mit 46 gegen 32 Stimmen einen Zusatz der dänischen Regierung an, der die Staaten fragt, wieweit sie für eine Klausel eintreten würden, die den Verkauf und Export ungeschützter Maschienenverbietet. Der Antrag, der von einer der wenigen Frauen der Konferenz, der dänischen Fabrikinspektorin Frau Gloerfelt, begründet wurde, stützt sich auf eine Bestimmung des dänischen Fabrikgesetzes von 1913, nach der bei Unfällen an ungeschützten Maschinen Verkäufer und Hersteller der Maschine zum Schadenersatz herangezogen werden können. Die Anregung zu dieser Bestimmung, mit der Dänemark gute Erfahrungen gemacht hat, fand die Billigung der Arbeitnehmer und wurde von der deutschen Regierung warm unterstützt. Sie ließ darauf hinweisen, daß das in Vorbereitung befindliche deutsche Fabrikschutzgesetz eine ähnliche Bestimmung vorsieht. Der gesamte Fragebogen wurde mit 94 gegen 5 Stimmen, die Entschließungen ohne Widerspruch angenommen. Damit ist die weitere Behandlung der Unfallverhütung auf der Arbeitskonferenz 1929 gesichert. Am Sonnabend werden die endgültigen Abstimmungen, sowohl über das Mindestlohnverfahren, wie über den Unfall-Fragebogen, stattfinden.

* * *

Der deutsche Gewerkschaftsvertreter Sachs äußerte am Freitag in der Internationalen Arbeitskonferenz in scharfer Weise die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit der Haltung der Arbeitgeber und eines Teils der Regierungen. Er führte u. a. aus:

„Die Arbeitergruppe hat in einer Erklärung zum Ausschußbericht ihre Stellungnahme präzisiert. Einiges Grundsätzliche muß hervorgehoben werden. In einer zweitägigen Generaldebatte hat man viele schöne Worte über die Notwendigkeit der Förderung der Unfallverhütung gefunden. Die Generaldebatte klang in einen Appell an die Oeffentlichkeit aus, in einen Appell an alle Kreise, mitzuhelfen, die Gefahren der Arbeit zu bekämpfen und die Unfälle einzuschränken. Die Ausschußberatungen ergaben ein anderes Bild. Wir Arbeitervertreter haben wiederholt feststellen müssen, daß der Gruppe der Unternehmer, unterstützt von einem Teil der Regierungsvertreter, eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung unerwünscht war. Bei der Beratung des Fragebogens sind alle Anträge der Arbeitergruppe, die Gewerkschaften am Werk der Unfallverhütung direkt zu beteiligen, abgelehnt worden. Obwohl in der Generaldebatte alle Kreise der Bevölkerung zur Mitarbeit an diesem Werk aufgerufen wurden, hat man durch die Ausschußbeschlüsse die Gewerkschaften, als die unmittelbarst Interessierten, von der künftigen Mitarbeit ferngehalten. Durch die Ablehnung unserer Anträge werden Sie die Gewerkschaften nicht beseitigen. Ebensowenig werden dadurch unsere Forderungen hinfällig. Was Sie erreichen, ist das Gegenteil. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um früher oder später doch zu dem uns gesteckten Ziel zu kommen. Durch die Ablehnung unserer Anträge gefährden Sie jedoch den Erfolg des großen Werkes der Unfallverhütung, zu dessen Förderung wir hier zusammengekommen sind. Es ist sonderbar, daß im Rahmen einer internationalen Arbeitskonferenz, deren Arbeiterdelegierte die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft aller Länder sind, ein Fragebogen über Unfallverhütung ausgestellt wird, aus dem mit Fleiß und Geschick jedes Wort entfernt worden ist, aus welchem eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung hergeleitet werden könnte.

Nicht nur die Ausschaltung der Gewerkschaften war das Ziel eines Teils der Ausschußmitglieder; noch ander Absichten traten hervor. Was würde von der Unfallverhütung noch übrig bleiben, wenn den Wünsche der Unternehmergruppe Rechnung getragen worden wäre, die Frage über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestschutzes zu streichen? Das haben wir verhindern können. Wir halten den gesetzlichen Mindestschutz für eine Notwendigkeit, die kein Unternehmer als drückend empfinden könnte, wenn er Verständnis für die Sicherheit der bei him beschäftigten Arbeiter besäße. Die Unfallverhütung kann auf solchem Wege nicht gefördert werden. Sie kann nur auf der Grundlage gleichberechtigter Mitwirkung aller Beteiligten erfolgreich gestaltet werden. In Deutschland beginnt die erstrebte Mitwirkung der Gewerkschaften sich durchzusetzen. Das ist ein Beweis, daß man bei genügend gutem Willen zur Zusammenarbeit zu positiven Ergebnissen kommen kann. Die Behauptung, daß ein Arbeiter über zu geringe Kenntnisse verfüge und nicht die erforderliche Eignung als Arbeitsaufsichtsbeamter besitze, hat sich als unbegründet erwiesen. Wenn der Vertreter der deutschen Arbeitgeber diese Behauptung wieder aufgestellt hat, so muß ich hier erklären, daß sie nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Wir deutschen Gewerkschaftler werden unserem Ziel, der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften einen größeren Einfluß zu verschaffen, mit aller Zähigkeit entgegenstreben, und wir hoffen, daß, wenn wir damit Erfolg haben, auch der Unfallverhütung auf internationaler Basis gedient wird. Wir sollten nicht das Land, welches den geringsten Schutz hat, als Maßstab wählen. Unser Blick muß nach vorn gerichtet sein. Würde so verfahren, dann würde die Konferenz nicht nur der Auftakt zu einer wirksamen Unfallverhütungs-Propaganda werden, sondern wir könnten dann ein Ergebnis internationaler Unfallverhütung verzeichnen, mit dem alle zufrieden wären."

Vormarsch in der Grobkeramik.

Die freigewerkschaftliche Organisation der Grobkeramik im Keramischen Bund marschiert. Im April umfaßte sie 93 000 Mitglieder, heute ist der Mitgliederstand bereits über 100000 hinaufgegangen. In Gegenden, in denen vor einigen Jahren von der Organisation fast keine Spur vorhanden war, zeigen sich heute bereits kräftige Ansätze. So zählt z. B. der Bezirk Königsberg in Ostpreußen, wo 1925 ganze 80 Mitglieder vorhanden waren, heute bereits 500 Mitglieder allein in der Ziegeleiindustrie. Im Kreis Insterburg existierte kein Lohn- und kein Manteltarif; heute sind bereits 40 Werke vom Tarifvertrag erfaßt. Auch in Süddeutschland, wo bisher die Organisationsverhältnisse in der Grobkeramik wenig erfreulich waren, zeigen sich jetzt Ansätze zur Besserung.

Erfreulich und lehrreich ist dieser Organisationsfortschritt in der Grobkeramik. Er zeigt besonders eindrucksvoll, wie das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung auch unter den Ungelernten und Unorganisierten wächst. Die Grobkeramik umfaßt hauptsächlich ungelernte Arbeiter; sie wechseln sehr häufig ihren Arbeitsplatz und sind deshalb besonders schwer zu organisieren oder bei der Organisation zu halten. Davon hatte der Unternehmer bisher die größten Vorteile. Ueberall, wo die Arbeiterschaft der Organisation den Rücken gekehrt hatte, waren Lohnabzüge an der Tagesordnung. Wo die Arbeiterschaft der Organisation treu blieb, gelang es, die Angriffe der Arbeitgeber auf den Lohnstand abzuwehren. Bereits 1927 konnten die Löhne der Grobkeramik dank der Tarifbewegung der Organisation gesteigert und durchschnittliche Stundenlohnerhöhungen von 6 Pf. in der Spitze herausgeholt werden.

Bemerkenswert ist auch der Fortschritt in der Erkenntnis, daß Reichstarife besser sind als Sondertarife. Um einiger Pfennige willen haben sich die Arbeiter bisher vielfach zu Sondertarifen verleiten lassen. Allmählich begreifen sie, daß Augenblicksvorteile oft sehr zweifelhafte Vorteile sind, daß man weiter sehen muß. Wie umfangreich das Tarifgebiet in der Grobkeramik ist, läßt sich daran ermessen, daß 1927 noch etwa 270 Lohntarife abgeschlossen werden mußten. Die größte Zahl der abgeschlossenen Tarife waren Werksverträge. Die Unternehmer, gleichgültig ob Ziegel- oder Zementunternehmer, sind ja von jeher keine Freunde von Tarifverträgen und, so sehr sie sonst den Zusammenschlußgedanken vertreten, in Tariffragen möchten sie am liebsten mit jedem einzelnen Mann einen Vertrag abschließen. Auf diese Tariffeindschaft der Unternehmer ist die große Tarifzersplitterung in der Grobkeramik zurückzuführen. Der Organisation gelang es jedoch trotzdem, bei der neuen Tarifbewegung in den meisten Fällen die Löhne der Werksverträge den Löhnen der Bezirksverträge anzugleichen. Auch bei der Festlegung der übrigen Arbeitsbedingungen haben bisher die Unternehmer immer auf Dezentralisation hingearbeitet. So bestanden 1927 noch nicht weniger als zweihundert Manteltarife. Im Jahre 1928 wurde immerhin in mehreren Bezirken eine größere Anzahl Einzelunternehmen in einheitlichen Verträgen zusammengefaßt, so z. B. verschiedene Einzelwerke der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G., Charlottenburg, und im Bezirk Hannover einige Kalkwerke. Ebenso gelang es in einer Reihe von Betrieben, wo bisher keine Betriebsvereinbarungen bestanden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

All das war nur möglich, weil die Organisation gegenüber 1927 Fortschritte gemacht hat, weil der Verband, wie die neu[illegible]

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs im Rheinschiffahrtsstreik

Wie die „Kölnische Volkszeitung erfährt, hat der Reichsarbeitsminister den von ihm am 4. Juni d. Js. im Rheinschiffahrtsstreik gefällten Schiedsspruch am Sonnabend für verbindlich erklärt.

Englands Regierung und der Achtstundentag

London, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Frage der Arbeiterpartei über die Ratifikation der Washingtoner Konvention antwortete der Arbeitsminister, er habe den bei früheren Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen der Regierung über die Möglichkeit einer Ratifikation nichts hinzuzufügen. Die Arbeiterpartei ließ daraufhin fragen, ob mit der Verzögerung nicht die Absicht verfolgt werde, Abänderungen der Konvention durchzusetzen. Der Arbeitsminister erwiderte, die Regierung wünsche eine „arbeitsfähige Konvention". Sie wünsche, daß die vom Internationalen Arbeitsamt geplante Rundfrage an die Regierungen bald fertiggestellt und ebenso schnell die Antworten erteilt würden.

Wirtschaft.

Kollektivarbeit und Lebensbedingungen.

Kellerräume und Ställe dienen als Wohnungen.

Die Veröffentlichungen des Enqueteausschusses über die Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau hat sicherlich enttäuscht. Der Ausschuß ist bekanntlich zu dem Ergebnis gekommen, daß wohl Zusammenhänge zwischen Veränderung der Arbeitszeit und der Intensität menschlicher Arbeit bestehen; er mußte aber feststellen, daß diese Zusammenhänge für die hinter uns liegende Periode größter technischer und organisatorischer Wandlung gegenüber den Einwirkungen anderer Faktoren weit zurücktreten. Wenn der in Frage kommende Unterausschuß zur Begründung dieser, schon bisher nicht ganz unbekannten Tatsache einen Materialband von 320 Seiten füllt, mag das etwas reichlich erscheinen. Der sorgfältigen und gewissenhaften Arbeit verdanken wir aber eine Fülle von Einzelheiten, die für die Schilderung der Arbeit und der Lage der Arbeiterschaft im Steinkohlenbergbau wertvoll sind.

Es sollen hier nur zwei Beispiele herausgegriffen werden. Der Bericht des Enqueteausschusses enthält z. B. eine eingehende Darlegung über neu eingeführte Maschinen im Bergbau (Schrämmaschinen, Schüttelrutschen, Bohr- und Abbauhämmer). Es ergeben sich dabei allgemeine Gesichtspunkte für die Arbeitsumgestaltung durch die Maschinen. So ist z. B. die Schüttelrutsche ein Beispiel dafür, wie die Einführung einer veränderten Transporttechnik im Betrieb zu einer veränderten Betriebsorganisation und damit zu einer verstärkten Bedeutung der Kollektivarbeitsleistung gegenüber dem freien Spielraum des Einzelarbeiters führt. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Da die Schüttelrutsche ein Transportmittel ist, dessen Betrieb nicht an eine bestimmte Menge des zu fördernden Gutes gebunden ist, könnte man anzunehmen geneigt sein, daß durch ihre Einführung die Zusammenhänge zwischen den individuellen Arbeitsleistungen der Arbeiter, besonders der Hauer, und dem Produktionseffekt in keiner Weise verändert worden sind. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu, da die Einführung der Schüttel[illegible]

Belegschaft je einer Betriebsabteilung ein Pensum Arbeit auferlegte. Obwohl also an sich der einzelne Arbeiter am einzelnen Arbeitspunkt in der Lage wäre, mehr oder weniger zu leisten, wird ihm dies unmöglich gemacht, indem die Betriebsorganisation ihm ein festes Pensum vorschreibt. Damit wird es den einzelnen Individuen unmöglich gemacht, auf den Produktionseffekt des Betriebes einen Einfluß auszuüben; aber dies bedeutet nicht, daß nun die Intensität der beteiligten menschlichen Arbeitskraft überhaupt unverändert geworden wäre, sondern nur, daß sie nur kollektiv zum Ausdruck kommt und im einzelnen Fall stets eine ausdrückliche Maßnahme der Betriebsleitung erfordert; diese Maßnahme besteht darin, daß zur Verrichtung eines bestimmten Arbeitspensums die Größe der Belegschaft verändert wird."

Diese Ausführungen sind zweifellos wichtige Darlegungen, aus denen sich die fortschreitende Entwicklung zur Kollektivarbeit erkennen läßt. Wie sehr diese Entwicklung mit besseren Lebensbedingungen zusammenhängt, dürfte allgemein bekannt sein. Wir greifen ein weiteres Beispiel heraus, um zu zeigen, wie schlecht es in Deutschland um diese Lebensbedingungen bestellt ist. Es handelt sich bei dem Beispiel um ein Gebiet, das sich gegenüber der Vorkriegszeit am stärksten verschlechtert hat, nämlich um die Wohnungsverhältnisse. Auf Grund von Untersuchungen auf den Werken selbst kommt der Enqueteausschuß zu folgenden Feststellungen:

„Eine große Zahl der Werkswohnungen war nicht nur von je einer Familie, sondern von mehreren Familien bewohnt, indem z. B. die verheirateten Kinder bei den Eltern des Mannes oder der Frau wohnen blieben oder andere Aftermieter aufgenommen wurden.

Die Aufnahme von Aftermietern durfte zwar eigentlich nur mit Zustimmung der Werksleitung geschehen und die Zustimmung wurde nur erteilt, wenn es sich um Werkszugehörige handelte, aber die Einholung der Zustimmung wurde oft umgangen.

Die Belegung der Werkswohnungen darf daher durchgängig als zu eng angesehen werden . . . .

Die zu enge Belegung der Wohnungen brachte es nicht nur mit sich, daß zu viele Personen auf ein Zimmer entfielen, und daß z. B. der aus der Nachtschicht heimkommende Arbeiter in demselben Zimmer schlafen mußte, in dem auch gekocht und gewaschen wurde, sondern auch, daß zu viele Personen sich in ein Bett teilen mußten. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß solche Zustände nicht nur die Sittlichkeit gefährdeten, sondern für den Gesundheitszustand, die Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit schädlich waren.

Bei den oberschlesischen Gruben hatten sich die Wohnungsverhältnisse insbesondere wegen des Zustroms von Flüchtlingen aus Ostoberschlesien verschlechtert, und auch Kellerräume und Ställe wurden als Wohnungen verwendet. Oft lebten zwei bis drei Familien in einem Zimmer oder drei bis vier Familien in einer aus einem Zimmer und einer Küche bestehenden Wohnung."

Es war nicht Aufgabe des in Frage kommenden Unterausschusses, die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiterschaft im Steinkohlenbergbau zu untersuchen. Aus dem, was wir oben bereits über den Zusammenhang zwischen Kollektivarbeit und Lebensbedingungen gesagt haben, geht aber die Wichtigkeit guter Lebensbedingungen für die Arbeitsintensität hervor. Deshalb können wir dem Enqueteausschuß für diese Veröffentlichung nur danken. Sie ist geeignet, das Gewissen der Oeffentlichkeit zu schärfen und auf die dringliche soziale Forderung aufmerksam zu machen, die Arbeiterwohnverhältnisse zu bessern. Unsere ganze Umstellung ist bereits seit längerem dem technischen Stadium entwachsen und erfordert vor allem bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, um den erreichten Grad der Arbeitsintensität zu behaupten und zu steigern. Von der Gestaltung der sozialen Verhältnisse dürfte die ganze Entwicklung an dem Gebiet der Leistungssteigerung abhängen.

Emission einer neuen preußischen Staatsanleihe.

Wie die Preußische Staatsbank (Seehandlung) durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst mitteilt, hat das bekannte unter ihrer Führung stehende Preußenkonsortium vom Preußischen Staat 50 Millionen Reichsmark 6prozentige mit 110 Prozent auslosbare preußische Staatsanleihe fest übernommen. Die Anleihe lautet auf Feingoldbasis. Die Auslosungen finden vom Jahre 1934 ab in 10 gleichen jährlichen Raten statt. Es ist in Aussicht genommen, die Anleihe noch im Laufe des Juni zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen.

Die amtliche Großhandels-Richtzahl vom 13. Juni 1928.

Berlin, 16. Juni. Die auf den Stichtag des 13. Juni berechnete Großhandels-Richtzahl des statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,3 v. H. auf 141,2 (141,6) zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Richtzahl für Agrarstoffe um 0,8 v. H. auf 136,0 (137,1) nachgegeben. Die Richtzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat sich um 0,3 v. H. auf 134,9 (135,3) gesenkt. Die Richtzahl für industrielle Fertigwaren hat um 0,1 v. H. auf 158,9 (158,8) angezogen.

Dei Lage der polnischen Metallindustrie

hat sich im April dieses Jahres nach Mitteilungen des Verbandes der polnischen Metallindustriellen, wie folgt gestaltet: In den Lokomotivfabriken war die Lage wenig verändert. In den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen war der Beschäftigungsstand normal. Gegen Ende des Monats hielten die Grossisten mit Aufträgen für die Sommersaison zurück, ein Umstand, der auf den ungünstigen Saatenstand, sowie auf die unsicheren Preisverhältnisse für Rohmaterial zurückgeführt wird. In den Gießerei-Werkstätten hat sich die Beschäftigungslage infolge mehrfacher Streiks wesentlich verschlechtert. Daher ist auch die finanzielle Lage dieses Zweiges der polnischen Metallindustrie, die ohnehin schon unbefriedigend war, verschärft worden. In den Waggonfabriken ist die Situation weiterhin zufriedenstellend. In den Fabriken für Brückenbau und Eisenkonstruktionen erhofft man eine Belebung durch Regierungsaufträge. Bisher hat allerdings das polnische Verkehrsministerium für das laufende Haushaltsjahr noch keine Aufträge erteilt. Die Abteilungen für sanitäre Einrichtungen sehen der Zukunft mit Besorgnis entgegen, da die Arbeiter Lohnerhöhungen verlangen, welche die finanzielle Tragbarkeit übersteigen. In den Draht- und Nägelfabriken hat sich die Lage bedeutend verschlechtert. Was den Stand der Metallindustrie in den einzelnen Revieren anlangt, so wird von Lodz und Kalisch, sowie von Lublin normale Konjunktur gemeldet. In Posen, das bisher einen recht befriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, ist bei landwirtschaftlichen Maschinen eine Abschwächung der Produktion eingetreten. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß vielfach den Arbeitern erhebliche Lohnerhöhungen zugestanden werden mußten bzw. noch Lohnverhandlungen schweben.

Stand der Saaten Anfang Juni.

Für den Anfang Juni und den Bereich des Deutschen Reiches gibt das Statistische Reichsamt einen Saatenstandbericht heraus, der betont, daß das Wintergetreide die ungünstige Witterungsperiode gut überstanden hat. Der Weizen zeigt gegenüber dem Vormonat leichte Verbesserungen; der Stand der Sommersaaten befriedigt. Wenn 2 = gut, 3 = mittel und 4 = gering bedeutet, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Benotung: Winterweizen 2,8 (im Vormonat 2,8), Winterroggen 3,1 (3,1), Sommerweizen 2,8, Sommerroggen 2,9, Winterspelz 2,5,

Aus aller Welt

Montag, 18. Juni 1928

Krach um das Raketenflugzeug.

Zwischen den Opelwerken und den Raab-Katzenstein-Flugzeugwerken in Kassel, die längere Zeit gemeinsam an der Konstruktion eines Raketenflugzeuges gearbeitet haben, ist es zu einem Bruch gekommen. Am Sonnabend boten die Raab-Katzenstein-Flugzeugwerke Mitteilungen über Vorgänge gemacht, die zu diesem Bruch führten. Darüber wird uns aus Kassel u. a. folgendes mitgeteilt:

Geplant war die Konstruktion zweier Raketenflugzeuge, mit denen man Stundengeschwindigkeiten von 800 bis 1000 Kilometer zu erreichen hoffte. In dem Vertrage war festgelegt, daß die Beteiligten keine Meldungen in die Presse bringen und ähnliche Verträge nicht mit anderen Gesellschaften abschließen dürfen. Die Raab-Katzenstein-Werke vertreten nun die Auffassung, daß Fritz von Opel gegen diesen Vertrag verstoßen habe. So wird ihm vorgeworfen, daß er sich mit der Rhön-Rositten-Segelfluggesellschaft in Verbindung setzte. Auch soll er die übertriebenen Berichte, die von einem Teil der deutschen Presse gebracht wurden und die allerdings die Entwicklung der ganzen Angelegenheit nur ungünstig beeinflussen konnten, veranlaßt haben. Nachdem alle Versuche der Raab-Katzenstein-Werke, wie diese erklären, das Vertragsverhältnis mit Fritz von Opel aufrecht zu erhalten, gescheitert sind, wollen sie die Raketenflugzeugversuche auf eigene Faust weiterführen. Sie hoffen in kürzester Zeit schon den ersten Flug unternehmen zu können.

Gleichzeitig wird bekannt, daß Valier, einer der Konstrukteure des Opelschen Raketenwagens, in den Dienst der Raab-Katzenstein-Werke getreten ist. Valier wurde kurz vor der sensationellen Ausfahrt in Berlin von Fritz von Opel unter Umständen, die noch der Klärung bedürfen, entlassen.

Acht Streckenarbeiter zermalmt.

Auf der Eisenbahnstrecke Kattowitz—Warschau ereignete sich zwischen Bendzin—Dombrowa—Cornicza ein schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Eisenbahndamm arbeiteten zehn Arbeiter an der Ausbesserung der Gleise. Kurz nach 7 Uhr abends nahte ein Güterzug und überquerte die Brücke, die Bendzin mit Dombrowa verbindet. Trotz des Warnungssignals des Vorarbeiters gingen mehrere Arbeiter nicht die Böschung hinunter, sondern traten auf das Nebengleis, auf dem gerade der beschleunigte Personenzug Dombrowa—Bendzin heranbrauste. Acht Arbeiter wurden von der Lokomotive erfaßt. Sieben von ihnen wurden buchstäblich zermalmt, der achte starb während des Transportes nach dem Krankenhaus.

Drei Dörfer durch eine Windhose zerstört.

Die Umgebung der Stadt Rzeszow in Galizien ist von einer 14 Meter breiten Windhose heimgesucht worden. Drei Dörfer wurden fast vollkommen zerstört. In einem anderen Dorfe wurde ein Schulgebäude mit einer meteorologischen Station vernichtet. Außerdem sind sechs Morgen Wald der Katastrophe zum Opfer gefallen; die Bäume wurden mit den Wurzeln aus der Erde gerissen. Drei Bauern haben während des Sturms den Tod gefunden; einige Landleute, die gerade auf dem Felde arbeiteten, trugen schwere Verletzungen davon.

Ein schweres Automobilunglück,

das drei Todesopfer forderte, ereignete sich zwischen Stadthagen und Bad Nenndorf in der Provinz Hannover. Ein sechssitziger Wagen der Firma Lange & Hagemeier aus Minden prallte mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Fuhrwerksbesitzer, der Chauffeur und der Prokurist der Firma wurden sofort getötet; der Firmeninhaber Hagemeier wurde schwer verletzt.

Mit dem Kraftwagen auf den Bürgersteig.

Am Sonnabend abend ereignete sich in Leipzig ein schweres Verkehrsunglück. Der Führer eines Privatkraftwagens wollte einem zu spät bemerkten Straßensperrschild dadurch ausweichen, daß er seinen schnell fahrenden Wagen in eine Nebenstraße ablenkte. Er verlor hierbei die Gewalt über den Wagen, der in eine auf dem Bürgersteig angesammelte Menschenmenge hineinfuhr, die in diesem Augenblick ein Lichtspiel-Theater verließ. Eine Frau wurde sofort getötet, während zwei andere Frauen so schwer verletzt wurden, daß sie kurz darauf starben. Der Kraftwagenführer, der von der Polizei nur mit Mühe vor der erregten Menschenmenge geschützt werden konnte, wurde verhaftet.

Ein russisches Munitionslager infolge Blitzschlags in die Luft geflogen.

In dem Sowjetrußland nahegelegenen Städtchen Wielki Chutorow ist ein Munitionslager infolge Blitzschlages in die Luft geflogen. Zwölf Gebäude wurden vollständig zerstört. Mehrere Personen, deren Zahl noch unbekannt ist, wurden getötet, eine weitere Anzahl schwer verletzt. Genaue Einzelheiten stehen zurzeit noch aus.

Explosionsunglück in einer Lackiererwerkstätte in Paris.

Kurz vor 12 Uhr ereignete sich in einer Lackiererwerkstätte auf dem Boulevard Voltaire in Paris ein Explosionsunglück, bei dem drei Arbeiter getötet, vier Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt und acht andere leicht verletzt wurden.

Die Junkersflugzeuge auf dem Fluge nach Kabul.

Sonnabend morgen traten die drei für Afghanistan bestimmten Junkersflugzeuge aus Berlin kommend auf dem Königsberger Flughafen ein, von wo aus sie noch heute den Flug nach Afghanistan über Rußland und Persien fortsetzen werden.

Anschlag auf ein Personenauto.

Als in der Nacht zum Sonnabend ein Kraftwagenführer fünf Fahrgäste auf seinem Auto durch den Stadtteil Barmbeck in Hamburg fuhr, stellten sich dem Wagen mehrere Männer in den Weg und zwangen den Fahrer, anzuhalten. Es entstand ein Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei und Messerstecherei ausartete. Hierbei erlitten vier Fahrgäste Messerstiche. Die Verletzten mußten in ein Krankenhaus gebracht werden, zwei von ihnen sind bereits wieder entlassen worden. Auch bei den übrigen dürfte unmittelbare Lebensgefahr nicht bestehen. Drei der Täter konnten im Laufe der Nacht festgenommen werden.

Der Hochstapler.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Sonnabend ein Betrugsprozeß gegen den 34jährigen Literarhistoriker und Oberregisseur Joachim von Reichel, einem Neffen des früheren Reichskanzlers Fürst Bülow. Reichel, der geständig ist, hat in 25 Fällen durch ungedeckte Schecks kostbare Wohnungseinrichtungen, wertvolle Gemälde und Skulpturen und eine kleine Flottille von 14 Motorbooten an sich gebracht. Gegen ihn liegen Auslieferungsanträge aus Konstantinopel und Monaco vor; in Monaco soll er einigen Damen Schmucksachen im Werte von 20 000 Mark abgeschwindelt haben.

Man steht vor einem Rätsel, wie der Angeklagte, ein Mann mit großen Fähigkeiten, auf die schiefe Bahn hat kommen können. Bis vor etwa 5 Jahren hatte er ein einwandfreies Leben geführt. Reichel entstammt einem ostpreußischen Adelsgeschlecht und wurde nach dem frühen Tod seiner Mutter bei seinem Großvater, einem General, erzogen. Als Gardeoffizier wurde er während des Krieges in einer geheimen Mission nach Rumänien und Konstantinopel entsandt. Dort blieb er als Militärattaché an der deutschen Botschaft. 1917 wurde er verabschiedet, weil er durch sein leichtsinniges Leben Anstoß erregt hatte. Nunmehr wandte sich der junge Mann der Kunst zu, der er von Jugend an seine besondere Neigung entgegenbrachte. Reichel hat u. a. zwei Opern „Fieber" und „Intermezzo" gedichtet und komponiert, die vom Leipziger und Mainzer Stadttheater zur Aufführung angenommen worden sind. Er war auch als Dramaturg und Opernregisseur am Münchener Hoftheater, an der Wiener Volksoper und am Staatstheater in Berlin tätig. Kurz nach dem Kriege erschien in einem großen Berliner Verlag ein Buch von ihm, in dem er u. a. erzählt, wie er von der Obersten Heeresleitung als Kurier zu König Karol von Rumänien geschickt worden sei und mit dem alten König und dessen Nachfolger Unterredungen gehabt hätte.

Die Straftaten des Angeklagten begannen, als er seine letzte künstlerische Tätigkeit bei den Stadttheatern in Düsseldorf und Duisburg angeblich wegen Ueberarbeitung aufgeben mußte. Er erzählte vertrauensseligen Leuten von großen Erbschaften und konnte so seine ungedeckten Schecks an den Mann bringen. In Berlin schädigte er verschiedene Geschäftsleute um Wohnungsgegenstände. Die Tatsache seiner nahen Verwandtschaft mit dem Fürsten Bülow verschaffte ihm überall ein geneigtes Ohr. Seine Schwindeleien brachten ihm u. a. in Spremberg neun Monate Gefängnis ein; auch in der Schweiz wurde er wiederholt wegen Betruges bestraft.

„Was ich getan habe, ist im Grunde Wahnsinn", erklärte der Angeklagte seinen Richtern. Nach dem Urteil der gerichtlichen Sachverständigen ist Reichel eine stark phantastisch eingestellte Natur; sein Optimismus sei kaum zu übertreffen. Wenn er sich etwas in den Kopf setze, gehe er rücksichtslos vor. § 51 komme für ihn nicht in Frage.

Im Laufe der Verhandlung kamen auch mehrfache Renommistereien des Angeklagten zur Sprache. Typisch für diese Charaktereigenschaft Reichels ist eine gelegentliche Aeußerung von ihm: „Wenn man beim Theater ist, muß man für Propaganda sorgen". — Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen. Reichel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Großfeuer in Augsburg.

Am Freitag abend brach im Sägewerk der Holzverarbeitungs-Aktiengesellschaft in Augsburg aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, das das weit ausgedehnte Unternehmen mit allen Abteilungen, Maschinen, Lagerräumen und Lagerbeständen, sowie einer neuen Parkett-Lagerhalle vernichtete. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Große Unwetterverwüstungen in Mecklenburg.

Aus dem südlichen Mecklenburg werden große Unwetterverwüstungen gemeldet. In Grabow und Umgegend wurden Dächer vom Wirbelsturm abgedeckt und fortgeschleudert. Vielfach wurden starke Bäume wie Streichhölzer geknickt. Die Landstraßen sind streckenweise unpassierbar geworden. Besonders arg sind die Obstgärten betroffen worden. Obstbäume liegen in großer Zahl entwurzelt am Boden. Menschen haben bisher — abgesehen von einer Frau, die einen Armbruch durch Herabfallen eines Astes erlitt — keinen Schaden davongetragen.

Mord und Selbstmord.

In Nette im Kreise Marienburg tötete ein Sohn des Gemeindevorstehers seinen Bruder und nahm sich hierauf selbst das Leben.

Ueberschwemmungsunglück im Staate Missouri.

Bei Poplarbluff, einem Städtchen in Missouri, ist der Fluß St. Franzis aus seinen Ufern getreten und hat meilenweit das Land überschwemmt. Bei Kennet, 50 Kilometer südlich von Poplarbluff, hat der Fluß bereits eine Breite von fünf Meilen erreicht.

Folgenschwere Explosion eines Granatzünders.

Sonnabend mittag 12 Uhr hantierte der auf einer Zeche als Abschlepper beschäftigte 18jährige Wilhelm Möllbeck in der elterlichen Wohnung in Essen mit dem scharfen Zünder einer Granate. Als die in der Küche anwesende Mutter ihm dies verbot, ging er in die Toilette und klopfte dort weiter an dem Zünder herum. Kurz darauf erfolgte eine heftige Explosion, bei der dem jungen Mann beide Beine und ein Unterarm abgerissen wurde. Außerdem trug der Verunglückte schwere Verletzungen am Kopf und Oberkörper davon, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Schwere Gewitter

sind über Pommern niedergegangen; am schwersten ist diesmal der Kreis Demmin betroffen worden. Das Getreide liegt auf den Feldern wie gewalzt. Mehrere Arbeiterinnen wurden durch Hagelkörner verletzt. Im Kreis Greifenhagen wurde eine Frau vom Blitz getötet. — In Döberitzfelde-Abbau im Kreis Deutsch-Krone wurde die Mauer eines Neubaues durch einen Gewittersturm umgelegt. Zwei Maurer wurden unter den Trümmern begraben und schwer verletzt. In Tempelburg, Kreis Neustadt, wurden durch Sturm und Hagel etwa 1000 Fensterscheiben zertrümmert.

Auch in der Steiermark wütete ein schweres Unwetter. Die Felder in der Umgegend von Graz sind durch Hagelschlag völlig vernichtet worden. Durch den Einsturz einer 70 Meter langen Ziegelhütte fanden zwei Arbeiterinnen den Tod, vier andere wurden schwer verletzt.

105 000 Mark unterschlagen

hatte der Bankier Geffers aus Helmstedt im Braunschweigischen. Er veruntreute in der Hauptsache Gelder seiner Kunden. Ihm übergebene Wertpapiere machte er zu Geld, um davon herrlich und in Freuden leben zu können. Für sich selbst verbrauchte er etwa 25 000 Mark jährlich, trotzdem er in einer Kleinstadt lebte. Geschädigt sind in erster Linie Beamte und Witwen. Die Kunden erstatteten schließlich Strafanzeige gegen den gewissenlosen Bankier. Geffers wurde vom Schöffengericht Braunschweig zu einem Jahr 10 Monaten Zuchthaus verurteilt. Sein Prokurist Schrader, der von den Unterschlagungen Kenntnis hatte, erhielt einen Monat Gefängnis. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt.

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" zum Europaflug gestartet.

Nach fünfmaligen Startversuchen ist das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" Sonntag, 12 Uhr 21 Minuten, amerikanischer Zeit, in Tropassey bei westlichem Winde zum Europaflug gestartet.

Klare Sicht und starke Westwinde sind dem Fluge günstig. Die Wettermeldungen vom Atlantik sind gleichfalls gut. Die „Freundschaft" ist mit einer drahtlosen Einrichtung ausgerüstet und benutzt für ihre Mitteilungen die Zeichen W.O.X., Länge 600 Meter. Das Ziel des Flugzeuges stand bei dem Start noch nicht fest. Der Pilot dieses Flugzeuges beabsichtigt in England zu landen. An Bord des Flugzeuges befindet sich außer dem Piloten Stultz der Pilot Ellsworth. Die Fliegerin Ehrhardt ist Begleiterin.

Die Ozean-Flieger im Hafen von Cherbourg angekommen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist der „Kolumbus" des Norddeutschen Lloyd mit den Ueberseefliegern Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice sowie ihren Gattinnen im Hafen von Cherbourg zu halbstündigem Aufenthalt eingetroffen.

Ein neuer Flugweltrekord in Amerika.

Der amerikanische Marineflieger Arthur Gavin hat bei Philadelphia einen neuen Höhenweltrekord für Wasserflugzeuge mit einer Ladung von 1000 Kilo aufgestellt. Gavin erreichte eine Höhe von 6170 Meter, was etwa 700 Meter über dem letzten kürzlich gleichfalls von einem amerikanischen Marineflieger aufgestellten Rekord liegt.

Zwei amerikanische Städte vom Tornado fast gänzlich zerstört.

Der südliche Teil der Provinz Oklahoma wurde am Sonnabend von einem schweren Tornado heimgesucht. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden die beiden Städte Blair-Mountain-Park und Snyder. Die Bewohner von Blair konnten noch vor der später eintretenden Unterbrechung aller Verbindungen Hilferufe aussenden. Danach scheint es, daß die Stadt so gut wie ganz zerstört ist und die Verwüstungen ungeheuer sind. 200 freiwillige Helfer sind sofort zur ersten Hilfeleistung entsandt worden. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken. Fest steht einstweilen nur, daß 3 Personen getötet und 15 verletzt wurden. In Snyder wurden 50 Häuser zerstört. Von dem Tornado wurde ein 6 Meilen breites Gebiet im südwestlichen Oklahoma betroffen.

Die Stadt Mexiko vom Erdbeben heimgesucht

Die Stadt Mexiko wurde am Sonnabend abend von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das um 9,22 Uhr begann und etwa 7 Minuten anhielt. Die Stadt war längere Zeit ohne Licht. Der Materialschaden scheint beträchtlich zu sein. Ob Menschen zu Schaden gekommen sind, steht im Augenblick noch nicht fest.

Nach ergänzenden Meldungen aus Mexiko-Stadt ist durch das Erdbeben am Sonnabend abend besonders die Stadt Oadaca heimgesucht worden. Zahlreiche Gebäude, die durch kürzliche Erderschütterungen bereits rissig geworden waren, sind jetzt ganz zusammengestürzt. Nach einem noch unbestätigten Bericht sind auch drei Personen getötet worden. Die Erderschütterungen wurden in einer Reihe mexikanischer Staaten verspürt.

Hochwasserunglück auch im Staate Arkansas.

Bei Newport im Staate Arkansas hat der Weiße Fluß den Stevensdamm durchbrochen und ein großes Gebiet überschwemmt. Hunderte von Familien flüchteten in die höher gelegenen Gegenden und die Städte Tupeko, Weldon, Shoffner und Auverne sind in Gefahr, unter Wasser gesetzt zu werden.

Familien-Drama.

In der Nähe von Neustadt (Danziger Korridor) hat der Landwirt Kasimir Kos, der mit seiner Familie in ständigem Unfrieden lebte, seine Ehefrau und beide Kinder ermordet. Nach der Tat stürzte er sich in einen Brunnen und ertrank.

Trauriges Ende einer Hochzeitsfeier.

In einem Dorfe bei Stryj sind auf einer Hochzeit nach dem Genuß von selbstbereiteten Likören 50 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Zu den Likören wurden verschiedene Essenzen und Farben verwendet, die nicht für Genußmittel bestimmt waren. Von den 50 Erkrankten wurden 16 in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus überführt.

Ein sensationeller Brandstiftungsprozeß,

der im Wiederaufnahmeverfahren die Wiener Geschworenen eine Woche lang beschäftigte, fand am Sonnabend sein Ende. Im Oktober vorigen Jahres war vom Schwurgericht St. Pölten die Frau des Gemeindevorstehers eines größeren Dorfes in Niederösterreich wegen Anstiftung zur Brandlegung zu 12 Jahren Kerker verurteilt worden. Die Frau wurde jetzt von den Wiener Geschworenen freigesprochen.

Ein neuer Weltrekord im 100 und 200 Meter-Lauf.

Bei den amerikanischen Ausscheidungskämpfen im 100 und 200 Meter-Laufen für die olympischen Spiele in Los Angelos erreichte der 18jährige Schüler Wykoff beide Male den von Paddock aufgestellten Weltrekord. Paddock war jeweils Zweiter. Leighton Dye-Los Angelos stellte im 110 Meter-Hürdenrennen mit 14⅘ Sekunden einen neuen Weltrekord auf.

Drahtloser Dienst Kanada—Australien.

Zwischen Kanada und Australien wurde am Freitag ein drahtloser Dienst eröffnet. Der kanadische Ministerpräsident tauschte mit Präsidenten von australischen Bundesstaaten Grüße aus.

Bergungsversuche der Ladung eines im Weltkriege versenkten Dampfers.

Der italienische Dampfer „Artiglio" hat St. Nazaire verlassen, um sich nach der Höhe von Belle Isle en Mer zu begeben, wo im September 1917 der belgische Dampfer „Elisabeth-ville" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt wurde. Der „Artiglio" hat Vorrichtungen an Bord, die es Tauchern gestatten, bis zu einer Tiefe von 150 Metern zu arbeiten und die Edelsteinladung, die sich auf der „Elisabeth-ville" befand, zu bergen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren angenommen.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren wurde am Freitag von der Arbeitskonferenz in der Gesamtabstimmung mit 75 gegen 27 Stimmen angenommen. Für den Entwurf stimmten die Arbeitnehmer und viele Regierungen, so Deutschland, gegen ihn stimmten alle Arbeitgeber und die Regierungsvertreter von Ungarn und Jugoslawien, während sich die Regierungen von Oesterreich, Dänemark, Japan, Polen und der Tschechoslowakei der Stimme enthielten. Vorher hatte der deutsche Bekleidungsarbeiter Stühmer zweimal bei der Beratung der einzelnen Artikel eingegriffen, um Verschlechterungen durch die Arbeitgeber zurückzuweisen. So wurde ein Antrag des Syndikus des deutschen Textilindustrie-Verbandes, Dr. Gärtner, in den allgemeinen Teil einen Passus über die Berücksichtigung der Konkurrenzlage und lokalen Verhältnisse für die eventuelle Festsetzung von Mindestlöhnen einzusetzen, abgelehnt.

Die Arbeitskonferenz behandelte sodann den Fragebogen und zwei Resolutionen, die die Unfallverhütungs-Kommission ausgearbeitet hatte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dem Bericht der Kommission Erklärungen hinzugefügt, in denen sie Einwände gegen einzelne Fassungen erheben, ohne deshalb das Gesamtresultat der Kommissionsberatungen abzulehnen. Während die Arbeitgeber sich u. a. dagegen wenden, daß die Staaten gefragt werden, wenden sich die Arbeitnehmer dagegen, daß in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich auf die Gewerkschaften verwiesen wird. Der Sekretär des ADGB., Sachs, wandte sich in einer groß angelegten Rede gegen die Ignorierung der Gewerkschaftswünsche durch viele Ausschußmitglieder. Die eine Entschließung, von der englischen Regierung eingebracht, tritt für die Förderung der Volksaufklärung über die Unfallgefahr ein, die andere ersucht das Arbeitsamt, sein Material über Unfallbekämpfung zu vervollständigen. Die Vollversammlung nahm mit 46 gegen 32 Stimmen einen Zusatz der dänischen Regierung an, der die Staaten fragt, wieweit sie für eine Klausel eintreten würden, die den Verkauf und Export ungeschützter Maschienen verbietet. Der Antrag, der von einer der wenigen Frauen der Konferenz, der dänischen Fabrikinspektorin Frau Gloerfelt, begründet wurde, stützt sich auf eine Bestimmung des dänischen Fabrikgesetzes von 1913, nach der bei Unfällen an ungeschützten Maschinen Verkäufer und Hersteller der Maschine zum Schadenersatz herangezogen werden können. Die Anregung zu dieser Bestimmung, mit der Dänemark gute Erfahrungen gemacht hat, fand die Billigung der Arbeitnehmer und wurde von der deutschen Regierung warm unterstützt. Sie ließ darauf hinweisen, daß das in Vorbereitung befindliche deutsche Fabrikschutzgesetz eine ähnliche Bestimmung vorsieht. Der gesamte Fragebogen wurde mit 94 gegen 5 Stimmen, die Entschließungen ohne Widerspruch angenommen. Damit ist die weitere Behandlung der Unfallverhütung auf der Arbeitskonferenz 1929 gesichert. Am Sonnabend werden die endgültigen Abstimmungen, sowohl über das Mindestlohnverfahren, wie über den Unfall-Fragebogen, stattfinden.

* * *

Der deutsche Gewerkschaftsvertreter Sachs äußerte am Freitag in der Internationalionalen Arbeitskonferenz in scharfer Weise die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit der Haltung der Arbeitgeber und eines Teils der Regierungen. Er führte u. a. aus:

„Die Arbeitergruppe hat in einer Erklärung zum Ausschußbericht ihre Stellungnahme präzisiert. Einiges Grundsätzliche muß hervorgehoben werden. In einer zweitägigen Generaldebatte hat man viele schöne Worte über die Notwendigkeit der Förderung der Unfallverhütung gefunden. Die Generaldebatte klang in einen Appell an die Oeffentlichkeit aus, in einen Appell an alle Kreise, mitzuhelfen, die Gefahren der Arbeit zu bekämpfen und die Unfälle einzuschränken. Die Ausschußberatungen ergaben ein anderes Bild. Wir Arbeitervertreter haben wiederholt feststellen müssen, daß der Gruppe der Unternehmer, unterstützt von einem Teil der Regierungsvertreter, eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung unerwünscht war. Bei der Beratung des Fragebogens sind alle Anträge der Arbeitergruppe, die Gewerkschaften am Werk der Unfallverhütung direkt zu beteiligen, abgelehnt worden. Obwohl in der Generaldebatte alle Kreise der Bevölkerung zur Mitarbeit an diesem Werk aufgerufen wurden, hat man durch die Ausschußbeschlüsse die Gewerkschaften, als die unmittelbarst Interessierten, von der künftigen Mitarbeit ferngehalten. Durch die Ablehnung unserer Anträge werden Sie die Gewerkschaften nicht beseitigen. Ebensowenig werden dadurch unsere Forderungen hinfällig. Was Sie erreichen, ist das Gegenteil. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um früher oder später doch zu dem uns gesteckten Ziel zu kommen. Durch die Ablehnung unserer Anträge gefährden Sie jedoch den Erfolg des großen Werkes der Unfallverhütung, zu dessen Förderung wir hier zusammengekommen sind. Es ist sonderbar, daß im Rahmen einer internationalen Arbeitskonferenz, deren Arbeiterdelegierte die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft aller Länder sind, ein Fragebogen über Unfallverhütung ausgestellt wird, aus dem mit Fleiß und Geschick jedes Wort entfernt worden ist, aus welchem eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung hergeleitet werden könnte.

Nicht nur die Ausschaltung der Gewerkschaften war das Ziel eines Teils der Ausschußmitglieder; noch ander Absichten traten hervor. Was würde von der Unfallverhütung noch übrig bleiben, wenn den Wünsche der Unternehmergruppe Rechnung getragen worden wäre, die Frage über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestschutzes zu streichen? Das haben wir verhindern können. Wir halten den gesetzlichen Mindestschutz für eine Notwendigkeit, die kein Unternehmer als drückend empfinden könnte, wenn er Verständnis für die Sicherheit der bei him beschäftigten Arbeiter besäße. Die Unfallverhütung kann auf solchem Wege nicht gefördert werden. Sie kann nur auf der Grundlage gleichberechtigter Mitwirkung aller Beteiligten erfolgreich gestaltet werden. In Deutschland beginnt die erstrebte Mitwirkung der Gewerkschaften sich durchzusetzen. Das ist ein Beweis, daß man bei genügend gutem Willen zur Zusammenarbeit zu positiven Ergebnissen kommen kann. Die Behauptung, daß ein Arbeiter über zu geringe Kenntnisse verfüge und nicht die erforderliche Eignung als Arbeitsaufsichtsbeamter besitze, hat sich als unbegründet erwiesen. Wenn der Vertreter der deutschen Arbeitgeber diese Behauptung wieder aufgestellt hat, so muß ich hier erklären, daß sie nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Wir deutschen Gewerkschaftler werden unserem Ziel, der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften einen größeren Einfluß zu verschaffen, mit aller Zähigkeit entgegenstreben, und wir hoffen, daß, wenn wir damit Erfolg haben, auch der Unfallverhütung auf internationaler Basis gedient wird. Wir sollten nicht das Land, welches den geringsten Schutz hat, als Maßstab wählen. Unser Blick muß nach vorn gerichtet sein. Würde so verfahren, dann würde die Konferenz nicht nur der Auftakt zu einer wirksamen Unfallverhütungs-Propaganda werden, sondern wir könnten dann ein Ergebnis internationaler Unfallverhütung verzeichnen, mit dem alle zufrieden wären."

Vormarsch in der Grobkeramik.

Die freigewerkschaftliche Organisation der Grobkeramik im Keramischen Bund marschiert. Im April umfaßte sie 93 000 Mitglieder, heute ist der Mitgliederstand bereits über 100000 hinaufgegangen. In Gegenden, in denen vor einigen Jahren von der Organisation fast keine Spur vorhanden war, zeigen sich heute bereits kräftige Ansätze. So zählt z. B. der Bezirk Königsberg in Ostpreußen, wo 1925 ganze 80 Mitglieder vorhanden waren, heute bereits 500 Mitglieder allein in der Ziegeleiindustrie. Im Kreis Insterburg existierte kein Lohn- und kein Manteltarif; heute sind bereits 40 Werke vom Tarifvertrag erfaßt. Auch in Süddeutschland, wo bisher die Organisationsverhältnisse in der Grobkeramik wenig erfreulich waren, zeigen sich jetzt Ansätze zur Besserung.

Erfreulich und lehrreich ist dieser Organisationsfortschritt in der Grobkeramik. Er zeigt besonders eindrucksvoll, wie das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung auch unter den Ungelernten und Unorganisierten wächst. Die Grobkeramik umfaßt hauptsächlich ungelernte Arbeiter; sie wechseln sehr häufig ihren Arbeitsplatz und sind deshalb besonders schwer zu organisieren oder bei der Organisation zu halten. Davon hatte der Unternehmer bisher die größten Vorteile. Ueberall, wo die Arbeiterschaft der Organisation den Rücken gekehrt hatte, waren Lohnabzüge an der Tagesordnung. Wo die Arbeiterschaft der Organisation treu blieb, gelang es, die Angriffe der Arbeitgeber auf den Lohnstand abzuwehren. Bereits 1927 konnten die Löhne der Grobkeramik dank der Tarifbewegung der Organisation gesteigert und durchschnittliche Stundenlohnerhöhungen von 6 Pf. in der Spitze herausgeholt werden.

Bemerkenswert ist auch der Fortschritt in der Erkenntnis, daß Reichstarife besser sind als Sondertarife. Um einiger Pfennige willen haben sich die Arbeiter bisher vielfach zu Sondertarifen verleiten lassen. Allmählich begreifen sie, daß Augenblicksvorteile oft sehr zweifelhafte Vorteile sind, daß man weiter sehen muß. Wie umfangreich das Tarifgebiet in der Grobkeramik ist, läßt sich daran ermessen, daß 1927 noch etwa 270 Lohntarife abgeschlossen werden mußten. Die größte Zahl der abgeschlossenen Tarife waren Werksverträge. Die Unternehmer, gleichgültig ob Ziegel- oder Zementunternehmer, sind ja von jeher keine Freunde von Tarifverträgen und, so sehr sie sonst den Zusammenschlußgedanken vertreten, in Tariffragen möchten sie am liebsten mit jedem einzelnen Mann einen Vertrag abschließen. Auf diese Tariffeindschaft der Unternehmer ist die große Tarifzersplitterung in der Grobkeramik zurückzuführen. Der Organisation gelang es jedoch trotzdem, bei der neuen Tarifbewegung in den meisten Fällen die Löhne der Werksverträge den Löhnen der Bezirksverträge anzugleichen. Auch bei der Festsetzung der übrigen Arbeitsbedingungen haben bisher die Unternehmer immer auf Dezentralisation hingearbeitet. So bestanden 1927 auch nicht weniger als zweihundert Manteltarife. Im Jahre 1928 wurde immerhin in mehreren Bezirken eine größere Anzahl Einzelunternehmen in einheitlichen Verträgen zusammengefaßt, so z. B. verschiedene Ziegelwerke der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G., Charlottenburg, und im Bezirk Hannover einige Kalkwerke. Ebenso gelang es in einer Reihe von Betrieben, wo bisher keine Vertragsverhältnisse bestanden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

All das war nur möglich, weil die Organisation gegenüber 1927 [illegible]

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs im Rheinschiffahrtsstreik

Wie die „Kölnische Volkszeitung erfährt, hat der Reichsarbeitsminister den von ihm am 4. Juni d. Js. im Rheinschiffahrtsstreik gefällten Schiedsspruch am Sonnabend für verbindlich erklärt.

Englands Regierung und der Achtstundentag

London, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Frage der Arbeiterpartei über die Ratifikation der Washingtoner Konvention antwortete der Arbeitsminister, er habe den bei früheren Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen der Regierung über die Möglichkeit einer Ratifikation nichts hinzuzufügen. Die Arbeiterpartei ließ daraufhin fragen, ob mit der Verzögerung nicht die Absicht verfolgt werde, Abänderungen der Konvention durchzusetzen. Der Arbeitsminister erwiderte, die Regierung wünsche eine „arbeitsfähige Konvention". Sie wünsche, daß die vom Internationalen Arbeitsamt geplante Rundfrage an die Regierungen bald fertiggestellt und ebenso schnell die Antworten erteilt würden.

Wirtschaft.

Kollektivarbeit und Lebensbedingungen.

Kellerräume und Ställe dienen als Wohnungen.

Die Veröffentlichungen des Enquêteausschusse's über die Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau hat sicherlich enttäuscht. Der Ausschuß ist bekanntlich zu dem Ergebnis gekommen, daß wohl Zusammenhänge zwischen Veränderung der Arbeitszeit und der Intensität menschlicher Arbeit bestehen; er mußte aber feststellen, daß diese Zusammenhänge für die hinter uns liegende Periode größter technischer und organisatorischer Wandlung gegenüber den Einwirkungen anderer Faktoren weit zurücktreten. Wenn der in Frage kommende Unterausschuß zur Begründung dieser, schon bisher nicht ganz unbekannten Tatsache einen Materialband von 320 Seiten füllt, mag das etwas reichlich erscheinen. Der sorgfältigen und gewissenhaften Arbeit verdanken wir aber eine Fülle von Einzelheiten, die für die Schilderung der Arbeit und der Lage der Arbeiterschaft im Steinkohlenbergbau wertvoll sind.

Es sollen hier nur zwei Beispiele herausgegriffen werden. Der Bericht des Enquêteausschusses enthält z. B. eine eingehende Darlegung über neu eingeführte Maschinen im Bergbau (Schrämmaschinen, Schüttelrutschen, Bohr- und Abbauhämmer). Es ergeben sich dabei allgemeine Gesichtspunkte für die Arbeitsumgestaltung durch die Maschinen. So ist z. B. die Schüttelrutsche ein Beispiel dafür, wie die Einführung einer veränderten Transporttechnik im Betrieb zu einer veränderten Betriebsorganisation und damit zu einer verstärkten Bedeutung der Kollektivarbeitsleistung gegenüber dem freien Spielraum des Einzelarbeiters führt. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Da die Schüttelrutsche ein Transportmittel ist, dessen Betrieb nicht an eine bestimmte Menge des zu fördernden Gutes gebunden ist, könnte man anzunehmen geneigt sein, daß durch ihre Einführung die Zusammenhänge zwischen den individuellen Arbeitsleistungen der Arbeiter, besonders der Hauer, und dem Produktionseffekt in keiner Weise verändert werden sind. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu, da die Einführung der Schüttel- [illegible] Belegschaft je einer Betriebsabteilung ein Pensum Arbeit auferlegte. Obwohl also an sich der einzelne Arbeiter am einzelnen Arbeitspunkt in der Lage wäre, mehr oder weniger zu leisten, wird ihm dies unmöglich gemacht, indem die Betriebsorganisation ihm ein festes Pensum vorschreibt. Damit wird es den einzelnen Individuen unmöglich gemacht, auf den Produktionseffekt des Betriebes einen Einfluß auszuüben; aber dies bedeutet nicht, daß nun die Intensität der beteiligten menschlichen Arbeitskraft überhaupt unverändert geworden wäre, sondern nur, daß sie nur kollektiv zum Ausdruck kommt und im einzelnen Fall stets eine ausdrückliche Maßnahme der Betriebsleitung erfordert; diese Maßnahme besteht darin, daß zur Verrichtung eines bestimmten Arbeitspensums die Größe der Belegschaft verändert wird."

Diese Ausführungen sind zweifellos wichtige Darlegungen, aus denen sich die fortschreitende Entwicklung zur Kollektivarbeit erkennen läßt. Wie sehr diese Entwicklung mit besseren Lebensbedingungen zusammenhängt, dürfte allgemein bekannt sein. Wir greifen ein weiteres Beispiel heraus, um zu zeigen, wie schlecht es in Deutschland um diese Lebensbedingungen bestellt ist. Es handelt sich bei dem Beispiel um ein Gebiet, das sich gegenüber der Vorkriegszeit am stärksten verschlechtert hat, nämlich um die Wohnungsverhältnisse. Auf Grund von Untersuchungen auf den Werken selbst kommt der Enquêteausschuß zu folgenden Feststellungen:

„Eine große Zahl der Werkswohnungen war nicht nur von je einer Familie, sondern von mehreren Familien bewohnt, indem z. B. die verheirateten Kinder bei den Eltern des Mannes oder der Frau wohnen blieben oder andere Aftermieter aufgenommen wurden.

Die Aufnahme von Aftermietern durfte zwar eigentlich nur mit Zustimmung der Werksleitung geschehen und die Zustimmung wurde nur erteilt, wenn es sich um Werkszugehörige handelte, aber die Einholung der Zustimmung wurde oft umgangen.

Die Belegung der Werkswohnungen darf daher durchgängig als zu eng angesehen werden . . .

Die zu enge Belegung der Wohnungen brachte es nicht nur mit sich, daß zu viele Personen auf ein Zimmer entfielen, und daß z. B. der aus der Nachtschicht heimkommende Arbeiter in demselben Zimmer schlafen mußte, in dem auch gekocht und gewaschen wurde, sondern auch, daß zu viele Personen sich in ein Bett teilen mußten. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß solche Zustände nicht nur die Sittlichkeit gefährdeten, sondern für den Gesundheitszustand, die Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit schädlich waren.

Bei den oberschlesischen Gruben hatten sich die Wohnungsverhältnisse insbesondere wegen des Zustroms von Flüchtlingen aus Ostoberschlesien verschlechtert, und auch Kellerräume und Ställe wurden als Wohnungen verwendet. Oft lebten zwei bis drei Familien in einem Zimmer oder drei bis vier Familien in einer aus einem Zimmer und einer Küche bestehenden Wohnung."

Es war nicht Aufgabe des in Frage kommenden Unterausschusses, die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiterschaft im Steinkohlenbergbau zu untersuchen. Aus dem, was wir oben bereits über den Zusammenhang zwischen Kollektivarbeit und Lebensbedingungen gesagt haben, geht aber die Wichtigkeit guter Lebensbedingungen für die Arbeitsintensität hervor. Deshalb können wir dem Enquêteausschuß für diese Veröffentlichung nur danken. Sie ist geeignet, das Gewissen der Oeffentlichkeit zu schärfen und auf die dringliche soziale Forderung aufmerksam zu machen, die Arbeiterwohnverhältnisse zu bessern. Unsere ganze Umstellung ist bereits seit längerem dem technischen Stadium entwachsen und erfordert vor allem bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, um den erreichten Grad der Arbeitsintensität zu behaupten und zu steigern. Von der Gestaltung der sozialen Verhältnisse dürfte die ganze Entwicklung auf dem Gebiet der Leistungssteigerung abhängen.

Emission einer neuen preußischen Staatsanleihe.

Wie die Preußische Staatsbank (Seehandlung) durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst mitteilt, hat das bekannte unter ihrer Führung stehende Preußenkonsortium vom Preußischen Staat 50 Millionen Reichsmark 6prozentige mit 110 Prozent auslosbare preußische Staatsanleihe fest übernommen. Die Anleihe lautet auf Feingoldbasis. Die Auslosungen finden vom Jahre 1934 ab in 10 gleichen jährlichen Raten statt. Es ist in Aussicht genommen, die Anleihe noch im Laufe des Juni zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen.

Die amtliche Großhandels-Richtzahl vom 13. Juni 1928.

Berlin, 16. Juni. Die auf den Stichtag des 13. Juni berechnete Großhandels-Richtzahl des statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,3 v. H. auf 141,2 (141,6) zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Richtzahl für Agrarstoffe um 0,8 v. H. auf 136,0 (137,1) nachgegeben. Die Richtzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat sich um 0,3 v. H. auf 134,9 (135,3) gesenkt. Die Richtzahl für industrielle Fertigwaren hat um 0,1 v. H. auf 158,9 (158,8) angezogen.

Dei Lage der polnischen Metallindustrie

hat sich im April dieses Jahres nach Mitteilungen des Verbandes der polnischen Metallindustriellen, wie folgt gestaltet: In den Lokomotivfabriken war die Lage wenig verändert. In den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen war der Beschäftigungsstand normal. Gegen Ende des Monats hielten die Grossisten mit Aufträgen für die Sommersaison zurück, ein Umstand, der auf den ungünstigen Saatenstand, sowie auf die unsicheren Preisverhältnisse für Rohmaterial zurückgeführt wird. In den Gießerei-Werkstätten hat sich die Beschäftigungslage infolge mehrfacher Streiks wesentlich verschlechtert. Daher ist auch die finanzielle Lage dieses Zweiges der polnischen Metallindustrie, die ohnehin schon unbefriedigend war, verschärft worden. In den Waggonfabriken ist die Situation weiterhin zufriedenstellend. In den Fabriken für Brückenbau und Eisenkonstruktionen erhofft man eine Belebung durch Regierungsaufträge. Bisher hat allerdings das polnische Verkehrsministerium für das laufende Haushaltsjahr noch keine Aufträge erteilt. Die Abteilungen für sanitäre Einrichtungen sehen der Zukunft mit Besorgnis entgegen, da die Arbeiter Lohnerhöhungen verlangen, welche die finanzielle Tragbarkeit übersteigen. In den Draht- und Nägelfabriken hat sich die Lage bedeutend verschlechtert. Was den Stand der Metallindustrie in den einzelnen Revieren anlangt, so wird von Lodz und Kalisch, sowie von Lublin normale Konjunktur gemeldet. In Posen, das bisher einen recht befriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, ist bei landwirtschaftlichen Maschinen eine Abschwächung der Produktion eingetreten. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß vielfach den Arbeitern erhebliche Lohnerhöhungen zugestanden werden mußten bzw. noch Lohnverhandlungen schweben.

Stand der Saaten Anfang Juni.

Für den Anfang Juni und den Bereich des Deutschen Reiches gibt das Statistische Reichsamt einen Saatenstandbericht heraus, der betont, daß das Wintergetreide die ungünstige Witterungsperiode gut überstanden hat. Der Weizen zeigt gegenüber dem Vormonat leichte Verbesserungen; der Stand der Sommersaaten befriedigt. Wenn 2 = gut, 3 = mittel und 4 = gering bedeutet, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Winterweizen 2,8 (im Vormonat 2,9), Winterroggen 3,1 (3,2), Sommerweizen 2,8, Sommerroggen 2,9, Wintergerste 2,5 [illegible]

Aus aller Welt

Montag, 18. Juni 1928

Krach um das Raketenflugzeug.

Zwischen den Opelwerken und den Raab-Katzenstein-Flugzeugwerken in Kassel, die längere Zeit gemeinsam an der Konstruktion eines Raketenflugzeuges gearbeitet haben, ist es zu einem Bruch gekommen. Am Sonnabend haben die Raab-Katzenstein-Flugzeugwerke Mitteilungen über Vorgänge gemacht, die zu diesem Bruch führten. Darüber wird uns aus Kassel u. a. folgendes mitgeteilt:

Geplant war die Konstruktion zweier Raketenflugzeuge, mit denen man Stundengeschwindigkeiten von 800 bis 1000 Kilometer zu erreichen hoffte. In dem Vertrage war festgelegt, daß die Beteiligten keine Meldungen in die Presse bringen und ähnliche Verträge nicht mit anderen Gesellschaften abschließen dürfen. Die Raab-Katzenstein-Werke vertreten nun die Auffassung, daß Fritz von Opel gegen diesen Vertrag verstoßen habe. So wird ihm vorgeworfen, daß er sich mit der Rhön-Rositten-Segelfluggesellschaft in Verbindung setzte. Auch soll er die übertriebenen Berichte, die von einem Teil der deutschen Presse gebracht wurden und die allerdings die Entwicklung der ganzen Angelegenheit nur ungünstig beeinflussen konnten, veranlaßt haben. Nachdem alle Versuche der Raab-Katzenstein-Werke, wie diese erklären, das Vertragsverhältnis mit Fritz von Opel aufrecht zu erhalten, gescheitert sind, wollen sie die Raketenflugzeugversuche auf eigene Faust weiterführen. Sie hoffen in kürzester Zeit schon den ersten Flug unternehmen zu können.

Gleichzeitig wird bekannt, daß Valier, einer der Konstrukteure des Opelschen Raketenwagens, in den Dienst der Raab-Katzenstein-Werke getreten ist. Valier wurde kurz vor der sensationellen Ausfahrt in Berlin von Fritz von Opel unter Umständen, die noch der Klärung bedürfen, entlassen.

Acht Streckenarbeiter zermalmt.

Auf der Eisenbahnstrecke Kattowitz—Warschau ereignete sich zwischen Bendzin—Dombrowa—Cornicza ein schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Eisenbahndamm arbeiteten zehn Arbeiter an der Ausbesserung der Gleise. Kurz nach 7 Uhr abends nahte ein Güterzug und überquerte die Brücke, die Bendzin mit Dombrowa verbindet. Trotz des Warnungssignals des Vorarbeiters gingen mehrere Arbeiter nicht die Böschung hinunter, sondern traten auf das Nebengleis, auf dem gerade der beschleunigte Personenzug Dombrowa—Bendzin heranbrauste. Acht Arbeiter wurden von der Lokomotive erfaßt. Sieben von ihnen wurden buchstäblich zermalmt, der achte starb während des Transportes nach dem Krankenhaus.

Drei Dörfer durch eine Windhose zerstört.

Die Umgebung der Stadt Rzeszow in Galizien ist von einer 14 Meter breiten Windhose heimgesucht worden. Drei Dörfer wurden fast vollkommen zerstört. In einem anderen Dorfe wurde ein Schulgebäude mit einer meteorologischen Station vernichtet. Außerdem sind sechs Morgen Wald der Katastrophe zum Opfer gefallen; die Bäume wurden mit den Wurzeln aus der Erde gerissen. Drei Bauern haben während des Sturms den Tod gefunden; einige Landleute, die gerade auf dem Felde arbeiteten, trugen schwere Verletzungen davon.

Ein schweres Automobilunglück,

das drei Todesopfer forderte, ereignete sich zwischen Stadthagen und Bad Nenndorf in der Provinz Hannover. Ein sechssitziger Wagen der Firma Lange & Hagemeier aus Minden prallte mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Fuhrwerksbesitzer, der Chauffeur und der Prokurist der Firma wurden sofort getötet; der Firmeninhaber Hagemeier wurde schwer verletzt.

Mit dem Kraftwagen auf den Bürgersteig.

Am Sonnabend abend ereignete sich in Leipzig ein schweres Verkehrsunglück. Der Führer eines Privatkraftwagens wollte einem zu spät bemerkten Straßensperrschild dadurch ausweichen, daß er seinen schnell fahrenden Wagen in eine Nebenstraße ablenkte. Er verlor hierbei die Gewalt über den Wagen, der in eine auf dem Bürgersteig angesammelte Menschenmenge hineinfuhr, die in diesem Augenblick ein Lichtspiel-Theater verließ. Eine Frau wurde sofort getötet, während zwei andere Frauen so schwer verletzt wurden, daß sie kurz darauf starben. Der Kraftwagenführer, der von der Polizei nur mit Mühe vor der erregten Menschenmenge geschützt werden konnte, wurde verhaftet.

Ein russisches Munitionslager infolge Blitzschlags in die Luft geflogen.

In dem Sowjetrußland nahegelegenen Städtchen Wielki Chutorow ist ein Munitionslager infolge Blitzschlages in die Luft geflogen. Zwölf Gebäude wurden vollständig zerstört. Mehrere Personen, deren Zahl noch unbekannt ist, wurden getötet, eine weitere Anzahl schwer verletzt. Genaue Einzelheiten stehen zurzeit noch aus.

Explosionsunglück in einer Lackiererwerkstätte in Paris.

Kurz vor 12 Uhr ereignete sich in einer Lackiererwerkstätte auf dem Boulevard Voltaire in Paris ein Explosionsunglück, bei dem drei Arbeiter getötet, vier Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt und acht andere leicht verletzt wurden.

Die Junkersflugzeuge auf dem Fluge nach Kabul.

Sonnabend morgen traten die drei für Afghanistan bestimmten Junkersflugzeuge aus Berlin kommend auf dem Königsberger Flughafen ein, von wo aus sie noch heute den Flug nach Afghanistan über Rußland und Persien fortsetzen werden.

Anschlag auf ein Personenauto.

Als in der Nacht zum Sonnabend ein Kraftwagenführer fünf Fahrgäste auf seinem Auto durch den Stadtteil Barmbeck in Hamburg fuhr, stellten sich dem Wagen mehrere Männer in den Weg und zwangen den Fahrer, anzuhalten. Es entstand ein Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei und Messerstecherei ausartete. Hierbei erlitten vier Fahrgäste Messerstiche. Die Verletzten mußten in ein Krankenhaus gebracht werden, zwei von ihnen sind bereits wieder entlassen worden. Auch bei den übrigen dürfte unmittelbare Lebensgefahr nicht bestehen. Drei der Täter konnten im Laufe der Nacht festgenommen werden.

Der Hochstapler.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Sonnabend ein Betrugsprozeß gegen den 34jährigen Literarhistoriker und Oberregisseur Joachim von Reichel, einem Neffen des früheren Reichskanzlers Fürst Bülow. Reichel, der geständig ist, hat in 25 Fällen durch ungedeckte Schecks kostbare Wohnungseinrichtungen, wertvolle Gemälde und Skulpturen und eine kleine Flottille von 14 Motorbooten an sich gebracht. Gegen ihn liegen Auslieferungsanträge aus Konstantinopel und Monaco vor; in Monaco soll er einigen Damen Schmucksachen im Werte von 20 000 Mark abgeschwindelt haben.

Man steht vor einem Rätsel, wie der Angeklagte, ein Mann mit großen Fähigkeiten, auf die schiefe Bahn hat kommen können. Bis vor etwa 5 Jahren hatte er ein einwandfreies Leben geführt. Reichel entstammt einem ostpreußischen Adelsgeschlecht und wurde nach dem frühen Tod seiner Mutter bei seinem Großvater, einem General, erzogen. Als Gardeoffizier wurde er während des Krieges in einer geheimen Mission nach Rumänien und Konstantinopel entsandt. Dort blieb er als Militärattaché an der deutschen Botschaft. 1917 wurde er verabschiedet, weil er durch sein leichtsinniges Leben Anstoß erregt hatte. Nunmehr wandte sich der junge Mann der Kunst zu, der er von Jugend an seine besondere Neigung entgegenbrachte. Reichel hat u. a. zwei Opern „Fieber" und „Intermezzo" gedichtet und komponiert, die vom Leipziger und Mainzer Stadttheater zur Aufführung angenommen worden sind. Er war auch als Dramaturg und Opernregisseur am Münchener Hoftheater, an der Wiener Volksoper und am Staatstheater in Berlin tätig. Kurz nach dem Kriege erschien in einem großen Berliner Verlag ein Buch von ihm, in dem er u. a. erzählt, wie er von der Obersten Heeresleitung als Kurier zu König Karol von Rumänien geschickt worden sei und mit dem alten König und dessen Nachfolger Unterredungen gehabt hätte.

Die Straftaten des Angeklagten begannen, als er seine letzte künstlerische Tätigkeit bei den Stadttheatern in Düsseldorf und Duisburg angeblich wegen Ueberarbeitung aufgeben mußte. Er erzählte vertrauensseligen Leuten von großen Erbschaften und konnte so seine ungedeckten Schecks an den Mann bringen. In Berlin schädigte er verschiedene Geschäftsleute um Wohnungsgegenstände. Die Tatsache seiner nahen Verwandtschaft mit dem Fürsten Bülow verschaffte ihm überall ein geneigtes Ohr. Seine Schwindeleien brachten ihm u. a. in Spremberg neun Monate Gefängnis ein; auch in der Schweiz wurde er wiederholt wegen Betruges bestraft.

„Was ich getan habe, ist im Grunde Wahnsinn", erklärte der Angeklagte seinen Richtern. Nach dem Urteil der gerichtlichen Sachverständigen ist Reichel eine stark phantastisch eingestellte Natur; sein Optimismus sei kaum zu übertreffen. Wenn er sich etwas in den Kopf setze, gehe er rücksichtslos vor. § 51 komme für ihn nicht in Frage.

Im Laufe der Verhandlung kamen auch mehrfache Renommistereien des Angeklagten zur Sprache. Typisch für diese Charaktereigenschaft Reichels ist eine gelegentliche Aeußerung von ihm: „Wenn man beim Theater ist, muß man für Propaganda sorgen". — Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen. Reichel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Großfeuer in Augsburg.

Am Freitag abend brach im Sägewerk der Holzverarbeitungs-Aktiengesellschaft in Augsburg aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, das das weit ausgedehnte Unternehmen mit allen Abteilungen, Maschinen, Lagerräumen und Lagerbeständen, sowie einer neuen Parkett-Lagerhalle vernichtete. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Große Unwetterverwüstungen in Mecklenburg.

Aus dem südlichen Mecklenburg werden große Unwetterverwüstungen gemeldet. In Grabow und Umgegend wurden Dächer vom Wirbelsturm abgedeckt und fortgeschleudert. Vielfach wurden starke Bäume wie Streichhölzer geknickt. Die Landstraßen sind streckenweise unpassierbar geworden. Besonders arg sind die Obstgärten betroffen worden. Obstbäume liegen in großer Zahl entwurzelt am Boden. Menschen haben bisher — abgesehen von einer Frau, die einen Armbruch durch Herabfallen eines Astes erlitt — keinen Schaden davongetragen.

Mord und Selbstmord.

In Nette im Kreise Marienburg tötete ein Sohn des Gemeindevorstehers seinen Bruder und nahm sich hierauf selbst das Leben.

Ueberschwemmungsunglück im Staate Missouri.

Bei Poplarbluff, einem Städtchen in Missouri, ist der Fluß St. Franzis aus seinen Ufern getreten und hat meilenweit das Land überschwemmt. Bei Kennet, 50 Kilometer südlich von Poplarbluff, hat der Fluß bereits eine Breite von fünf Meilen erreicht.

Folgenschwere Explosion eines Granatzünders.

Sonnabend mittag 12 Uhr hantierte der auf einer Zeche als Abschlepper beschäftigte 18jährige Wilhelm Möllbeck in der elterlichen Wohnung in Essen mit dem scharfen Zünder einer Granate. Als die in der Küche anwesende Mutter ihm dies verbot, ging er in die Toilette und klopfte dort weiter an dem Zünder herum. Kurz darauf erfolgte eine heftige Explosion, bei der dem jungen Mann beide Beine und ein Unterarm abgerissen wurde. Außerdem trug der Verunglückte schwere Verletzungen am Kopf und Oberkörper davon, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Schwere Gewitter

sind über Pommern niedergegangen; am schwersten ist diesmal der Kreis Demmin betroffen worden. Das Getreide liegt auf den Feldern wie gewalzt. Mehrere Arbeiterinnen wurden durch Hagelkörner verletzt. Im Kreis Greifenhagen wurde eine Frau vom Blitz getötet. — In Döberitzfelde-Abbau im Kreis Deutsch-Krone wurde die Mauer eines Neubaues durch einen Gewittersturm umgelegt. Zwei Maurer wurden unter den Trümmern begraben und schwer verletzt. In Tempelburg, Kreis Neustadt, wurden durch Sturm und Hagel etwa 1000 Fensterscheiben zertrümmert.

Auch in der Steiermark wütete ein schweres Unwetter. Die Felder in der Umgegend von Graz sind durch Hagelschlag völlig vernichtet worden. Durch den Einsturz einer 70 Meter langen Ziegelhütte fanden zwei Arbeiterinnen den Tod, vier andere wurden schwer verletzt.

105 000 Mark unterschlagen

hatte der Bankier Geffers aus Helmstedt im Braunschweigischen. Er veruntreute in der Hauptsache Gelder seiner Kunden. Ihm übergebene Wertpapiere machte er zu Geld, um davon herrlich und in Freuden leben zu können. Für sich selbst verbrauchte er etwa 25 000 Mark jährlich, trotzdem er in einer Kleinstadt lebte. Geschädigt sind in erster Linie Beamte und Witwen. Die Kunden erstatteten schließlich Strafanzeige gegen den gewissenlosen Bankier. Geffers wurde vom Schöffengericht Braunschweig zu einem Jahr 10 Monaten Zuchthaus verurteilt. Sein Prokurist Schrader, der von den Unterschlagungen Kenntnis hatte, erhielt einen Monat Gefängnis. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt.

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" zum Europaflug gestartet.

Nach fünfmaligen Startversuchen ist das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" Sonntag, 12 Uhr 21 Minuten, amerikanischer Zeit, in Tropassey bei westlichem Winde zum Europaflug gestartet.

Klare Sicht und starke Westwinde sind dem Fluge günstig. Die Wettermeldungen vom Atlantik sind gleichfalls gut. Die „Freundschaft" ist mit einer drahtlosen Einrichtung ausgerüstet und benutzt für ihre Mitteilungen die Zeichen W.O.X., Länge 600 Meter. Das Ziel des Flugzeuges stand bei dem Start noch nicht fest. Der Pilot dieses Flugzeuges beabsichtigt in England zu landen. An Bord des Flugzeuges befindet sich außer dem Piloten Stultz der Pilot Ellsworth. Die Fliegerin Ehrhardt ist Begleiterin.

Die Ozean-Flieger im Hafen von Cherbourg angekommen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist der „Kolumbus" des Norddeutschen Lloyd mit den Ueberseefliegern Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice sowie ihren Gattinnen im Hafen von Cherbourg zu halbstündigem Aufenthalt eingetroffen.

Ein neuer Flugweltrekord in Amerika.

Der amerikanische Marineflieger Arthur Gavin hat bei Philadelphia einen neuen Höhenweltrekord für Wasserflugzeuge mit einer Ladung von 1000 Kilo aufgestellt. Gavin erreichte eine Höhe von 6170 Meter, was etwa 700 Meter über dem letzten kürzlich gleichfalls von einem amerikanischen Marineflieger aufgestellten Rekord liegt.

Zwei amerikanische Städte vom Tornado fast gänzlich zerstört.

Der südliche Teil der Provinz Oklahoma wurde am Sonnabend von einem schweren Tornado heimgesucht. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden die beiden Städte Blair-Mountain-Park und Snyder. Die Bewohner von Blair konnten noch vor der später eintretenden Unterbrechung aller Verbindungen Hilferufe aussenden. Danach scheint es, daß die Stadt so gut wie ganz zerstört ist und die Verwüstungen ungeheuer sind. 200 freiwillige Helfer sind sofort zur ersten Hilfeleistung entsandt worden. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken. Fest steht einstweilen nur, daß 3 Personen getötet und 15 verletzt wurden. In Snyder wurden 50 Häuser zerstört. Von dem Tornado wurde ein 6 Meilen breites Gebiet im südwestlichen Oklahoma betroffen.

Die Stadt Mexiko vom Erdbeben heimgesucht

Die Stadt Mexiko wurde am Sonnabend abend von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das um 9,22 Uhr begann und etwa 7 Minuten anhielt. Die Stadt war längere Zeit ohne Licht. Der Materialschaden scheint beträchtlich zu sein. Ob Menschen zu Schaden gekommen sind, steht im Augenblick noch nicht fest.

Nach ergänzenden Meldungen aus Mexiko-Stadt ist durch das Erdbeben am Sonnabend abend besonders die Stadt Oadaca heimgesucht worden. Zahlreiche Gebäude, die durch kürzliche Erderschütterungen bereits rissig geworden waren, sind jetzt ganz zusammengestürzt. Nach einem noch unbestätigten Bericht sind auch drei Personen getötet worden. Die Erderschütterungen wurden in einer Reihe mexikanischer Staaten verspürt.

Hochwasserunglück auch im Staate Arkansas.

Bei Newport im Staate Arkansas hat der Weiße Fluß den Stevensdamm durchbrochen und ein großes Gebiet überschwemmt. Hunderte von Familien flüchteten in die höher gelegenen Gegenden und die Städte Tupeko, Weldon, Shoffner und Auverne sind in Gefahr, unter Wasser gesetzt zu werden.

Familien-Drama.

In der Nähe von Neustadt (Danziger Korridor) hat der Landwirt Kasimir Kos, der mit seiner Familie in ständigem Unfrieden lebte, seine Ehefrau und beide Kinder ermordet. Nach der Tat stürzte er sich in einen Brunnen und ertrank.

Trauriges Ende einer Hochzeitsfeier.

In einem Dorfe bei Stryj sind auf einer Hochzeit nach dem Genuß von selbstbereiteten Likören 50 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Zu den Likören wurden verschiedene Essenzen und Farben verwendet, die nicht für Genußmittel bestimmt waren. Von den 50 Erkrankten wurden 16 in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus überführt.

Ein sensationeller Brandstiftungsprozeß,

der im Wiederaufnahmeverfahren die Wiener Geschworenen eine Woche lang beschäftigte, fand am Sonnabend sein Ende. Im Oktober vorigen Jahres war vom Schwurgericht St. Pölten die Frau des Gemeindevorstehers eines größeren Dorfes in Niederösterreich wegen Anstiftung zur Brandlegung zu 12 Jahren Kerker verurteilt worden. Die Frau wurde jetzt von den Wiener Geschworenen freigesprochen.

Ein neuer Weltrekord im 100 und 200 Meter-Lauf.

Bei den amerikanischen Ausscheidungskämpfen im 100 und 200 Meter-Laufen für die olympischen Spiele in Los Angelos erreichte der 18jährige Schüler Wykoff beide Male den von Paddock aufgestellten Weltrekord. Paddock war jeweils Zweiter. Leighton Dye-Los Angelos stellte im 110 Meter-Hürdenrennen mit 14⅘ Sekunden einen neuen Weltrekord auf.

Drahtloser Dienst Kanada—Australien.

Zwischen Kanada und Australien wurde am Freitag ein drahtloser Dienst eröffnet. Der kanadische Ministerpräsident tauschte mit Präsidenten von australischen Bundesstaaten Grüße aus.

Bergungsversuche der Ladung eines im Weltkriege versenkten Dampfers.

Der italienische Dampfer „Artiglio" hat St. Nazaire verlassen, um sich nach der Höhe von Belle Isle en Mer zu begeben, wo im September 1917 der belgische Dampfer „Elisabeth-ville" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt wurde. Der „Artiglio" hat Vorrichtungen an Bord, die es Tauchern gestatten, bis zu einer Tiefe von 150 Metern zu arbeiten und die Edelsteinladung, die sich auf der „Elisabeth-ville" befand, zu bergen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren angenommen.

Der Konventionsentwurf über das Mindestlohnverfahren wurde am Freitag von der Arbeitskonferenz in der Gesamtabstimmung mit 75 gegen 27 Stimmen angenommen. Für den Entwurf stimmten die Arbeitnehmer und viele Regierungen, so Deutschland, gegen ihn stimmten alle Arbeitgeber und die Regierungsvertreter von Ungarn und Jugoslawien, während sich die Regierungen von Oesterreich, Dänemark, Japan, Polen und der Tschechoslowakei der Stimme enthielten. Vorher hatte der deutsche Bekleidungsarbeiter Stühmer zweimal bei der Beratung der einzelnen Artikel eingegriffen, um Verschlechterungen durch die Arbeitgeber zurückzuweisen. So wurde ein Antrag des Syndikus des deutschen Textilindustrie-Verbandes, Dr. Gärtner, in den allgemeinen Teil einen Passus über die Berücksichtigung der Konkurrenzlage und lokalen Verhältnisse für die eventuelle Festsetzung von Mindestlöhnen einzusetzen, abgelehnt.

Die Arbeitskonferenz behandelte sodann den Fragebogen und zwei Resolutionen, die die Unfallverhütungs-Kommission ausgearbeitet hatte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dem Bericht der Kommission Erklärungen hinzugefügt, in denen sie Einwände gegen einzelne Fassungen erheben, ohne deshalb das Gesamtresultat der Kommissionsberatungen abzulehnen. Während die Arbeitgeber sich u. a. dagegen wenden, daß die Staaten gefragt werden, wenden sich die Arbeitnehmer dagegen, daß in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich auf die Gewerkschaften verwiesen wird. Der Sekretär des ADGB., Sachs, wandte sich in einer groß angelegten Rede gegen die Ignorierung der Gewerkschaftswünsche durch viele Ausschußmitglieder. Die eine Entschließung, von der englischen Regierung eingebracht, tritt für die Förderung der Volksaufklärung über die Unfallgefahr ein, die andere ersucht das Arbeitsamt, sein Material über Unfallbekämpfung zu vervollständigen. Die Vollversammlung nahm mit 46 gegen 32 Stimmen einen Zusatz der dänischen Regierung an, der die Staaten fragt, wieweit sie für eine Klausel eintreten würden, die den Verkauf und Export ungeschützter Maschienen verbietet. Der Antrag, der von einer der wenigen Frauen der Konferenz, der dänischen Fabrikinspektorin Frau Giverfelt, begründet wurde, stützt sich auf eine Bestimmung des dänischen Fabrikgesetzes von 1913, nach der bei Unfällen an ungeschützten Maschinen Verkäufer und Hersteller der Maschine zum Schadenersatz herangezogen werden können. Die Anregung zu dieser Bestimmung, mit der Dänemark gute Erfahrungen gemacht hat, fand die Billigung der Arbeitnehmer und wurde von der deutschen Regierung warm unterstützt. Sie ließ darauf hinweisen, daß das in Vorbereitung befindliche deutsche Fabrikschutzgesetz eine ähnliche Bestimmung vorsieht. Der gesamte Fragebogen wurde mit 94 gegen 5 Stimmen, die Entschließungen ohne Widerspruch angenommen. Damit ist die weitere Behandlung der Unfallverhütung auf der Arbeitskonferenz 1929 gesichert. Am Sonnabend werden die endgültigen Abstimmungen, sowohl über das Mindestlohnverfahren, wie über den Unfall-Fragebogen, stattfinden.

* * *

Der deutsche Gewerkschaftsvertreter Sachs äußerte am Freitag in der Internationalionalen Arbeitskonferenz in scharfer Weise die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit der Haltung der Arbeitgeber und eines Teils der Regierungen. Er führte u. a. aus:

„Die Arbeitergruppe hat in einer Erklärung zum Ausschußbericht ihre Stellungnahme präzisiert. Einiges Grundsätzliche muß hervorgehoben werden. In einer zweitägigen Generaldebatte hat man viele schöne Worte über die Notwendigkeit der Förderung der Unfallverhütung gefunden. Die Generaldebatte klang in einen Appell an die Oeffentlichkeit aus, in einen Appell an alle Kreise, mitzuhelfen, die Gefahren der Arbeit zu bekämpfen und die Unfälle einzuschränken. Die Ausschußberatungen ergaben ein anderes Bild. Wir Arbeitervertreter haben wiederholt feststellen müssen, daß der Gruppe der Unternehmer, unterstützt von einem Teil der Regierungsvertreter, eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung unerwünscht war. Bei der Beratung des Fragebogens sind alle Anträge der Arbeitergruppe, die Gewerkschaften am Werk der Unfallverhütung direkt zu beteiligen, abgelehnt worden. Obwohl in der Generaldebatte alle Kreise der Bevölkerung zur Mitarbeit an diesem Werk aufgerufen wurden, hat man durch die Ausschußbeschlüsse die Gewerkschaften, als die unmittelbarst Interessierten, von der künftigen Mitarbeit ferngehalten. Durch die Ablehnung unserer Anträge werden Sie die Gewerkschaften nicht beseitigen. Ebensowenig werden dadurch unsere Forderungen hinfällig. Was Sie erreichen, ist das Gegenteil. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln, um früher oder später doch zu dem uns gesteckten Ziel zu kommen. Durch die Ablehnung unserer Anträge gefährden Sie jedoch den Erfolg des großen Werkes der Unfallverhütung, zu dessen Förderung wir hier zusammengekommen sind. Es ist sonderbar, daß im Rahmen einer internationalen Arbeitskonferenz, deren Arbeiterdelegierte die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft aller Länder sind, ein Fragebogen über Unfallverhütung ausgestellt wird, aus dem mit Fleiß und Geschick jedes Wort entfernt worden ist, aus welchem eine Mitwirkung der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unfallverhütung hergeleitet werden könnte.

Nicht nur die Ausschaltung der Gewerkschaften war das Ziel eines Teils der Ausschußmitglieder; noch ander Absichten traten hervor. Was würde von der Unfallverhütung noch übrig bleiben, wenn den Wünsche der Unternehmergruppe Rechnung getragen worden wäre, die Frage über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestschutzes zu streichen? Das haben wir verhindern können. Wir halten den gesetzlichen Mindestschutz für eine Notwendigkeit, die kein Unternehmer als drückend empfinden könnte, wenn er Verständnis für die Sicherheit der bei ihm beschäftigten Arbeiter besäße. Die Unfallverhütung kann auf solchem Wege nicht gefördert werden. Sie kann nur auf der Grundlage gleichberechtigter Mitwirkung aller Beteiligten erfolgreich gestaltet werden. In Deutschland beginnt die erstrebte Mitwirkung der Gewerkschaften sich durchzusetzen. Das ist ein Beweis, daß man bei genügend gutem Willen zur Zusammenarbeit zu positiven Ergebnissen kommen kann. Die Behauptung, daß ein Arbeiter über zu geringe Kenntnisse verfüge und nicht die erforderliche Eignung als Arbeitsaufsichtsbeamter besitze, hat sich als unbegründet erwiesen. Wenn der Vertreter der deutschen Arbeitgeber diese Behauptung wieder aufgestellt hat, so muß ich hier erklären, daß sie nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Wir deutschen Gewerkschaftler werden unserem Ziel, der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften einen größeren Einfluß zu verschaffen, mit aller Zähigkeit entgegenstreben, und wir hoffen, daß, wenn wir damit Erfolg haben, auch der Unfallverhütung auf internationaler Basis gedient wird. Wir sollten nicht das Land, welches den geringsten Schutz hat, als Maßstab wählen. Unser Blick muß nach vorn gerichtet sein. Würde so verfahren, dann würde die Konferenz nicht nur der Auftakt zu einer wirksamen Unfallverhütungs-Propaganda werden, sondern wir könnten dann ein Ergebnis internationaler Unfallverhütung verzeichnen, mit dem alle zufrieden wären."

Vormarsch in der Grobkeramik.

Die freigewerkschaftliche Organisation der Grobkeramik im Keramischen Bund marschiert. Im April umfaßte sie 93 000 Mitglieder, heute ist der Mitgliederstand bereits über 100000 hinaufgegangen. In Gegenden, in denen vor einigen Jahren von der Organisation fast keine Spur vorhanden war, zeigen sich heute bereits kräftige Ansätze. So zählt z. B. der Bezirk Königsberg in Ostpreußen, wo 1925 ganze 80 Mitglieder vorhanden waren, heute bereits 500 Mitglieder allein in der Ziegeleiindustrie. Im Kreis Insterburg existierte kein Lohn- und kein Manteltarif; heute sind bereits 40 Werke vom Tarifvertrag erfaßt. Auch in Süddeutschland, wo bisher die Organisationsverhältnisse in der Grobkeramik wenig erfreulich waren, zeigen sich jetzt Ansätze zur Besserung.

Erfreulich und lehrreich ist dieser Organisationsfortschritt in der Grobkeramik. Er zeigt besonders eindrucksvoll, wie das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung auch unter den Ungelernten und Unorganisierten wächst. Die Grobkeramik umfaßt hauptsächlich ungelernte Arbeiter; sie wechseln sehr häufig ihren Arbeitsplatz und sind deshalb besonders schwer zu organisieren oder bei der Organisation zu halten. Davon hatte der Unternehmer bisher die größten Vorteile. Ueberall, wo die Arbeiterschaft der Organisation den Rücken gekehrt hatte, waren Lohnabzüge an der Tagesordnung. Wo die Arbeiterschaft der Organisation treu blieb, gelang es, die Angriffe der Arbeitgeber auf den Lohnstand abzuwehren. Bereits 1927 konnten die Löhne der Grobkeramik dank der Tarifbewegung der Organisation gesteigert und durchschnittliche Stundenlohnerhöhungen von 6 Pf. in der Spitze herausgeholt werden.

Bemerkenswert ist auch der Fortschritt in der Erkenntnis, daß Reichstarife besser sind als Sondertarife. Um einiger Pfennige willen haben sich die Arbeiter bisher vielfach zu Sondertarifen verleiten lassen. Allmählich begreifen sie, daß Augenblicksvorteile oft sehr zweifelhafte Vorteile sind, daß man weiter sehen muß. Wie umfangreich das Tarifgebiet in der Grobkeramik ist, läßt sich daran ermessen, daß 1927 noch etwa 270 Lohntarife abgeschlossen werden mußten. Die größte Zahl der abgeschlossenen Tarife waren Werksverträge. Die Unternehmer, gleichgültig ob Ziegel- oder Zementunternehmer, sind ja von jeher keine Freunde von Tarifverträgen und, so sehr sie sonst den Zusammenschlußgedanken vertreten, in Tariffragen möchten sie am liebsten mit jedem einzelnen Mann einen Vertrag abschließen. Auf diese Tariffeindschaft der Unternehmer ist die große Tarifzersplitterung in der Grobkeramik zurückzuführen. Der Organisation gelang es jedoch trotzdem, bei der neuen Tarifbewegung in den meisten Fällen die Löhne der Werksverträge den Löhnen der Bezirksverträge anzugleichen. Auch bei der Festsetzung der übrigen Arbeitsbedingungen haben bisher die Unternehmer immer auf Dezentralisation hingearbeitet. So bestanden 1927 auch nicht weniger als zweihundert Manteltarife. Im Jahre 1928 wurde immerhin in mehreren Bezirken eine größere Anzahl Einzelunternehmen in einheitlichen Verträgen zusammengefaßt, so z. B. verschiedene Einzelwerke der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G. Charlottenburg, und im Bezirk Hannover einige Kalkwerke. Ebenso gelang es in einer Reihe von Betrieben, wo bisher keine Tarifvertragsverhältnisse bestanden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

Es lag das nur daran, weil die Organisation gegenüber 1927 Fortschritte gemacht hatte, weil der Verband, wie die neuesten Zahlen zeigen, immer kräftiger marschiert.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs im Rheinschiffahrtsstreit

Wie die „Kölnische Volkszeitung erfährt, hat der Reichsarbeitsminister den von ihm am 4. Juni d. Js. im Rheinschiffahrtsstreit gefällten Schiedsspruch am Sonnabend für verbindlich erklärt.

Englands Regierung und der Achtstundentag

London, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Frage der Arbeiterpartei über die Ratifikation der Washingtoner Konvention antwortete der Arbeitsminister, er habe den bei früheren Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen der Regierung über die Möglichkeit einer Ratifikation nichts hinzuzufügen. Die Arbeiterpartei ließ daraufhin fragen, ob mit der Verzögerung nicht die Absicht verfolgt werde, Abänderungen der Konvention durchzusetzen. Der Arbeitsminister erwiderte, die Regierung wünsche eine „arbeitsfähige Konvention". Sie wünsche, daß die vom Internationalen Arbeitsamt geplante Rundfrage an die Regierungen bald fertiggestellt und ebenso schnell die Antworten erteilt würden.

Wirtschaft.

Kollektivarbeit und Lebensbedingungen.

Kellerräume und Ställe dienen als Wohnungen.

Die Veröffentlichungen des Enquêteausschusses über die Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Steinkohlenbergbau hat sicherlich enttäuscht. Der Ausschuß ist bekanntlich zu dem Ergebnis gekommen, daß wohl Zusammenhänge zwischen Veränderung der Arbeitszeit und der Intensität menschlicher Arbeit bestehen; er mußte aber feststellen, daß diese Zusammenhänge für die hinter uns liegende Periode größter technischer und organisatorischer Wandlung gegenüber den Einwirkungen anderer Faktoren weit zurücktreten. Wenn der in Frage kommende Unterausschuß zur Begründung dieser, schon bisher nicht ganz unbekannten Tatsache einen Materialband von 320 Seiten füllt, mag das etwas reichlich erscheinen. Der sorgfältigen und gewissenhaften Arbeit verdanken wir aber eine Fülle von Einzelheiten, die für die Schilderung der Arbeit und der Lage der Arbeiterschaft im Steinkohlenbergbau wertvoll sind.

Es sollen hier nur zwei Beispiele herausgegriffen werden. Der Bericht des Enquêteausschusses enthält z. B. eine eingehende Darlegung über neu eingeführte Maschinen im Bergbau (Schrämmaschinen, Schüttelrutschen, Bohr- und Abbauhämmer). Es ergeben sich dabei allgemeine Gesichtspunkte für die Arbeitsumgestaltung durch die Maschinen. So ist z. B. die Schüttelrutsche ein Beispiel dafür, wie die Einführung einer veränderten Transporttechnik im Betrieb zu einer veränderten Betriebsorganisation und damit zu einer verstärkten Bedeutung der Kollektivarbeitsleistung gegenüber dem freien Spielraum des Einzelarbeiters führt. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Da die Schüttelrutsche ein Transportmittel ist, dessen Betrieb nicht an eine bestimmte Menge des zu fördernden Gutes gebunden ist, könnte man anzunehmen geneigt sein, daß durch ihre Einführung die Zusammenhänge zwischen den individuellen Arbeitsleistungen der Arbeiter, besonders der Hauer, und dem Produktionseffekt in keiner Weise verändert worden sind. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu, da die Einführung der Schüttelrutsche eine Betriebsorganisation mit sich brachte, die der gesamten Belegschaft je einer Betriebsabteilung ein Pensum Arbeit auferlegte. Obwohl also an sich der einzelne Arbeiter am einzelnen Arbeitspunkt in der Lage wäre, mehr oder weniger zu leisten, wird ihm dies unmöglich gemacht, indem die Betriebsorganisation ihm ein festes Pensum vorschreibt. Damit wird es den einzelnen Individuen unmöglich gemacht, auf den Produktionseffekt des Betriebes einen Einfluß auszuüben; aber dies bedeutet nicht, daß nun die Intensität der beteiligten menschlichen Arbeitskraft überhaupt unverändert geworden wäre, sondern nur, daß sie nur kollektiv zum Ausdruck kommt und im einzelnen Fall stets eine ausdrückliche Maßnahme der Betriebsleitung erfordert; diese Maßnahme besteht darin, daß zur Verrichtung eines bestimmten Arbeitspensums die Größe der Belegschaft verändert wird."

Diese Ausführungen sind zweifellos wichtige Darlegungen, aus denen sich die fortschreitende Entwicklung zur Kollektivarbeit erkennen läßt. Wie sehr diese Entwicklung mit besseren Lebensbedingungen zusammenhängt, dürfte allgemein bekannt sein. Wir greifen ein weiteres Beispiel heraus, um zu zeigen, wie schlecht es in Deutschland um diese Lebensbedingungen bestellt ist. Es handelt sich bei dem Beispiel um ein Gebiet, das sich gegenüber der Vorkriegszeit am stärksten verschlechtert hat, nämlich um die Wohnungsverhältnisse. Auf Grund von Untersuchungen auf den Werken selbst kommt der Enquêteausschuß zu folgenden Feststellungen:

„Eine große Zahl der Werkswohnungen war nicht nur von je einer Familie, sondern von mehreren Familien bewohnt, indem z. B. die verheirateten Kinder bei den Eltern des Mannes oder der Frau wohnen blieben oder andere Aftermieter aufgenommen wurden.

Die Aufnahme von Aftermietern durfte zwar eigentlich nur mit Zustimmung der Werksleitung geschehen und die Zustimmung wurde nur erteilt, wenn es sich um Werkszugehörige handelte, aber die Einholung der Zustimmung wurde oft umgangen.

Die Belegung der Werkswohnungen darf daher durchgängig als zu eng angesehen werden . . . .

Die zu enge Belegung der Wohnungen brachte es nicht nur mit sich, daß zu viele Personen auf ein Zimmer entfielen, und daß z. B. der aus der Nachtschicht heimkommende Arbeiter in demselben Zimmer schlafen mußte, in dem auch gekocht und gewaschen wurde, sondern auch, daß zu viele Personen sich in ein Bett teilen mußten. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß solche Zustände nicht nur die Sittlichkeit gefährdeten, sondern für den Gesundheitszustand, die Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit schädlich waren.

Bei den oberschlesischen Gruben hatten sich die Wohnungsverhältnisse insbesondere wegen des Zustroms von Flüchtlingen aus Ostoberschlesien verschlechtert, und auch Kellerräume und Ställe wurden als Wohnungen verwendet. Oft lebten zwei bis drei Familien in einem Zimmer oder drei bis vier Familien in einer aus einem Zimmer und einer Küche bestehenden Wohnung."

Es war nicht Aufgabe des in Frage kommenden Unterausschusses, die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiterschaft im Steinkohlenbergbau zu untersuchen. Aus dem, was wir oben bereits über den Zusammenhang zwischen Kollektivarbeit und Lebensbedingungen gesagt haben, geht aber die Wichtigkeit guter Lebensbedingungen für die Arbeitsintensität hervor. Deshalb können wir dem Enquêteausschuß für diese Veröffentlichung nur danken. Sie ist geeignet, das Gewissen der Oeffentlichkeit zu schärfen und auf die dringliche soziale Forderung aufmerksam zu machen, die Arbeiterwohnverhältnisse zu bessern. Unsere ganze Umstellung ist bereits seit längerem dem technischen Stadium entwachsen und erfordert vor allem bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, um den erreichten Grad der Arbeitsintensität zu behaupten und zu steigern. Von der Gestaltung der sozialen Verhältnisse dürfte die ganze Entwicklung auf dem Gebiet der Leistungssteigerung abhängen.

Emission einer neuen preußischen Staatsanleihe.

Wie die Preußische Staatsbank (Seehandlung) durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst mitteilt, hat das bekannte unter ihrer Führung stehende Preußenkonsortium vom Preußischen Staat 50 Millionen Reichsmark 6prozentige mit 110 Prozent auslosbare preußische Staatsanleihe fest übernommen. Die Anleihe lautet auf Feingoldbasis. Die Auslosungen finden vom Jahre 1934 ab in 10 gleichen jährlichen Raten statt. Es ist in Aussicht genommen, die Anleihe noch im Laufe des Juni zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen.

Die amtliche Großhandels-Richtzahl vom 13. Juni 1928.

Berlin, 16. Juni. Die auf den Stichtag des 13. Juni berechnete Großhandels-Richtzahl des statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,3 v. H. auf 141,2 (141,6) zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Richtzahl für Agrarstoffe um 0,8 v. H. auf 136,0 (137,1) nachgegeben. Die Richtzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat sich um 0,3 v. H. auf 134,9 (135,3) gesenkt. Die Richtzahl für industrielle Fertigwaren hat um 0,1 v. H. auf 158,9 (158,8) angezogen.

Dei Lage der polnischen Metallindustrie

hat sich im April dieses Jahres nach Mitteilungen des Verbandes der polnischen Metallindustriellen, wie folgt gestaltet: In den Lokomotivfabriken war die Lage wenig verändert. In den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen war der Beschäftigungsstand normal. Gegen Ende des Monats hielten die Grossisten mit Aufträgen für die Sommersaison zurück, ein Umstand, der auf den ungünstigen Saatenstand, sowie auf die unsicheren Preisverhältnisse für Rohmaterial zurückgeführt wird. In den Gießerei-Werkstätten hat sich die Beschäftigungslage infolge mehrfacher Streiks wesentlich verschlechtert. Daher ist auch die finanzielle Lage dieses Zweiges der polnischen Metallindustrie, die ohnehin schon unbefriedigend war, verschärft worden. In den Waggonfabriken ist die Situation weiterhin zufriedenstellend. In den Fabriken für Brückenbau und Eisenkonstruktionen erhofft man eine Belebung durch Regierungsaufträge. Bisher hat allerdings das polnische Verkehrsministerium für das laufende Haushaltsjahr noch keine Aufträge erteilt. Die Abteilungen für sanitäre Einrichtungen sehen der Zukunft mit Besorgnis entgegen, da die Arbeiter Lohnerhöhungen verlangen, welche die finanzielle Tragbarkeit übersteigen. In den Draht- und Nägelfabriken hat sich die Lage bedeutend verschlechtert. Was den Stand der Metallindustrie in den einzelnen Revieren anlangt, so wird von Lodz und Kalisch, sowie von Lublin normale Konjunktur gemeldet. In Posen, das bisher einen recht befriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, ist bei landwirtschaftlichen Maschinen eine Abschwächung der Produktion eingetreten. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß vielfach den Arbeitern erhebliche Lohnerhöhungen zugestanden werden mußten bzw. noch Lohnverhandlungen schweben.

Stand der Saaten Anfang Juni.

Für den Anfang Juni und den Bereich des Deutschen Reiches gibt das Statistische Reichsamt einen Saatenstandbericht heraus, der betont, daß das Wintergetreide die ungünstige Witterungsperiode gut überstanden hat. Der Weizen zeigt gegenüber dem Vormonat leichte Verbesserungen; der Stand der Sommersaaten befriedigt. Wenn 2 = gut, 3 = mittel und 4 = gering bedeutet, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Winterweizen 2,8 (im Vormonat 2,9), Winterroggen 3,1 (3,1). Sommerweizen 2,8, Sommerroggen 2,9, Winterspelz 2,5, [illegible]

Aus aller Welt

Montag, 18. Juni 1928

Krach um das Raketenflugzeug.

Zwischen den Opelwerken und den Raab-Katzenstein-Flugzeugwerken in Kassel, die längere Zeit gemeinsam an der Konstruktion eines Raketenflugzeuges gearbeitet haben, ist es zu einem Bruch gekommen. Am Sonnabend teilten die Raab-Katzenstein-Flugzeugwerke Mitteilungen über Vorgänge gemacht, die zu diesem Bruch führten. Darüber wird uns aus Kassel u. a. folgendes mitgeteilt:

Geplant war die Konstruktion zweier Raketenflugzeuge, mit denen man Stundengeschwindigkeiten von 800 bis 1000 Kilometer zu erreichen hoffte. In dem Vertrage war festgelegt, daß die Beteiligten keine Meldungen in die Presse bringen und ähnliche Verträge nicht mit anderen Gesellschaften abschließen dürfen. Die Raab-Katzenstein-Werke vertreten nun die Auffassung, daß Fritz von Opel gegen diesen Vertrag verstoßen habe. So wird ihm vorgeworfen, daß er sich mit der Rhön-Rositten-Segelfluggesellschaft in Verbindung setzte. Auch soll er die überziehenen Berichte, die von einem Teil der deutschen Presse gebracht wurden und die allerdings die Entwicklung der ganzen Angelegenheit nur ungünstig beeinflussen konnten, veranlaßt haben. Nachdem alle Versuche der Raab-Katzenstein-Werke, wie diese erklären, das Vertragsverhältnis mit Fritz von Opel aufrecht zu erhalten, gescheitert sind, wollen sie die Raketenflugzeugversuche auf eigene Faust weiterführen. Sie hoffen in kürzester Zeit schon den ersten Flug unternehmen zu können.

Gleichzeitig wird bekannt, daß Valier, einer der Konstrukteure des Opelschen Raketenwagens, in den Dienst der Raab-Katzenstein-Werke getreten ist. Valier wurde kurz vor der sensationellen Ausfahrt in Berlin von Fritz von Opel unter Umständen, die noch der Klärung bedürfen, entlassen.

Acht Streckenarbeiter zermalmt.

Auf der Eisenbahnstrecke Kattowitz—Warschau ereignete sich zwischen Bendzin—Dombrowa—Cornicza ein schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Eisenbahndamm arbeiteten zehn Arbeiter an der Ausbesserung der Gleise. Kurz nach 7 Uhr abends nahte ein Güterzug und überquerte die Brücke, die Bendzin mit Dombrowa verbindet. Trotz des Warnungssignals des Vorarbeiters gingen mehrere Arbeiter nicht die Böschung hinunter, sondern traten auf das Nebengleis, auf dem gerade der beschleunigte Personenzug Dombrowa—Bendzin heranbrauste. Acht Arbeiter wurden von der Lokomotive erfaßt. Sieben von ihnen wurden buchstäblich zermalmt, der achte starb während des Transportes nach dem Krankenhaus.

Drei Dörfer durch eine Windhose zerstört.

Die Umgebung der Stadt Rzeszow in Galizien ist von einer 14 Meter breiten Windhose heimgesucht worden. Drei Dörfer wurden fast vollkommen zerstört. In einem anderen Dorfe wurde ein Schulgebäude mit einer meteorologischen Station vernichtet. Außerdem sind sechs Morgen Wald der Katastrophe zum Opfer gefallen; die Bäume wurden mit den Wurzeln aus der Erde gerissen. Drei Bauern haben während des Sturms den Tod gefunden; einige Landleute, die gerade auf dem Felde arbeiteten, trugen schwere Verletzungen davon.

Ein schweres Automobilunglück,

das drei Todesopfer forderte, ereignete sich zwischen Stadthagen und Bad Nenndorf in der Provinz Hannover. Ein sechssitziger Wagen der Firma Lange & Hagemeier aus Minden prallte mit einem Fuhrwerk zusammen. Der Fuhrwerksbesitzer, der Chauffeur und der Prokurist der Firma wurden sofort getötet; der Firmeninhaber Hagemeier wurde schwer verletzt.

Mit dem Kraftwagen auf den Bürgersteig.

Am Sonnabend abend ereignete sich in Leipzig ein schweres Verkehrsunglück. Der Führer eines Privatkraftwagens wollte einem zu spät bemerkten Straßensperrschild dadurch ausweichen, daß er seinen schnell fahrenden Wagen in eine Nebenstraße ablenkte. Er verlor hierbei die Gewalt über den Wagen, der in eine auf dem Bürgersteig angesammelte Menschenmenge hineinfuhr, die in diesem Augenblick ein Lichtspiel-Theater verließ. Eine Frau wurde sofort getötet, während zwei andere Frauen so schwer verletzt wurden, daß sie kurz darauf starben. Der Kraftwagenführer, der von der Polizei nur mit Mühe vor der erregten Menschenmenge geschützt werden konnte, wurde verhaftet.

Ein russisches Munitionslager infolge Blitzschlags in die Luft geflogen.

In dem Sowjetrußland nahegelegenen Städtchen Wielki Chutorom ist ein Munitionslager infolge Blitzschlages in die Luft geflogen. Zwölf Gebäude wurden vollständig zerstört. Mehrere Personen, deren Zahl noch unbekannt ist, wurden getötet, eine weitere Anzahl schwer verletzt. Genaue Einzelheiten stehen zurzeit noch aus.

Explosionsunglück in einer Lackiererwerkstätte in Paris.

Kurz vor 12 Uhr ereignete sich in einer Lackiererwerkstätte auf dem Boulevard Voltaire in Paris ein Explosionsunglück, bei dem drei Arbeiter getötet, vier Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt und acht andere leicht verletzt wurden.

Die Junkersflugzeuge auf dem Fluge nach Kabul.

Sonnabend morgen traten die drei für Afghanistan bestimmten Junkersflugzeuge aus Berlin kommend auf dem Königsberger Flughafen ein, von wo aus sie noch heute den Flug nach Afghanistan über Rußland und Persien fortsetzen werden.

Anschlag auf ein Personenauto.

Als in der Nacht zum Sonnabend ein Kraftwagenführer fünf Fahrgäste auf seinem Auto durch den Stadtteil Barmbeck in Hamburg fuhr, stellten sich dem Wagen mehrere Männer in den Weg und zwangen den Fahrer, anzuhalten. Es entstand ein Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei und Messerstecherei ausartete. Hierbei erlitten vier Fahrgäste Messerstiche. Die Verletzten mußten in ein Krankenhaus gebracht werden, zwei von ihnen sind bereits wieder entlassen worden. Auch bei den übrigen dürfte unmittelbare Lebensgefahr nicht bestehen. Drei der Täter konnten im Laufe der Nacht festgenommen werden.

Der Hochstapler.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Sonnabend ein Betrugsprozeß gegen den 34jährigen Literarhistoriker und Oberregisseur Joachim von Reichel, einem Neffen des früheren Reichskanzlers Fürst Bülow. Reichel, der geständig ist, hat in 25 Fällen durch ungedeckte Schecks kostbare Wohnungseinrichtungen, wertvolle Gemälde und Skulpturen und eine kleine Flottille von 14 Motorbooten an sich gebracht. Gegen ihn liegen Auslieferungsanträge aus Konstantinopel und Monaco vor; in Monaco soll er einigen Damen Schmucksachen im Werte von 20 000 Mark abgeschwindelt haben.

Man steht vor einem Rätsel, wie der Angeklagte, ein Mann mit großen Fähigkeiten, auf die schiefe Bahn hat kommen können. Bis vor etwa 5 Jahren hatte er ein einwandfreies Leben geführt. Reichel entstammt einem ostpreußischen Adelsgeschlecht und wurde nach dem frühen Tod seiner Mutter bei seinem Großvater, einem General, erzogen. Als Gardeoffizier wurde er während des Krieges in einer geheimen Mission nach Rumänien und Konstantinopel entsandt. Dort blieb er als Militärattaché an der deutschen Botschaft. 1917 wurde er verabschiedet, weil er durch sein leichtsinniges Leben Anstoß erregt hatte. Nunmehr wandte sich der junge Mann der Kunst zu, der er von Jugend an seine besondere Neigung entgegenbrachte. Reichel hat u. a. zwei Opern „Fieber" und „Intermezzo" gedichtet und komponiert, die vom Leipziger und Mainzer Stadttheater zur Aufführung angenommen worden sind. Er war auch als Dramaturg und Operngegisseur am Münchener Hoftheater, an der Wiener Volksoper und am Staatstheater in Berlin tätig. Kurz nach dem Kriege erschien in einem großen Berliner Verlag ein Buch von ihm, in dem er u. a. erzählt, wie er von der Obersten Heeresleitung als Kurier zu König Karol von Rumänien geschickt worden sei und mit dem alten König und dessen Nachfolger Unterredungen gehabt hätte.

Die Straftaten des Angeklagten begannen, als er seine letzte künstlerische Tätigkeit bei den Stadttheatern in Düsseldorf und Duisburg angeblich wegen Ueberarbeitung aufgeben mußte. Er erzählte vertrauensseligen Leuten von großen Erbschaften und konnte so seine ungedeckten Schecks an den Mann bringen. In Berlin schädigte er verschiedene Geschäftsleute um Wohnungsgegenstände. Die Tatsache seiner nahen Verwandtschaft mit dem Fürsten Bülow verschaffte ihm überall ein geneigtes Ohr. Seine Schwindeleien brachten ihm u. a. in Spremberg neun Monate Gefängnis ein; auch in der Schweiz wurde er wiederholt wegen Betruges bestraft.

„Was ich getan habe, ist im Grunde Wahnsinn", erklärte der Angeklagte seinen Richtern. Nach dem Urteil der gerichtlichen Sachverständigen ist Reichel eine stark phantastisch eingestellte Natur; sein Optimismus sei kaum zu übertreffen. Wenn er sich etwas in den Kopf setze, gehe er rücksichtslos vor. § 51 komme für ihn nicht in Frage.

Im Laufe der Verhandlung kamen auch mehrfache Renommistereien des Angeklagten zur Sprache. Typisch für diese Charaktereigenschaft Reichels ist eine gelegentliche Aeußerung von ihm: „Wenn man beim Theater ist, muß man für Propaganda sorgen". — Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen. Reichel wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Großfeuer in Augsburg.

Am Freitag abend brach im Sägewerk der Holzverarbeitungs-Aktiengesellschaft in Augsburg aus unbekannter Ursache Großfeuer aus, das das weit ausgedehnte Unternehmen mit allen Abteilungen, Maschinen, Lagerräumen und Lagerbeständen, sowie einer neuen Parkett-Lagerhalle vernichtete. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Große Unwetterverwüstungen in Mecklenburg.

Aus dem südlichen Mecklenburg werden große Unwetterverwüstungen gemeldet. In Grabow und Umgegend wurden Dächer vom Wirbelsturm abgedeckt und fortgeschleudert. Vielfach wurden starke Bäume wie Streichhölzer geknickt. Die Landstraßen sind streckenweise unpassierbar geworden. Besonders arg sind die Obstgärten betroffen worden. Obstbäume liegen in großer Zahl entwurzelt am Boden. Menschen haben bisher — abgesehen von einer Frau, die einen Armbruch durch Herabfallen eines Astes erlitt — keinen Schaden davongetragen.

Mord und Selbstmord.

In Nette im Kreise Marienburg tötete ein Sohn des Gemeindevorstehers seinen Bruder und nahm sich hierauf selbst das Leben.

Ueberschwemmungsunglück im Staate Missouri.

Bei Poplarbluff, einem Städtchen in Missouri, ist der Fluß St. Franzis aus seinen Ufern getreten und hat meilenweit das Land überschwemmt. Bei Kennet, 50 Kilometer südlich von Poplarbluff, hat der Fluß bereits eine Breite von fünf Meilen erreicht.

Folgenschwere Explosion eines Granatzünders.

Sonnabend mittag 12 Uhr hantierte der auf einer Zeche als Abschlepper beschäftigte 18jährige Wilhelm Möllbeck in der elterlichen Wohnung in Essen mit dem scharfen Zünder einer Granate. Als die in der Küche anwesende Mutter ihm dies verbot, ging er in die Toilette und klopfte dort weiter an dem Zünder herum. Kurz darauf erfolgte eine heftige Explosion, bei der dem jungen Mann beide Beine und ein Unterarm abgerissen wurde. Außerdem trug der Verunglückte schwere Verletzungen am Kopf und Oberkörper davon, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Schwere Gewitter

sind über Pommern niedergegangen; am schwersten ist diesmal der Kreis Demmin betroffen worden. Das Getreide liegt auf den Feldern wie gewalzt. Mehrere Arbeiterinnen wurden durch Hagelkörner verletzt. Im Kreis Greifenhagen wurde eine Frau vom Blitz getötet. — In Döberitzfelde-Ausbau im Kreis Deutsch-Krone wurde die Mauer eines Neubaues durch einen Gewittersturm umgelegt. Zwei Maurer wurden unter den Trümmern begraben und schwer verletzt. In Tempelburg, Kreis Neustadt, wurden durch Sturm und Hagel etwa 1000 Fensterscheiben zertrümmert.

Auch in der Steiermark wütete ein schweres Unwetter. Die Felder in der Umgegend von Graz sind durch Hagelschlag völlig vernichtet worden. Durch den Einsturz einer 70 Meter langen Ziegelhütte fanden zwei Arbeiterinnen den Tod, vier andere wurden schwer verletzt.

105 000 Mark unterschlagen

hatte der Bankier Geffers aus Helmstedt im Braunschweigischen. Er veruntreute in der Hauptsache Gelder seiner Kunden. Ihm übergebene Wertpapiere machte er zu Geld, um davon herrlich und in Freuden leben zu können. Für sich selbst verbrauchte er etwa 25 000 Mark jährlich, trotzdem er in einer Kleinstadt lebte. Geschädigt sind in erster Linie Beamte und Witwen. Die Kunden erstatteten schließlich Strafanzeige gegen den gewissenlosen Bankier. Geffers wurde vom Schöffengericht Braunschweig zu einem Jahr 10 Monaten Zuchthaus verurteilt. Sein Prokurist Schrader, der von den Unterschlagungen Kenntnis hatte, erhielt einen Monat Gefängnis. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt.

Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" zum Europaflug gestartet.

Nach fünfmaligen Startversuchen ist das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" Sonntag, 12 Uhr 21 Minuten, amerikanischer Zeit, in Tropassey bei westlichem Winde zum Europaflug gestartet.

Klare Sicht und starke Westwinde sind dem Fluge günstig. Die Wettermeldungen vom Atlantik sind gleichfalls gut. Die „Freundschaft" ist mit einer drahtlosen Einrichtung ausgerüstet und benutzt für ihre Mitteilungen die Zeichen W.O.X., Länge 600 Meter. Das Ziel des Flugzeuges stand bei dem Start noch nicht fest. Der Pilot dieses Flugzeuges beabsichtigt in England zu landen. An Bord des Flugzeuges befindet sich außer dem Piloten Stultz der Pilot Ellsworth. Die Fliegerin Ehrhardt ist Begleiterin.

Die Ozean-Flieger im Hafen von Cherbourg angekommen.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist der „Kolumbus" des Norddeutschen Lloyd mit den Ueberseefliegern Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice sowie ihren Gattinnen im Hafen von Cherbourg zu halbstündigem Aufenthalt eingetroffen.

Ein neuer Flugweltrekord in Amerika.

Der amerikanische Marineflieger Arthur Gavin hat bei Philadelphia einen neuen Höhenweltrekord für Wasserflugzeuge mit einer Ladung von 1000 Kilo aufgestellt. Gavin erreichte eine Höhe von 6170 Meter, was etwa 700 Meter über dem letzten kürzlich gleichfalls von einem amerikanischen Marineflieger aufgestellten Rekord liegt.

Zwei amerikanische Städte vom Tornado fast gänzlich zerstört.

Der südliche Teil der Provinz Oklahoma wurde am Sonnabend von einem schweren Tornado heimgesucht. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden die beiden Städte Blair-Mountain-Park und Snyder. Die Bewohner von Blair konnten noch vor der später eintretenden Unterbrechung aller Verbindungen Hilferufe aussenden. Danach scheint es, daß die Stadt so gut wie ganz zerstört ist und die Verwüstungen ungeheuer sind. 200 freiwillige Helfer sind sofort zur ersten Hilfeleistung entsandt worden. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken. Fest steht einstweilen nur, daß 3 Personen getötet und 15 verletzt wurden. In Snyder wurden 50 Häuser zerstört. Von dem Tornado wurde ein 6 Meilen breites Gebiet im südwestlichen Oklahoma betroffen.

Die Stadt Mexiko vom Erdbeben heimgesucht

Die Stadt Mexiko wurde am Sonnabend abend von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das um 9,22 Uhr begann und etwa 7 Minuten anhielt. Die Stadt war längere Zeit ohne Licht. Der Materialschaden scheint beträchtlich zu sein. Ob Menschen zu Schaden gekommen sind, steht im Augenblick noch nicht fest.

Nach ergänzenden Meldungen aus Mexiko-Stadt ist durch das Erdbeben am Sonnabend abend besonders die Stadt Oadaca heimgesucht worden. Zahlreiche Gebäude, die durch kürzliche Erderschütterungen bereits rissig geworden waren, sind jetzt ganz zusammengestürzt. Nach einem noch unbestätigten Bericht sind auch drei Personen getötet worden. Die Erderschütterungen wurden in einer Reihe mexikanischer Staaten verspürt.

Hochwasserunglück auch im Staate Arkansas.

Bei Newport im Staate Arkansas hat der Weiße Fluß den Stevensdamm durchbrochen und ein großes Gebiet überschwemmt. Hunderte von Familien flüchteten in die höher gelegenen Gegenden und die Städte Tupeko, Weldon, Shoffner und Auverne sind in Gefahr, unter Wasser gesetzt zu werden.

Familien-Drama.

In der Nähe von Neustadt (Danziger Korridor) hat der Landwirt Kasimir Kos, der mit seiner Familie in ständigem Unfrieden lebte, seine Ehefrau und beide Kinder ermordet. Nach der Tat stürzte er sich in einen Brunnen und ertrank.

Trauriges Ende einer Hochzeitsfeier.

In einem Dorfe bei Stryj sind auf einer Hochzeit nach dem Genuß von selbstbereiteten Likören 50 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Zu den Likören wurden verschiedene Essenzen und Farben verwendet, die nicht für Genußmittel bestimmt waren. Von den 50 Erkrankten wurden 16 in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus überführt.

Ein sensationeller Brandstiftungsprozeß,

der im Wiederaufnahmeverfahren die Wiener Geschworenen eine Woche lang beschäftigte, fand am Sonnabend sein Ende. Im Oktober vorigen Jahres war vom Schwurgericht St. Pölten die Frau des Gemeindevorstehers eines größeren Dorfes in Niederösterreich wegen Anstiftung zur Brandlegung zu 12 Jahren Kerker verurteilt worden. Die Frau wurde jetzt von den Wiener Geschworenen freigesprochen.

Ein neuer Weltrekord im 100 und 200 Meter-Lauf.

Bei den amerikanischen Ausscheidungskämpfen im 100 und 200 Meter-Laufen für die olympischen Spiele in Los Angelos erreichte der 18jährige Schüler Wykoff beide Male den von Paddock aufgestellten Weltrekord. Paddock war jeweils Zweiter. Leighton Dye-Los Angelos stellte im 110 Meter-Hürdenrennen mit 14⅘ Sekunden einen neuen Weltrekord auf.

Drahtloser Dienst Kanada—Australien.

Zwischen Kanada und Australien wurde am Freitag ein drahtloser Dienst eröffnet. Der kanadische Ministerpräsident tauschte mit Präsidenten von australischen Bundesstaaten Grüße aus.

Bergungsversuche der Ladung eines im Weltkriege versenkten Dampfers.

Der italienische Dampfer „Artiglio" hat St. Nazaire verlassen, um sich nach der Höhe von Belle Isle en Mer zu begeben, wo im September 1917 der belgische Dampfer „Elisabeth-ville" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt wurde. Der „Artiglio" hat Vorrichtungen an Bord, die es Tauchern gestatten, bis zu einer Tiefe von 150 Metern zu arbeiten und die Edelsteinladung, die sich auf der „Elisabeth-ville" befand, zu bergen.

Schlesischer Städtetag.

Auf der Sonnabend-Tagung des Städtetages erstattete der Geschäftsführer, Bürgermeister a. D. Salomon-Breslau den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß der Schlesische Städtetag jetzt drei Stadtverbände, 184 Städte als ordentliche und 16 Landgemeinden als Gastmitglieder mit einer Gesamteinwohnerzahl von 2 130 000 umfaßt. Alsdann wurde der auf die Initiative der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der SPD. hin gefaßter Vorstandsvorschlag auf Aenderung des Statuts angenommen. Da demnach sich die Zahl der Vorstandsmitglieder von 18 auf 24 erhöht, wurden neu in den Vorstand gewählt: Bürgermeister Dr. Troeger-Neusalz, Bürgermeister Genosse Franz-Hindenburg, Stadtverordneter Wolf-Breslau, Stadverordnetenvorsteher Genosse Zappe-Waldenburg und Bürgermeister Dr. Spack-Zülz. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Dr. Neugebauer-Oppeln wurde mit Rücksicht auf seine langjährige erste Präsidentschaft im Oberschlesischen Städtetag zum Ehrenmitglied des Schlesischen Städtetages ernannt.

Das einleitende Referat der Tagung hielt der Präsident des deutschen und preußischen Städtetages, Dr. Mulert, über „Brennende Fragen der deutschen Kommunalpolitik“. Einen weiteren Vortrag hielt Professor Dr. Diepschlag von der Technischen Hochschule Breslau über „Materialfragen im Straßenbau“. Bibliotheksrat Dr. Becker von der Universitäts- und Staatsbibliothek Breslau sprach über „Die Förderung des Volksbüchereiwesens“. An der Aussprache über dieses Referat beteiligten sich außer dem Groß-Wartenberger Bürgermeister Genosse Burmann-Bunzlau und Genossin Günther-Breslau.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde noch eine Satzungsänderung beschlossen, nach der künftig nur alle zwei Jahre eine Hauptversammlung stattfinden soll. Die Bestimmung des nächsten Tagungsortes wurde dem Vorstand überlassen.

* * *

Die eigentliche Tagung war, wie man aus den Berichten der Telegraphenbüros entnehmen kann, wieder einmal sehr kurz. Schon in der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der SPD. wurde, wie wir bereits Sonnabend berichten konnten, kritisch zu der kurz bemessenen Tagungsdauer Stellung genommen, die mit 3½ Stunden, in denen drei Referate gehalten wurden, keine Möglichkeit wirklicher und fruchtbringender Aussprache bot. Um so mehr Zeit wurde auf den unvermeidlichen Begrüßungsabend mit den ebenso unvermeidlichen Begrüßungsansprachen, deren Inhalt stets der gleiche bleibt, Rundfahrt durch die Stadt und Besichtigung einer Kampfbahn, verwandt. Diese immer mehr um sich greifende, zum Schema erstarrende Form kommunalpolitischer Tagungen, die als Nutzeffekt lediglich das Anhören von Referaten zu buchen hat, mag friedliebenden, aus der Zeit des Kommunalfreisinns übriggebliebenen Kommunalbeamten sympathisch sein, die sozialdemokratische Arbeiterschaft aber hat andere Begriffe von dem Zweck von Tagungen. Sie wird künftig dafür sorgen, daß dieser Zweck, nämlich der Meinungsaustausch über die in den Referaten behandelten kommunalpolitischen Fragen, nicht den Begrüßungsabenden und Rundfahrten untergeordnet wird.

Geheimnisvoller Tod auf der Landstraße.

In der Nacht zu Sonntag ist auf dem Wege von Schurgast nach Krausenau, Kreis Ohlau, die Händlersfrau Maria Ende, 35 Jahre alt, aus Weigwitz, Kreis Ohlau, auf ihrem zweispännigen Planwagen erschossen aufgefunden worden. Frau Ende befand sich auf der Rückkehr von Breslau nach Weigwitz. Der Tod ist vermutlich zwischen 22,15 und 0,30 Uhr eingetreten. Der Regierungspräsident hat unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt für Mitteilungen, die aus dem Publikum kommen und die zur Ergreifung des eventuellen Täters führen. Nachrichten werden an die Landjägereibeamten, an das Landratsamt Ohlau oder an die Landeskriminalpolizeistelle Breslau erbeten.

Nach einer anderen Version ist auch die Möglichkeit gegeben, daß ein verirrter Schuß die Händlerin getötet hat. Die Leiche trug auf dem Körper 700 Mark Bargeld, so daß Raubmord kaum in Frage kommt. Nach dem Gutachten eines Arztes ist der tödliche Schuß aus beträchtlicher Entfernung abgegeben worden. Die Kugel durchdrang den Körper vollständig und konnte nicht gefunden werden, was die Nachforschungen natürlich erschwert.

Um die Schätzke-Regulierung.

Der Trebnitzer Kreistag hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung angenommen:

Die heut anläßlich des Kreistages des Kreises Trebnitz in Schlesien versammelten Vertreter eines überwiegend ländlichen Kreises richten erneut an alle zuständigen Stellen die Forderung, nun endlich mit den Arbeiten im Schätzkegebiet beginnen zu wollen, den Versprechungen und Beratungen Taten folgen zu lassen. Erneut sind Teile des Kreises von den letzten Unwettern heimgesucht worden, und abermals, schon zum vierten Male, sind die betreffenden Landwirte um den Erfolg der Mühen eines ganzen Jahres betrogen. Die Schätzke-Regulierung muß unverzüglich durch praktische Ausführung in Angriff genommen werden, sonst droht der Boden derart zu versumpfen, daß Generationen keine Existenzmöglichkeit mehr geboten ist. Nicht nur die Landwirtschaft leidet unter diesen Zuständen, sondern alle mit ihr zusammenhängenden Berufe.

Eine Aluminiumfabrik in Ost-Oberschlesien.

In Sorau sollte demnächst ein größeres Aluminiumwerk errichtet werden, da in der Umgebung größere Lager aluminiumhaltiger Erde gefunden wurden. Bekanntlich ist Polen bisher gänzlich auf die Aluminiumeinfuhr aus dem Auslande angewiesen. Dem von einem Kattowitzer Ingenieur angeregten Unternehmen sollen von der Stadt Sorau, die sich durch die Beschäftigung zahlreicher Arbeiter usw. kommunalpolitische Vorteile verspricht, verschiedene Vergünstigungen gewährt werden. So soll dem Werk ein Grundstück zu Vorzugspreisen und ein Kredit von 1½ Millionen Zloty zur Verfügung gestellt werden. Ob die Entwicklung des Unternehmens den ziemlich hochgespannten Erwartungen entsprechen wird, muß natürlich abgewartet werden.

Görlitz. Wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz hatte sich hier ein Stahlhelmführer Walter Koradi aus Berlin vor der Strafkammer zu verantworten. Er hatte hier vor einigen Monaten in einer Versammlung geschmäht: „... es muß einem der Ekel packen, wenn man die Fahnen des Reichsbanners sieht!“ Von dem Kleinen Schöffengericht war er freigesprochen worden. In der den Stahlhelmern eigenen Feigheit, wenn es gilt, zum Wort zu stehen, erklärte er nur dem Gerichtsvorsitzenden auf Befragen, „daß er den Staatsfarben mit Achtung und Ehrfurcht begegne.“ (!??) Das nützte ihm aber wenig. Der Staatsanwalt beantragte 30 Tage Gefängnis oder 310 Mark Geldbuße. Das Urteil lautete in Anbetracht dessen, daß Koradi kein festes Einkommen hat, auf 210 Mark Strafe und Tragung der Gerichtskosten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Becker, führte in der Begründung an, daß Reichsbanner und Staat die gleichen Embleme haben, daß der Reichsbanner sich den Schutz des Staates als Ziel gesetzt habe und schon somit in ihren Farben zu identifizieren seien.

Der Kattowitzer Generalkonsul macht Polit

Was der deutsche Steuerzahler alles bezahlen muß.

In Kattowitz gibt es einen Generalkonsul des Deutschen Reiches. Die Aufgabe eines Konsuls ist normaler Weise die Wahrnehmung der Interessen der in dem fremden Lande lebenden Bürger seines Staates, daneben die Pflege und der Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen dem eigenen und dem fremden Lande, dessen Gastrecht er genießt. Der Kattowitzer Generalkonsul hat neben diesen normalen Funktionen, gemäß der besonderen nationalen Struktur seines Einflußgebietes sich außer dem der Pflege und Unterstützung der deutschen Minderheit in dem polnisch gewordenen Gebiet in gewissem Maße zu widmen. Sicherlich ist auch der amtliche Vertreter des Deutschen Reiches dazu da, um den deutschen Oberschlesiern, die zu einem guten Teil gegen ihren Willen zu polnischen Staatsbürgern gemacht wurden, in ihrem Wunsch zur Seite zu stehen, ihr deutsches kulturelles Eigenleben auch im Rahmen des polnischen Staates fortzuführen.

Es kommt nur auf die Form an, in der es geschieht. Der derzeitige Generalkonsul Baron von Grünau aber scheint sich nach vielen Klagen, die aus Polnisch-Oberschlesien dringen, der deutschen Minderheit gegenüber doch eine Stellung ausgebaut zu haben, die viel weniger der eines freundlichen Helfers in reinen Minderheitsangelegenheiten, als der eines guten altpreußischen Vorgesetzten entspricht. Das Wort von dem „Regierungspräsidenten“ von Grünau ist in Polnisch-Oberschlesien allmählich sprichwörtlich geworden, und es muß mit Recht bezweifelt werden, ob die Art, in der er die Minderheit „beschützt“, nicht in vielen Fällen für sie eher schädlich als nützlich ist. Vor allem scheint hiervon dem Vertreter des Auswärtigen Amtes der grundsätzliche Fehler begangen zu werden, daß er es der Minderheit als solcher außerordentlich erschwert, zu einem wirklich eigenen und selbständigen Leben zu kommen. Herr von Grünau, der durchaus alte Schule deutschnationaler Prägung ist, will offenbar viel lieber als Regierender an der Spitze, wie als uneigennütziger Förderer zur Seite stehen.

Aus dieser Einstellung heraus ergreift er immer wieder politische Maßnahmen, die sich schon des öfteren als schwere politische Fehler gegen die wirklichen Interessen der Minderheit ausgewirkt haben. Wir wollen hier nicht auf Einzelheiten der von ihm in Polnisch-Oberschlesien betriebenen Personalpolitik eingehen; brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß für ihn dabei selbstverständlich jeder deutsche Sozialdemokrat bei Besetzung verantwortlicher Stellen zur Betreuung der Minderheit völlig undiskutabel ist. Nur der neueste Streich dieses (kaiserlich) deutschen Auslandsvertreters sei hier erwähnt, weil er gerade die gründliche Verkennung der Aufgaben eines Generalkonsuls in einem Minderheitengebiet besonders de offenbart.

Dem Kattowitzer Generalkonsul paßt es offenbar nicht deutsche und ausländische Pressevertreter verschiedenster Ri richtungen, wenn sie sich über die Zustände im polnisch-schlesischen Gebiet informieren wollen, möglichst selbständig gehen und sich nach Möglichkeit bei allen Vertretern Minderheit über ihre Auffassung, über ihre Nöte und Beschw erkundigen. Nach bewährtem deutschen, bürokratischen S soll darum jetzt **mit unverhältnismäßig hohen Mitteln Deutschen Auswärtigen Amtes eine selbständige Pressestell Polnisch-Oberschlesien errichtet werden,** an die sich der Pres treter dann „zu wenden hat“. Die Leitung dieser Stell ein noch aus der Abstimmungszeit in Oberschlesien gebliebener halbamtlicher Funktionär übernehmen, der wä des Abstimmungskampfes in Presseangelegenheiten tätig und seitdem jetzt sieben Jahre hindurch in Gleiwitz sitz dort bezahlt wird, weil er eben nun einmal da ist. Im üb ist er Korrespondent der schwerindustriellen „Kölnischen tung“. In Kattowitz selbst soll ein pensionierter Lehrer, de als Dolmetscher betätigt, die Richtlinien der Pol für die Weltpresse ausgeben.

Man scheint sich mit Vorbedacht zwei recht subalterne G ausgesucht zu haben, die natürlich in völliger Abhängigkeit seinem deutschnationalen Gesichtswinkel au Weisungen zur Information der Weltöffentlichkeit geben Es handelt sich also bei dem ganzen Unternehmen offensic um eine Stelle zur Beeinflussung der öffentli Meinung in einem höchst einseitigen, n nalistischen und den wirklichen Minderheitsinteressen n dienlichen Sinne. Die Mittel dafür aber stellt das deutsche A ministerium gern zur Verfügung, während sonst — wie verl — immer wieder Bittsteller aus den Grenzgebieten, die für lich notwendige kulturelle und soziale Einrichtungen U stützung suchen, abschlägig beschieden werden.

Das für uns schwerwiegende bei der ganzen Sache i abgesehen von dem Schaden, den wirkliche Minderh interessen durch derartige Maßnahmen erleiden — die Tat daß Baron von Grünau in jeder Beziehung und für seine Maßnahmen die vollste Unterstützung seines Minister findet, daß andererseits die Stimmen der wirklichen Vert der Minderheit, also der Leute, die seit Jahren oft unter sönlichen schweren Opfern ohne die Unverletzlichkeit des D maten wirken, in Berlin immer wieder ungehört verhallen. Grundübel liegt also im Auswärtigen Amt selbst, wo auch noch im zehnten Jahre der Republik korpsstudentische Vergan heit mehr gilt als Befähigung und politisches Taktgefühl.

Hoyerswerda. Schwerer Betriebsunfall. Im Betrieb der Grube Werminghoff geriet der Heizer Wirsch beim Abkoppeln eines Wagens von der Lokomotive unter den Wagen, der ins Rollen kam und ihm das rechte Bein abquetschte. Der Verunglückte ist Familienvater, hat eine sieche Frau und zwei Kinder.

Sprottau. Wegen Pflichtverletzung im Amt ist dem Kreisausschuß-Inspektor Ressel eine Ordnungsstrafe in Höhe eines Monatsgehalts auferlegt worden.

Sagan. Das Baden an verbotener Stelle ist lebensgefährlich. Am Freitag abend nahm der 21jährige Sohn des Vorarbeiters Staroski an verbotener Stelle im sogenannten Mühlgraben ein Bad. Schon nach wenigen Minuten rief er um Hilfe und ertrank. Die Leiche wurde später am Wehrrechen der Löw-Beerschen Fabrik gefunden.

Liegnitz. Kindesmord? Unter der Anklage des Kindesmordes und Beiseiteschaffung der Leiche hatte sich hier die 31jährige, von ihrem Mann getrennt lebende landwirtschaftliche Arbeiterin Marie P. zu verantworten. Die Angeklagte brachte am 5. November 1927 unerwartet früh ein Kind zur Welt. Die Geburt erfolgte ohne jeden Beistand, die Gebärende hatte nicht einmal Zeit gefunden, sich auszukleiden. In dem verhängnisvollen Aberglauben, daß dem Kinde nichts geschehen könne, so lange es mit dem Mutterleibe verbunden ist, hielt die Angeklagte das Kind etwa drei Viertelstunden unter dem Deckbett. Als sie dann nachsah, war das Kind erstickt. Am anderen Tage vergrub sie die kleine Leiche. Das Gericht billigte der Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis, sowie drei Tage Haft wegen des Beiseiteschaffens der Leiche. — Trotz der mildernden Umstände scheint hier ein Fehlurteil vorzuliegen, das auf die besonderen psychischen Störungen einer Frau, die unter derartig grauenhaften Umständen entbindet, überhaupt nicht Rücksicht nimmt.

Liegnitz. Ein wahrheitsgemäßes Zeugnis hätte ihn geschädigt. Vor dem hiesigen Landesarbeitsgericht spielte sich ein interessanter Prozeß ab. Der ehemalige Geschäftsführer des Kreislandbundes Bolkenhain klagte gegen seinen früheren Arbeitgeber auf Entschädigung, weil er beim Ausscheiden sein Zeugnis zu spät erhalten hatte. Nach den Darlegungen des Landbundvertreters hätte ihn aber ein wahrheitsgemäßes Zeugnis nur geschädigt. Dies wurde auch so glaubhaft gemacht, daß die Klage, wie in der ersten Instanz, abgewiesen wurde.

Waldenburg. In die eigene Tasche gesammelt. In letzter Zeit hatte im Kreise Waldenburg ein aus Breslau stammender Händler Janike auf Sammellisten und durch Kartenverkauf Beträge gesammelt, die angeblich dem Tierschutzverein zufließen sollten. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Betreffende wohl eine ansehnliche Summe zusammengebracht, diese aber in seine eigene Tasche gesteckt hatte. Durch eine Anzeige bei der Kriminalpolizei wurde seinem Treiben ein Ende gemacht.

Guhrau. Skelettfund. Vor einiger Zeit wurde bei Ausschachtungsarbeiten im Hofe des Mechanikermeisters Heinze ein menschliches Skelett gefunden. Dieser Tage stieß man bei Kanalisierungsarbeiten auf dem Hopfmarkt wiederum auf ein Gerippe. Der gut erhaltene Schädel wurde von der Polizei in Verwahrung genommen. Es dürfte sich um ein Skelett eines gefallenen Soldaten aus den früheren Kämpfen um das Glogauer Tor handeln.

Bolkenhain. Zuchthaus für gewerbsmäßige Abtreibung. Die wiederholt wegen gewerbsmäßiger Unzucht bestrafte 49jährige Ida Weiß aus Wernersdorf stand kürzlich erneut vor dem Strafrichter. Sie hatte mehrere Eingriffe vorgenommen, sich gut dafür bezahlen lassen und mit Anzeige gedroht, wenn jemand mit der Bezahlung im Rückstande war. Das Urteil lautete auf 1½ Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Deutlicher wie in diesem Prozeß kann die Auswirkung der von der Sozialdemokratie bekämpften §§ 218/19 kaum gezeigt werden. Statt zum Arzt, dem der Eingriff verwehrt ist, gehen die Opfer zur Kurpfuscherin, riskieren Leben und Gesundheit und werden überdies noch erpreßt.

Laasan, Kreis Schweidnitz. Schreckensfahrt einem Pferdegespann. Zwei Töchter des Gutsbes Stache und eine 70 Jahre alte Verwandte wollten von P witz aus eine befreundete Gutsbesitzersfamilie in Laasan suchen. Kurz vor Laasan konnte das Pferd den Wagen steilen Berg hinunter nicht mehr halten und raste mit dem W den Berg hinunter. Dabei schlug dieser gegen einen Bord und fiel um. Während die zwei Töchter des Stache in h Bogen aus dem Wagen flogen und nur geringfügig ve wurden, erlitt die 70jährige Frau einen sofort tötlich wirke Schlaganfall.

Wünschelburg. 350000 Zentner Steinmater gewonnen. Im Unterhöhlungsverfahren wurde hier 35 Sprengladungen nach Beseitigung von 300 Kubikmeter G massen eine 52 Meter hohe Felswand im Steinb betrieb der Firma Schilling zu Fall gebracht. In den Felsm befinden sich Blöcke, die eine Größe von 100 und mehr Kubikm des besten Bergsteins- und Denkmalsmaterials aufweisen. schätzt das so gewonnene Material auf 350 000 Zentner. Zum transport der gefallenen Felsmassen würden etwa 50 Eisenb züge mit je 20 Wagen nötig sein.

Deschowitz, Kreis Groß-Strehlitz. Eine Geflüg Mastanstalt brennt. Infolge Kurzschluß brach in hiesigen Geflügel-Mastanstalt Schütz Schadenfeuer aus, das rasch über den oberen mit Dachpappe gedeckten Gebäudeteil breitete und erst nach geraumer Zeit durch die aufopferungs Arbeit zahlreicher herbeigeeilter Feuerwehren abgelöscht we konnte. Die unteren massiv abgedeckten Räume blieben versch Der Schaden ist, da sich im Dachgeschoß erhebliche Futtermi vorräte befanden, ziemlich groß.

Beuthen O.-S. Südostdeutscher Chirurgent Vom 22. bis 25. Juni findet hier ein Südostdeutscher Chirur tag statt, zu dem auch zahlreiche Gäste aus dem benachba Ausland erwartet werden.

Beuthen OS. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Förderkorb wurde der Maschinenaufseher Otto Bode auf Gr Johanneschacht erfaßt. Er verstarb im Lazarett.

Schwientochlowitz. Freitodversuch. Ein gem Johann Dzembior beschloß, aus dem Leben zu scheiden öffnete deshalb in seiner Wohnung den Gashahn. Durch starken Gasgeruch aufmerksam gemacht, verschafften sich H einwohner Zugang in seine Wohnung und fanden den Leb müden bereits bewußtlos vor. Durch ärztliche Hilfe wurde wieder zum Leben erweckt.

Mährisch-Ostrau. 2890 Kilo Stahl auf ein Menschen. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich im hies Eisenwerk. Von einem Kran wurde eine 2890 Kilogra wiegende Panzerplatte gehoben, wobei die Kette riß und einer Höhe von etwa einem halben Meter auf den Arbe Janicek fiel. Der Arbeiter wurde in hoffnungslosem Zus in das Werkhospital gebracht wo er bald darauf verstarb.

Landkreis Breslau.

Pristelwitz. Drillingsgeburt. Die Frau des Stel besitzers Hoffmann wurde von Drillingen, zwei Mädchen einem Knaben, entbunden.

Kreis Neumarkt

Maltsch a. O. Tod auf den Schienen. Um noch r zeitig den Nachtzug nach Camöse zu erreichen, lief der Fleis meister Faulhaber an den Bahngleisen entlang zum Bahn Wahrscheinlich ist er dabei gestürzt. Am nächsten Tage fand m ihn überfahren als Leiche auf.

RASST 1928

Sport und Politik.

Sport dringt ein in die Politik, und Politik wird oft zum Sport. Es gibt tausend Zusammenhänge, die den Sport mit der Politik verbinden und eine Verbindung der Politik mit dem Sport herstellen. Wir erkennen die Verbindungsfäden, die hinüber und herüber gehen. Wollen wir Sport ausüben, dann brauchen wir freie Zeit zur Sportbetätigung.

Wenn wir aber zehn Stunden arbeiten müssen und todmüde von der Arbeitsstelle, von der Fabrik kommen, dann fehlt uns die Kraft, der Wille und die Fähigkeit, zu turnen, zu springen, zu laufen, zu schwimmen usw. Zeit, Zeit, Zeit, das verlangt der Sportler! Er hat also das größte Interesse an der Arbeitszeitverkürzung, um seinen liebgewordenen Sport auszuüben. Wie kann aber die Arbeitszeit gesetzlich geregelt werden, ohne politische Maßnahme? Es gibt also schon hier eine Verbindung zur Politik!

Zur Sportausübung gehört aber auch ein Sportplatz, gehören Gerätschaften, gehören Bälle, gehört eine Kleidung usw. Arbeitersportler verdienen aber gerade so viel, um zu leben, ohne zu verhungern. Woher sollen sie oft das Geld nehmen, um sich die notwendigen Sportgeräte und sonstige Sportutensilien zu kaufen? Und die Erwerbslosen? Die Vereine selbst sind finanziell so schwach, daß sie kaum ihre teuren Sportplätze halten können. Was fehlt also? Staatliche Hilfe. Sie muß gewährt werden für alle Sportorganisationen, sie muß einsetzen bei der Beschaffung und finanziellen Erhaltung der so notwendigen Sportplätze, sie muß gewährt werden gegenüber völlig mittellosen Sportlern. Wer aber setzt sich für eine solche staatliche Hilfe für die Sportler und für die Sportvereine ein, damit sie ihre wertvolle Kulturarbeit, ihre Körperkultur, ihre gesundheitsfördernde Arbeit leisten können? Private Selbsthilfe mag bei den bürgerlichen Sportlern einsetzen und Bedeutendes erreichen. Bei den Arbeitersportlern aber? Da muß staatliche Hilfe gefordert werden! Wer aber fordert die? Das kann natürlich nur die Sozialdemokratische Partei sein, die in den Parlamenten die Interessen der Arbeiterklasse vertritt und somit auch die Interessen der Arbeitersportorganisationen. Ueber die von der Sozialdemokratischen Partei gewährte Unterstützung bei der staatlichen Hilfe geht der direkte Weg vom Sport zur Politik.

Die Politik selbst wieder bedient sich oft der Sportorganisationen und des Sports, um bestimmte Zwecke und Ziele zu erreichen. Hier geht der Weg umgekehrt, er geht von der Politik

Willst du der sein?

zum Sport, ihm aber nicht dienend, sondern ihn zweckhaft benutzend. Es gibt politische Parteien, die die Interessen der sogenannten nationalen Sportverbände vertreten, nicht, um die sportlichen Interessen dieser Organisationen zu vertreten, sondern um die so gewonnenen Organisationen für ihre politischen Ziele einzufangen. Die Geschichte der nationalen und reaktionären Parteien und ihre Beziehungen zu den nationalen Sportverbänden beweist diese Behauptung. Aber auch die Geeschichte der deutschen Turnbewegung beweist, daß diese deutschen Turn- und Sportorganisationen in die Politik eingegriffen haben und nicht immer mit gutem Erfolg.

Es ist immer gut, sich am Reichs-Arbeiter-Sport-Tag der Beziehungen zwischen Sport und Politik, und besonders der Beziehungen zwischen der reaktionären Politik und den bürgerlichen Sportverbänden zu erinnern. Deshalb ist diese Erinnerung schon notwendig, weil immer und immer wieder gesagt wird, daß durch die Arbeitersportbewegung die Sportbewegung politisiert worden wäre. Die Arbeitersportler tragen in den Sport die Politik, lautet der immer erhobene Vorwurf.

Die Geschichte des bürgerlichen Sports und die Entstehungsgeschichte des Arbeitersports sagt das gerade Gegenteil: Nur dadurch konnten Arbeitersportorganisationen entstehen, weil sich die vielen Tausende von Arbeitern durch die immer wieder betriebene Kriegervereinspolitik abgestoßen fühlten, weil sie es satt hatten, immer an den Kaisergeburtstagsfeiern Hurra zu schreien und den ehemaligen Kaiser hoch leben zu lassen. Die offen gezeigte monarchistische Gesinnung der bürgerlichen Sportvereine im Vorkriegsdeutschland und die völlige Ignorierung der Arbeiterpartei, ja ihre gehässige Bekämpfung durch die bürgerlichen Sportvereine, trug wesentlich zur Bildung von Arbeitersportorganisationen bei. Die kümmerten sich erst gar nicht um Politik.

Erst der wüste Kampf gegen die Arbeitersportvereine weckte in den Arbeitersportlern das politische Bewußtsein. Sie wurden sehend und Sozialisten!

Es ist also eine völlige Umdrehung des Sachverhaltes, wenn die bürgerlichen Sportorganisationen heute Weh und Ach schreien über die Arbeitersportorganisationen und sie als Störenfriede bezeichnen.

Ein Sportler ist nicht nur Sportler. Er ist auch ein Mensch. Er ist ein Gesellschaftswesen. Er muß leben. Er muß arbeiten. Sich Gedankeen machen über sich, über die Umwelt, über die Natur, über die Gesellschaft und ihre Ordnung, über den Staat, in dem er lebt, und der ihm Gesetze aufzwingt. Ist es da nicht ganz natürlich, daß er außer seinem Sport auch noch politisches Interesse aufbringt?

Fort deshalb mit der verlogenen Phrase von der Neutralität des Sports, seiner ausgleichenden Wirkung. Es gibt keine Neutralität. Es gibt nur Stellungnahme gegenüber allen Fragen des Lebens und der Welt. Auch nur Stellungsnahme gegenüber dem Staat und der Gesellschaft. Bekennen wir uns als Arbeitersportler ruhig zu dem Prinzip der politischen Aufklärung und der Erziehung zur proletarischen Gesinnung. Der Arbeitersport will nicht politisch neutral sein, sondern will seine Mitglieder zu körpergestählten und gesunden, geistig und moralisch hochwertigen Kämpfern für den Sozialismus erziehen. Er will politisch bewußte Menschen und bewußt Politik treibende Menschen in seinen Organisationen, in denen zuerst natürlich Sport getrieben wird, dann aber auch Stellung genommen wird zu allen Fragen des Lebens und auch der Politik. Arbeitersportorganisationen sind Klassenkampfbataillone, die gestählte und körperlich mutvolle und kühne Kämpfer stellen im Kampfe um die letzten Bastionen des Sozialismus. In diesem Sinne begrüßen wir den Reichs-Arbeitersporttag 1928!

Willst du oder der?

Der Bundestag

des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands wird vom 22. bis 26. Juni erstmals im eigenen Heim, der Bundesschule in Leipzig stattfinden. Auf ihm werden 200 freigewählte Delegierte, dazu 51 Kreisvertreter, Bundesvorstandsmitglieder usw 752 000 Bundesangehörige vertreten.

Die Tagesordnung sieht außerordentlich wichtige Organisationsfragen vor. Bis jetzt ist der Bund auf zentralistischer Grundlage aufgebaut und umfaßt Turnen, Leichtathletik, Fußball, Handballspiele, Wassersport und Wintersport. Das Bundesparlament hat die Frage zu entscheiden, ob wieder Zentralismus oder Uebergang zum Föderalismus. Die Fußballer sind die Verfechter des Föderalismus, dagegen haben sich die Wassersportführer auf einer Tagung für die Beibehaltung des zentralistischen Systems ausgesprochen. Die Wassersportler waren vor Jahren ein eigener Verband und haben sich 1921 in der Erkenntnis, daß nur eine große geeinte Arbeitersport-Organisation, die zur Förderung der gesamten Arbeitersportsache genügende Schlagkraft besitzt, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossen und ihre Selbständigkeit aufgegeben. Daß sie unter dem Zentralismus auf ihre Kosten gekommen sind, davon zeugt ihr Wille am Beibehalten des bewährten Systems. Nach der Meinung der übergroßen Masse Mitglieder ist es unwahrscheinlich, daß zum Föderalismus übergegangen werden wird.

Eine Frage gleich schwerer Natur ist die Klärung politischer Einflüsse im Bundesleben. Nach dem Organisationsstatut der Kommunistischen Partei Deutschlands (§ 49) müssen in Organisationen, denen mindestens zwei Parteimitglieder angehören, Fraktionen zur Steigerung des Parteieinflusses gebildet werden. Diese Fraktionen sind Organe der Partei und unterstehen den zuständigen Parteileitungen. In der Parteileitung Berlin sind zur Organisierung und Betätigung der Fraktionen zwei besondere Sekretäre tätig. Die Folgen der Wühlarbeit sind nicht ausgeblieben. In Berlin lehnte zum Beispiel die kommunistische Tennis-Leitung die Aufnahme von zwei Abteilungen ab, weil in ihr nur Sozialisten wären. Solche und schon früher vorgekommene ähnliche parteipolitische Handlungen haben in verschiedenen Orten die sozialdemokratischen Bundesmitglieder ebenfalls zum engeren Zusammenschluß veranlaßt. In Berlin ist es durch das Boykottieren sozialdemokratischer Mitglieder zur trockenen Spaltung gekommen. Der Bundestag hat auf diesem Gebiete vollkommene Klarheit zu schaffen.

Um die Reorganisierung des Preßwesens werden die geistigen Streiter gleichfalls in die Schranken treten. Der Bund gibt drei Organisationszeitschriften in einer Auflage von 85 000 Stück heraus, daneben führt der Großteil der Kreise noch eigene Zeitungen. Im Gegensatz zur Spartenfrage wird hier die Einführung zentralistischer Bearbeitung der Mitglieder durch die Presse im Brennpunkt stehen.

Die segensreiche Arbeit der mit dem Aufwand von 1½ Millionen Mark erbauten Bundesschule ist so umfangreich geworden, daß die bisherigen Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht ausreichen. 1500 Lehrgangsteilnehmer wurden im letzten Berichtsjahr unterrichtet, frei verpflegt und untergebracht und Bahnfahrt vergütet. Den Betrieb einschränken, hieße den Lebensnerv des Bundes drosseln. Die Bundestagsdelegierten werden sich in Anbetracht der Bedeutung des eigenen Lehrinstitutes dem Vorschlag auf Erhöhung des Bundesbeitrags nicht verschließen.

Reichsjugendkonferenz der Naturfreunde.

Die Jugendvertreter des Touristenvereins „Die Naturfreunde" traten am Sonntag in Probstzella zu ihrer ersten Reichsjugendkonferenz zusammen. Sämtliche deutschen Naturfreunde-Jugendgruppen sind auf Grund eines Beschlusses der Würzburger Reichsversammlung 1926 einheitlich für das Reich zusammengefaßt worden. Der Aufbau der Organisationen hat sich seitdem in den meisten Gauen gut vollzogen. In der Aussprache wurde eine engere Zusammenarbeit mit den anderen proletarischen Jugendgruppen gefordert, um einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeizuführen. Es kam weiter zum Ausdruck, daß es nicht Aufgabe der Naturfreunde sein könne, sich ausschließlich den engeren Fragen der Naturfreundearbeit zu widmen, sondern die Naturfreundebewegung zu einer gesellschaftlichen Einrichtung zu machen. Im Jahre 1929 soll ein Reichsjugendführerkursus veranstaltet werden. Die Konferenz billigte einstimmig eine Entschließung der Sozialistischen Arbeiterjugend, in der die Schaffung eines Sozialistischen Reichsjugendkartells gefordert wird. Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend soll aufgefordert werden, daß mit den Arbeiten zum Aufbau dieses Kartells zu beginnen.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund

Rechenschaftsbericht 1926/1927.

Die Bedeutung des nunmehr 35jährigen Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB.) ergibt sich am klarsten aus seiner Stellung in der Oeffentlichkeit. Vor wenigen Jahren noch verfemt, hat er sich heute durchgesetzt. Zwar stehen ihm gewisse Reichsbehörden, u. a. das Reichswehrministerium, immer noch offen feindlich gegenüber; andererseits wird aber die Arbeit des Bundes von vielen anderen amtlichen Stellen anerkannt. Auch das Verhältnis des Bundes zu den Arbeiterorganisationen hat sich gebessert. So wird mit den Gewerkschaften in neuerer Zeit hauptsächlich in der Frage des Werksportes Hand in Hand gearbeitet. Lobend erkennt der Bericht auch die für den Arbeitersport geleistete Tätigkeit der Sozialdemokratie in den einzelnen Parlamenten an, während die KPD. oft nicht im Interesse der Bewegung gehandelt hat.

Erfreulich ist auch die innere, organisierte Stärkung des Bundes. Die Stagnation von 1925 ist überwunden. Der ATSB. zählte Anfang 1926 691 473 Angehörige, am 1. Januar 1927 736 069 und am 1. Januar 1928 752 931 Bundesangehörige in 6817 Vereinen. Von diesen rund ¾ Millionen Bundesangehörigen waren 182 000 Kinder, 471 000 männliche und 98 000 weibliche Mitglieder. 25 Prozent der Mitglieder sind 14- bis 18jährig; 18 Prozent sind 18- bis 20jährig und 56 Prozent aller Mitglieder sind älter als 20 Jahre. Der Sparteneinteilung nach entfallen auf die Turner 396 000 = 69 Prozent; auf die Fußballer 115 000 = 20 Prozent und auf die Wassersportler 57 000 = 10 Prozent aller über 14 Jahre alten Bundesmitglieder.

Mit diesem Wachsen der Mitgliederzahl hat auch das Tempo der wirtschaftlichen Kraft der Organisation Schritt gehalten. Der Bund besitzt heute rund 1700 Turnhallen, Vereinshäuser usw., die mit den Spielplätzen einen Wert von rund 20 Millionen Mark darstellen. Der Arbeiter-Turnverlag, dessen Umsatz im letzten Jahr rund 1½ Millionen Mark betrug, weist einen Besitz von 2,4 Millionen Mark aus. Das alles sind selbstgeschaffene wirtschaftliche Werte, auf deren Besitz die gesamte Arbeiterbewegung stolz sein kann.

Eine wesentliche Ausgestaltung haben die Bundeszeitungen erfahren. Die Bundespresse erscheint jetzt illustriert und hat eine Gesamtauflage von rund 150 000 Exemplaren, die in eigener Druckerei durch eine neubeschaffte Bilderdruck-Rotationsmaschine herausgebracht werden.

Die Bundesschule veranstaltete u. a. 46 Lehrgänge mit 1300 Teilnehmern in Leipzig und 91 Lehrlinge mit 2400 Teilnehmern im Bundesgebiet. Insgesamt verausgabte die Bundesschule für ihre Aufgaben im Jahre 1927 rund 250 000 Mk.

Das technische Leben des Bundes hat in den beiden Berichtsjahren inhaltlich einen guten Aufschwung genommen. Alle Sparten bestreben sich neuerdings, die körperliche Gymnastik mehr und mehr zur alleinigen Grundlage ihrer Arbeit zu machen, um so die Bewegung der wahren Körperkultur näherzubringen.

Von der Turnersparte im Bundesgebiet wurden im letzten Jahre nicht weniger als 5000 Lehrstunden, Kurse, Feste und Wetturnen mit weit über 300 000 Teilnehmern durchgeführt. Rund 340 000 Turnstunden vereinigten über 5,2 Millionen Teilnehmer. In fast 5000 Vereinen wird die Leichtathletik getrieben; 1927 beteiligten sich an rund 135 000 Trainingsstunden ca. 2 Millionen Mitglieder.

Geradezu außerordentlich ist der Aufschwung der Handballsparte. In einzelnen Bezirken und teilweise in ganzen Kreisen hat das Handballspiel das Fußballspiel in der Mannschaftszahl und in der Spielbeteiligung bei weitem überholt. Insgesamt fanden im letzten Jahre 88 000 Serien- und Freundschaftsspiele von 15 000 Mannschaften und über 1,5 Millionen Spielern statt.

Die Wassersportsparte veranstaltete 38 000 Uebungsstunden mit 1,5 Millionen aktiven Teilnehmern. Etwa 150 Vereine mit 7000 Mitgliedern betreiben bereits das Rudern und Kanufahren.

Die Fußballsparte hat gleichfalls einen zahlenmäßigen Aufschwung genommen; sie erhofft noch einen großen weiteren Erfolg, da über die Hälfte der Turnvereine des Bundes noch keine Fußballabteilungen besitzt. Auf rund 2200 Spielplätzen wurden im vergangenen Jahre von 8000 Mannschaften insgesamt 183 000 Spiele ausgetragen. In den beiden Berichtsjahren wurden 620 internationale Spiele veranstaltet, davon 175 im Ausland. Von den Vereinen wurden neben dem regulären Spielbetrieb 146 000 Uebungsstunden mit fast 2½ Millionen Teilnehmern abgehalten.

Eine gewaltige Arbeit leistete der Bund auch für die geistige Erfassung der Mitglieder, besonders der Bundesjugend. Hier wurde vor allem die Erziehungsarbeit vertieft, was dem Bunde reiche Anerkennung einbrachte.

Trotz der großen Erfolge in der Arbeit des Bundes bleibt nach außen und nach innen noch viel zu schaffen, stehen noch große Aufgaben bevor. Vor allem werden die Zeitungs- und die Spartenfrage den diesjährigen Bundestag zu beschäftigen haben. Die Lösung aller Fragen wäre leichter, wenn der Bund nicht immer noch unter der Zersetzungsarbeit der Kommunisten zu leiden hätte. Könnte die ganze Kraft der Organisation auf die Werbung und Gewinnung neuer Organisationen und Einzelmitglieder gerichtet werden, dann wäre es dem Bundesvorstand sicher möglich gewesen, ein noch günstigeres Bild vom Stand der Bewegung zu geben. So aber wird der Bundestag und die Einsicht der bundestreuen Mitglieder Sorge treffen müssen, daß die Bewegung in Zukunft von Zersetzungserscheinungen bewahrt bleibt und sich im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung so ausdehnen kann, wie es der Tätigkeitsbericht über die letztvergangenen Jahre für die ferne Zukunft ahnen läßt. fb.

Leichtathletische Kreismeisterschaften für Mannschafte[n] der Athleten.

Im Stadion zu Waldenburg brachte am gestrigen Sonnt[ag] der I. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athleten-Bundes seine leichtathletischen Mannschaftsmeisterschaften für 1928 zum Austrag, a[n] denen Schüler, Jugend, Sportlerinnen und Männer d[er] Bundesvereine aus Breslau und Waldenburg teilnahme[n], während die anderen Bezirke keine Vertreter entsandten. In d[er] Schülerklasse wurde ein Dreikampf (Kugel, Weitsprung u[nd] 75 Meter) ausgetragen (Mannschaft 6 Teilnehmer), in de[m] Sportvereinigung „Nordost 03" Breslau mit 1074 Punkten v[or] „Sandow" Ober-Waldenburg 972 Punkten erfolgreich blieb. D[ie] Jugend der Freien Sportvereinigung „1897" Breslau erreich[te] im Vierkampf (Kugel, Weitsprung, 100 Meter und Hochsprung) 1155 Punkte. In der Männerklasse siegte im Fünfkamp[f] (Breslau 5, Waldenburg 6 Teilnehmer) Sportvereinigun[g] „Nordost 03" Breslau mit 1148 Punkten vor „Sandow" Obe[r-] Waldenburg mit 599 Punkten. Die Sportlerinnen d[er] Freien Sportvereinigung „1897" Breslau erzielten im Vie[r-] kampf (Kugel, Speerwerfen, Hochsprung und 100 Meter-Lauf) 439 Punkte. Stafetten, Schüler 4×75 Meter. 1. Sportve[r-] einigung „Nordost" Breslau; 2. Waldenburg. Jugend, 4× 100 Meter, Freie Sportvereinigung „1897" Breslau, 57,2 Se[k.] Männer 4×100 Meter, 1. Sportvereinigung „Nordost" Bresla[u] 51,3 Sek.; 2. Waldenburg 58,2 Sekunden. Sportlerinnen 4×100 Mtr. Freie Sportvereinig. „1897" Breslau 71 Sek. 3000 Meter-Lauf, 1. Kindler 11,28 Min.; 2. Friebe 11,30 Min.; beid[e] Altwasser. Das im Rahmen der Kämpfe stattfindende Fußbal[l-] spiel „West I" Breslau—Sportfreunde I. Waldenburg, sa[h] letztere mit 3:1 als verdiente Sieger.

Prüfungsfahrt der Hundsfelder Arbeiterradfahrer.

Am 3. Juni hielt der oben genannte Verein eine Werbe[-] Prüfungsfahrt auf der Strecke Sacrau—Lickerwitz—Schawoine—Sacrau ab. Obgleich es am Morgen noch kalt war und Petru[s] die Fahrer mit frischem Naß bedachte, stellten sich dem Starte[r] 29 Fahrer in der A-Klasse und 14 Fahrer in der Jugendkl[asse]; nur die Altersklasse war schlecht vertreten. Nach Fertigstelle[n] der Startlisten begaben sich die Fahrer gemeinsam zum Star[t]. Es startete zuerst die A-Klasse und in kurzem Abstand die Jugend[-] und Altersklasse. Letztere fuhren nur bis Lossen u[nd] zurück. I[n] der A-Klasse gingen folgende Genossen als Erste durchs Ziel: 1. Härtel, Klein-Tschanisch, in 1 Stunde 22 Min., 2. Krusch[e] Sacrau, 3. Frenzel. In der Jugend-Klasse gingen als 1. Boje[-] wald, Breslau, 2. Koschel, Friedewalde, 3. Klein, Stabelwit[z] durchs Ziel. Die übrigen Fahrer folgten dichtauf. In de[r] Altersklasse belegte Genosse Dittal, Klein-Tschansch, den 1. Plat[z]. An dieser Stelle sei der Arbeiter-Samariter-Kolonne Hundsfel[d] sowie dem Bezirksrennleiter bestens gedankt.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 18. Juni 1928.

Die großen Straßen-Stafettenläufe im Ohlauer Tor.

Den Kinderstraßenläufen am vergangenen Sonntag folgten am gestrigen Tage die großen Stafettenläufe im Ohlauer Tor. In vier großen Zügen kamen mit Musikkapellen und roten Fahnen die Sportler aus den verschiedensten Stadtteilen angerückt und fanden bereits bei ihrer Ankunft eine zahlreiche Zuschauerschar und reich geschmückte Häuserfassaden vor. Die Einteilung und Aufstellung auf den großen Strecken, die sich bis auf 5600 Meter ausdehnte, erfolgte rasch, sodaß pünktlich 9½ Uhr mit dem Start begonnen werden konnte.

Es liefen zuerst die Jugendlichen, die 16 Mannschaften an den Start brachten. Kamen zunächst die 1. Abteilung und Nordost ins Feld, so konnten jedoch bald die Ruderer, gefolgt von der 7. und 5. Abteilung, aufholen. Durch einige Stürze kam es zu einer Stockung, so daß die Ruderer ihren Vorsprung auf 30 Meter ausdehnen konnten. Inzwischen hatte sich eine Spitzengruppe, bestehend aus Ruderern, Poseidon und Nordost, vom übrigen Felde losgelöst und kämpfte abwechselnd um die Führung. Der 800-Meter-Läufer der Ruderer mußte sich seinen Vorsprung knapp durch die 7. Abteilung nehmen lassen, die für diese Strecke ihre besten Läufer gestellt hatten. Die 7. Abteilung konnte mit über 50 Meter Vorsprung als Erster das Zielband passieren.

Der Lauf der Frauen gestaltete sich vom Start weg zu einem Kampf um die Führung zwischen der 4. und 2., der 5. und der 1. Abteilung, der erst auf der Mitte der Strecke von der 4. Abteilung klar zu ihren Gunsten entschieden wurde, indem sie ihren Vorsprung bis auf 75 Meter ausdehnen konnte. Mehrere Stürze brachten die übrigen Mannschaften um ein entscheidendes Eingreifen.

Mit Spannung wurde der Lauf der Männer erwartet. 6. Abteilung, Kanufahrer und Poseidon kommen mit gutem Schwung vom Start weg gefolgt von Nordost und 7. Abteilung. Während Poseidon in Führung geht, fällt 6. Abteilung zurück. In der Nähe des Tauentzienplatzes bilden 5. Abteilung, 7. Abteilung, Nordost, Poseidon, 4. Abteilung, 2. Abteilung, 1897er und Kanufahrer die Spitzengruppe. Poseidon läuft dem Felde davon und kann einen Vorsprung von über 60 Meter herauslaufen, den sie bis in die Klosterstraße halten können. Nach und nach kommt die 7. Abteilung, die ihre besten Kräfte wohl für das Ende aufgespart hatte, auf, kann aber nicht verhindern, daß Poseidon mit großem Vorsprung unter lebhaftem Beifall der großen Zuschauermenge den Lauf gewinnt.

Damit sind die Straßenläufe, deren Organisation bis in alle Einzelheiten klappte, beendet. Und sicher werden durch diese Veranstaltungen neue Freunde für den Arbeitersport geworben worden sein.

Resultate:

Lauf der Jugend (2900 Meter): 1. 7. Abteilung 7:7,6 Minuten; 2. Freie Rudervereinigung Breslau 7:14,1; 3. Poseidon 7:16; 4. 5. Abt. 7:24; 5. Sportvereinigung Nordost 7:26; 6. 1. Abt. 7:33,7; 7. 4. Abt. 7:34.

Lauf der Frauen (1600 Meter): 1. 4. Abt. 4:4,4; 2. 2. Abt. 4:14,5; 3. 1. Abt. 4:21,3; 4. 5. Abt. 4:21,4; 5. 3. Abt. 4:21,6; 6. 7. Abt. 4:24,7; 7. 4. Abt. 2. Mannschaft 4:25.

Lauf der Männer (5800 Meter): 1. Poseidon 13:48,6; 2. 7. Abt. 13:55,5; 3. 5. Abt. 14:1,1; 4. 2. Abt. 14:11,4; 5. 4. Abt. 14:12,5; 6. Sportvereinigung Nordost 14:20; 7. Sportvereinigung 1897 14:20,3; 8. Freie Kanuvereinigung.

Die Veranstaltung auf der Liebichshöhe.

Der am vorigen Sonntag bescheiden mit den Kinder-Straßenläufen begonnene „Rast" fand mit der Sonnabend-Veranstaltung an der Liebichshöhe seine würdige Fortsetzung. Es war ein guter Gedanke des Sportkartells, die Liebichshöhe in „Flammen" zu setzen; eine besondere Sache, einmal abseits von den üblichen, schon öfters gesehenen Veranstaltungen zu treffen. Der Riesenerfolg hat solcher Absicht recht gegeben.

Schon lange bevor die Nacht ihr Dunkel über Breslaus Straßen ausbreitete, sah man an dem dichten Verkehr der inneren Stadt, besonders in der Taschenstraße, daß „irgend etwas los ist". An der Liebichshöhe aber stauten sich bereits weit über eine Stunde vor Beginn die Menschenmassen, besetzten diese Anhöhe, soweit sie für das Publikum freigegeben war, und schoben sich dann später an der Ohlauer-Stadtgraben-Seite entlang. Bis um 9 Uhr war in die Liebichshöhe von einer dichten Menschenmauer umgeben. Solche Menschenmassen sah dieser Stadtteil wohl kaum zu einer Zeit, so viele Augen waren noch nie auf diese Bastion gerichtet. Nach vorsichtiger Schätzung mögen es gegen 30 000 Menschen gewesen sein, die ungeduldig das angekündigte Schauspiel erwarteten.

Aber auch auf dem Hügel mit seinem stolzen Kuppelbau wurde es lebendig. Die Sportler aller Sparten in Dreß und Turnerkleidung marschierten auf. Viele Hunderte von Sportlerkindern nahmen unterhalb der Höhe ebenfalls Aufstellung. Und selbst der Stadtgraben zeigte ein recht bewegtes Bild. Alle nur verfügbaren Boote glitten mit ihren Lampions die dunkle Wasserfläche auf und ab. Kurz nach 9 Uhr löste sich der erste Kanonenschlag und gab Signal zum Beginn. Fackeln wurden entzündet, Buntfeuer leuchteten auf, und in der flammenden, gleißenden Lichtfülle lag das ruhigere Licht der vielen, vielen roten Lampions. Die Liebichshöhe stand in Flammen. Da setzten die Kapellen mit der Internationale ein und gaben jedem Zuschauer zu wissen, daß Arbeitervolk hier demonstriert und feiert. Aber noch ehe dieser Eindruck abklang, donnerte es noch einmal von der stillen Stadtgrabeninsel, und sprühendes Feuerwerk und das Bunt der Leuchtkugeln schufen ein noch prachtvolleres Gemälde. Vom Turm der Liebichshöhe setzte die Musik ein und gab die Ueberleitung zum nun folgenden Bild. An der Südost-Ecke der Libichshöhe türmten sich meterhoch die Pyramiden der Arbeiterturner auf; von dieser kühnen Menschenspitze aber flatterte das rote Banner. Stürmischer Beifall der vielen Tausend Zuschauer setzte ein, wuchtig erklang, von vielen mitgesungen, die Internationale. Dies hier an dieser Stelle gezeigte Bild war ein Erlebnis und die schönste Propaganda überhaupt, die man sich für die Sache des Arbeitersports denken konnte.

Der anschließende Fackelzug der vielen Sportler von der Liebichshöhe nach dem Blücherplatz mußte sich durch dichte Menschenmassen seinen Weg suchen und fand noch unterwegs große Aufmerksamkeit.

Rastvorschau der Wassersportler.

Bootsauffahrt und Massenschwimmen in der Oder.

Im Rahmen des diesjährigen Rastprogramms traten am Sonntag nachmittag auch die Arbeiter-Wassersportler, Schwimmer, Ruderer und Kanufahrer mit ihrer ersten Veranstaltung vor die Oeffentlichkeit. Obwohl die Witterung für diesen Massenaufmarsch im Wasser nicht sehr günstig war — der starke Wind behinderte die Schwimmer außerordentlich und stellte große Anforderungen an ihre Kräfte — konnte das vorgesehene Programm vollständig durchgeführt werden. Etwa 100 Schwimmerinnen und Schwimmer des Schwimmvereins „Poseidon", die am Bootshaus der Freien Rudervereinigung Aufstellung nahmen, schwammen in Reih und Glied, flankiert von etwa 80 Paddelbooten der Freien Rudervereinigung und der Freien Kanuvereinigung stromabwärts die zirka 1500 Meter lange Strecke bis zum städtischen Flußbad in der Burgstraße. Den Abschluß des imposanten Zuges bildeten die Ruderboote der Freien Rudervereinigung, die mit langen roten Transparenten geschmückt waren, auf denen die Zuschauer, die sich an beiden Ufern aufgestellt hatten, ermahnt wurden, sich bei sportlicher Betätigung der Arbeiter-Sportvereine zu erinnern.

Die langsame, aber eindrucksvolle und wuchtige Auffahrt legte nur erneut wieder einmal öffentlich davon Zeugnis ab, daß der in der Arbeitersportbewegung gepflegte Massensport ein unersetzliches Glied im Dienste der körperlichen Ertüchtigung und Gesunderhaltung darstellt, im Gegensatz zu der bürgerlichen Rekordjägerei.

Ganz unbeabsichtigt bot die Veranstaltung den Schwimmern Gelegenheit, Proben ihres Könnens auf dem Gebiete des Rettungsschwimmens vor der zahlreichen Zuschauerschaft abzulegen, als einigen jugendlichen Schwimmern infolge der langen Strecke und des Widerstandes durch den starken Wind die Kräfte versagten und sie ihre Beteiligung aufgeben mußten. In allen Fällen konnten die in die Schwimmergruppe verteilten Rettungsschwimmer mühelos ihren erschöpfenden Freunden zu Hilfe eilen. Diese exakten Hilfeleistungen, die mit gespannter Aufmerksamkeit von den Ufern aus verfolgt werden konnten, haben recht eindringlich gezeigt, daß die Breslauer Arbeiterschwimmer sich nicht nur sportlich betätigen, aus Selbstzweck heraus, sondern auch als Dienst für die Mitmenschen.

Die Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung an dieser ersten Wassersport-Veranstaltung war nicht so besonders rege, da zur gleichen Zeit auch der Festzug des Reichsbanners durch die Stadt marschierte.

Notizen.

Verhandlungsausschuß. Ladung für den 25. Juni 192[8]. Folgende Sportsgenossen sind geladen: 20 Uhr: In Sachen Silesia Kickers-Falke (Einspruch), dazu beide Vereinsvertreter, Spielführer sowie Schiedsrichter Hunger (V. f. L.) Zeugen stellen die Vereine selbst. 20,30 Uhr: In Sachen Seider (V. f. L.), dazu Schiedsrichter Springer (Einigkeit). 20,45 Uhr: V. f. L., dazu Vereinsvertreter und Spielführer III. Mannschaft und Schiedsrichter Jünschke (B. B. C. Vorwärts). 21 Uhr: In Sachen Wratislawia-West beide Vereinsvertreter sowie Schiedsrichter Gregor (Wratislawia). 21,15 Uhr: Canth dazu Vereinsvertreter. 21,30 Uhr: Trebnitz. Dazu Vereinsvertreter. 21,45 Uhr: Zottwitz, dazu Vereinsvertreter. 22 Uhr: Rapid, dazu Vereinsvertreter. 22,15 Uhr: Koberwitz, dazu Vereinsvertreter. 22,30 Uhr: West, dazu Vereinsvertreter. 22,45 Uhr: Rapid, dazu Vereinsvertreter, sowie Spielführer.

2. Männerabteilung. 10 Mann für die Gruppen im Zirkus treffen sich Mittwoch um 8,30 Uhr daselbst. Grüne Hose.

Spielvereinigung 1921. Sonntag, 24. Juni, treffen sich um 11,30 Uhr sämtliche Sportlerinnen und Sportler im Vereinslokal „Erholung". Antreten zur Rast. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Zum Hallensportfest wird ein Sprechchor von 15 bis [..] Mann benötigt. Geeignete Genossen sollen sich am Mittwoch um 6,30 Uhr im Zirkus einfinden.

Radfahrer und Radfahrerinnen der Siedlung Zimpel. Heute, den 18. Juni, abends 8 Uhr: Große öffentliche Radfahrer-Versammlung bei Wittke, Zimpelner Weg. Jeder Radfahrer und Radfahrerin muß erscheinen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 Uhr: Vorstandssitzung bei Böhm, Jahnstraße. — 4. Abteilung: Donnerstag, den 21. Juni: Abendtour. Start ½7 Uhr abends Waterlooplatz.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität (Bezirk 1). Die Motorradfahrer der Ortsgruppen werden ersucht, sich Sonntag, 24. Juni, am Rast-Umzug in Breslau zu beteiligen. Treffpunkt mittags 12 Uhr, bei Böhm, Jahnstraße, Ecke Lorenzgasse, Vereinslokal der Breslauer Motorradfahrer. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Jiu-Jitsu-Kursus. Am heutigen Montag, 19 Uhr, erscheinen alle Kursusteilnehmer zum ersten Uebungsabend in der Turnhalle, Waterloostraße.

Freie Sportvereinigung „1897", Boxabteilung. Am Mittwoch, den 20. Juni, in der Halle, Brunnenstraße: Training zu den Kämpfen am Rast. Interessenten zur Kenntnis, daß in nächster Zeit ein Anfängerkursus beginnt.

A.S.C. Wacker 1921. Freitag, den 22. Juni: Vollversammlung wegen „Rast" bei Schiller, 20 Uhr.

Verein für Leibesübungen 1920, E. V. Die nächste Frauenversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Guhl in Klein-Gandau statt. — Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr: Vollversammlung im Vereinslokal Guhl, Klein-Gandau. Alles muß erscheinen, da wichtige Tagesordnung. Die Jugendvollversammlung ist um 19 Uhr. Die Startnummern und Jerseys vom Straßenlauf sind mitzubringen.

Touristenverein „Die Naturfreunde". Donnerstag, 7½ Uhr: Sitzung der Gauleitung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Boxkämpfe am „Rast". Die Kämpfe sind diesmal Sonnabend, den 23. Juni, beim Hallensportfest im Zirkus Busch.

Sportvereinigung „Nordost" 03, E. V. Handballer! Mittwoch, den 20. Juni, 18,30 Uhr, „Nordost"-Platz in Oswitz: Spiel der A- und B-Mannschaft.

B.f.K., Herrmannsdorf. Freitag, den 22. Juni: Außerordentliche Vollversammlung. Erscheinen aller wegen „Rast" ist Pflicht. Anfang 20 Uhr bei Gasde.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmhallen für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr